MÄRZ 89

2 DM

BREMER

kassiber

Alltag Politik Revolution

Editorial

Wenn nichts aufregendes passiert, heißt es nicht, das nichts wichtiges passiert. Fast ist es umgekehrt:
Nichts unterwirft direkter, brutaler umfassender als der Alltag.
Alltag sind die Arbeitsverhältnisse, Erwerbslosigkeit, Behördengänge, Sexismus, Asylanträge, Eheleben, Vereinzelung, Wohnungsnot. Alle und alles unterliegt einem nackten Interesse: Profit.
Deshalb wird in diesem Staat viel und vielfältig getreten. Einige schreien auf, bei anderen quitscht es nur.
Es kommt auf die Gehaltsklasse an. Verbreitet sind in diesem Land hauptsächlich zwei Gefühle: Glaube an den Staat und seiner Gerechtigkeit - und permanente Unzufriedenheit den Verhältnissen gegenüber - die man ja bekanntermaßen "sowieso nicht ändern kann".

Auch die Linke hat sich aus der großen Arbeit für die Umwälzung der Verhältnisse herausgenommen. Um der Perspektivlosigkeit zu entkommen, werden die PolitNischen immer gemütlicher, die großen gesellschaftlichen Entwürfe immer bescheidener.
Die Zeitung soll für die vereinzelte und verstreute Linke ein neuer Ansatzpunkt sein. Wir sind der Auffassung, das es in Bremen kein Organ der radikalen Linken für die Öffentlichkeit gibt. Diese Zeitung soll eins werden. Einerseits politische Entwicklungen in Bremen dokumentieren analysieren und Bündnisse, Schritte nach vorne stärken. Andererseits aber auch die bundesweite und internationale Perspektive aufnehmen, um so eine radikale linke Politik in einen großen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen.

Die Zeitung soll allen die Möglichkeit bieten, eine Auseinandersetzung in Gang zu bringen, die lebenswichtig für uns sind. Gemeinsamkeiten zu entdecken und zu stärken, diese Zeitung ersetzt nicht das bilden von Banden und Bündnissen. Aber diese Zeitung kann einen öffentlichen Raum erkämpfen

Zu diesem Heft

Seit dem 1.Februar sind 38 Gefangene aus RAF und Widerstand im Hungerstreik. Die Gefangenen haben eine eindrucksvolle Erklärung vorgelegt, die für die Linke weitreichende Bedeutung hat.
Wir haben uns deshalb entschlossen, den Hungerstreik zum Schwerpunkt des ersten Heftes zu machen. Für uns kristallisiert sich an der Kampagne für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen eine neue Politik heraus, die uns hier in der Stadt wieder Möglichkeiten geben könnte, zusammenzukommen, Vorurteile abzubauen.

Die Gefangenen wollen die Auseinandersetzung mit neuen Entwicklungen, wollen in eine politische Diskussion einsteigen.
Dafür ist die Zusammenlegung so existentiell.

Aber auch für uns draußen geht es so nicht weiter: Die politischen Gefangenen, und die brutale Situation der sie unterworfen sind, schneidet auch uns die Luft ab, macht Angst, trennt die Möglichkeit radikaler Politik aus unserem Bewußtsein.
Zur gleichen Zeit versucht der Staat mit einer Fülle von 129a Prozessen die gesamte Linke zu unterwerfen: In dieser Ausgabe dokumentieren wir deshalb neben dem Kampf um Zusammenlegung alle 129a Prozesse der letzten 2 Monate. Wir denken, daß beides zusammengehört. Mehr noch: Wenn es uns nicht gelingt, an diesem Punkt die hemmungslose Repression des Staates aufzuknacken, wird uns auch keine wirkliche linke Politik gelingen.

Neben dem Schwerpunkt zum Hungerstreik wird die Palästina Berichterstattung viel Raum einnehm-en. Gerade jetzt, wo nach über einem Jahr Intifada das Interesse der bürgerlichen Medien nachläßt wollen wir intensiv über die Hintergründe und Entwicklungen in Palästina berichten.

Zu kurz gekommen ist in dieser Ausgabe das Bremer Geschehen. Mitten in den Vorbereitungen zu diesem Heft traf die Nachricht vom Hungerstreik. Es war uns klar, daß der Streik der Gefangenen breiten Raum einnimmt, denn faktisch herrscht teilweise Nachrichtensperre.

Wir fordern alle Leserinnen und Leser auf, sich an den Debatten und Kontroversen, die hier angerissen werden, zu beteiligen.

Das nächste Heft erscheint Ende April

Die Redaktion

alt - linke beim start in eine neu linke offensive

INHALT

NACHRICHTEN AUS BREMEN
UND UMZU...
UNI STREIK SEXISMUS
3

BREMER FRAUENWOCHE
KONKRETE POLEMIK -
KONKRETER VERRAT
6

PROJEKT KUNST UND PSYCHIATRIE:
ATELIER BLAUMEIER
7

NORD IRLAND:
KOLONIE IN EUROPA
8

SCHWERPUNKT
HUNGERSTREIKERKLÄRUNG
ERKLÄRUNG VON KARL HEINZ DELLWO
INTERVIEW ZUR HAMBURGER KAMPAGNE
WARUM WIR DIE ZUSAMMENLEGUNG WOLLEN
KLEINE CHRONIK DER HUNGERSTREIKS
NACHRICHTEN ZUM HUNGERSTREIK
17

KRALLEN ZEIGEN - PFÖTCHEN GEBEN:
ÜBER DAS NEUE ANTI-TAZ BUCH
37

PALÄSTINA:
INTERVIEW ZUM KONGRESS DES PNC
ZUR NAH-OST-POLITIK DER USA U. EG
38

129A PROZESSE
44

BREMER ADRESSEN
TELEFONNUMMERN
51

HERAUSGEGEBEN VOM
AUTONOMEN ANTIIMPERIALISTISCHEN
PLENUM BREMEN
MÄRZ 1989
C/O
VEREIN ZUR VERBREITUNG UNTERDRÜCKTER
NACHRICHTEN
ST.PAULI STR.10
2800 BREMEN

BESTELLUNGEN:
MIT SCHEIN ODER SCHECK IM VORAUS
ZAHLEN.
8 EINZELAUSGABEN: 20 DM
SOLIABO: AB 30 DM AUFWÄRTS.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

UNI STREIK SEXISMUS

FAST DAS GESAMTE WINTERSEMESTER 88/89 WURDEN DIE VERANSTALTUNGEN AN DER UNI BREMEN BESTREIKT. ZEITWEISE WURDEN EINZELNE INSTITUTE BESETZT UND KURZ VOR SEMESTERENDE KAM ES DANN MIT DER "MEHRHEIT DER STREIKENDEN" UND UNIREKTOR TIMM ZU EINIGUNGEN.. EINE ABSCHLIEßENDE BEWERTUNG KONNTEN WIR BISHER IN DER REDAKTION NICHT VORNEHMEN, BISHER IST ALLERDINGS DEUTLICH GEWORDEN, DAß DIE STREIKBEWEGUNG NICHT DEN SPRUNG IN ALLGEMEIN POLITISCHERE GEWÄSSER GESCHAFFT HAT.
DIE ERFAHRUNGEN DER FRAUEN MIT DER GROßEN STREIKDEMO MÖGEN EIN DEUTLICHES LICHT AUF STRUKTUR- UND GEWALTVERHÄLTNISSE IN DER STREIKBEWEGUNG WERFEN. WIR DOKUMENTIEREN AUS ÄTZE, DER ZEITUNG DES FEMINISTISCHEN LESBEN UND FRAUENREFERATES.

Am Freitag, den 13.Januar, wurde die Studentinnen-Demo an der Wallkreuzung von dem Lesen- und Frauenblock gestoppt. Wir haben uns der Demo entgegengestellt, weil unsere Forderungen nicht nur über die allgemeinen Streikforderungen hinausgehen, sondern diesen teilweise entgegenstehen. Obwohl auf dem Flugblatt einige unserer Forderungen abgedruckt sind, ist das Verhalten der Streikenden - während des Streiks so wie im Uni-Alltag immer wieder Frauen/Lesben gegenüber diskriminierend und belästigend; autonome Frauen und Lesbenräume werden immer noch nicht respektiert - genausowenig wie der Frauen und Lesbenblock. Auf VVs wird Männersprache benutzt; Sexismus Frauenfeindlichkeit gehen von Studis genauso wie von Profs aus, in der Uni wie auf der Straße. Das ändert sich auch nicht durch Profs und mehr Veranstaltungen.
In den Veranstaltungen werden Frauen unterbrochen, nicht ernst genommen, ausgegrinst, ausgeschrien...Besser hätten ihre Schilderungen gar nicht bestätigt werden können.
Uns wird immer wieder vorgeworfen durch Ausschluß den Jungens ihre Lernmöglichkeiten zu verwehren...da sehen wir mal, daß das doch eh alles fürn Arsch ist.
Völlig unintellektuell wurden wir überschrien und überannt. Hinzu kamen differenzierte Kommentare wie "Halt deine Lesbenschnauze, femeinistische Faschisten, schlagt den Frauen die Fresse ein..."
Während Frauen aus dem "gemischten Block" sich gefühlsbetont an die Hände faßten und im Kreis auf und nieder hüpfend "gemeinsam gemeinsam" trällerten, wurde der Frauen und Lesbenblock von Männern mit sachlicher Gewalt penetriert.
Statt als schmückendes Beiwerk auf Forderungskatalogen zu stehen, wollen wir slbst bestimmen wann wir wo was sagen.
Doch schon allein das löst aggressives Verhalten aus. Auf der Demo genügte der Separationsvorwurf als Alibi, um Frauen/Lesbenfeindlichkeiten offen zu zeigen.
Unter diesen Umständen wollen und sehen wir keine andere Möglichkeit als Separatismus , um vernünftig zu arbeiten.
frauen aus dem frauen streikbüro.

Was bisher geschah...

2.Januar. Erster Polizeiopfer 1989. 2 Beamtete schlichteten auf Weihnachten mit sechs Schüssen einen Streit. Der Getroffene starb am 2.

6.Januar. Krawall in Bremerhaven: Die ehemaligen Stammgäste wollten sich nicht damit abfinden, daß aus der Szenekneipe "Wally" ein Supermarkt werden soll. Grund für Ärger in der Nacht.

19.Januar. Die Bremer Sozialdeputation beschloss: Eltern, deren erwachsene Kinder nach abgeschlossener Ausbildung Sozialhilfe beantragen, sind in Zukunft nicht mehr zum Unterhalt verpflichtet. Und umgekehrt müssen Kinder nicht mehr für ihre Eltern blechen - jedoch nur so lange alte Menschen nicht in stationären Einrichtungen untergebracht sind.

21.1. Nur wenige Anti-FaschistInnen demonstrierten gegen einen DVU Treff in der Neustadt. Die Polizei provozierte und nahm -wegen "schwerem Landfriedensbruch" versteht sich- in einer brutalen Aktion die gesamte Demo fest. Pech, daß sie dabei auch eine honorige SPD-MdB Mitarbeiterin erwischten . Erst ihre Beschwerden schafften breite Bremer Presseöffentlichkeit. Dafür gibt es von der DVU Lob für den Polizei-Einsatz.

28./29. Januar. Mehr als 6oo AntifaschistInnen aus der BRD berieten in Bremen bei der "Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus" mögliche Vorgehensweisen gegen die Kandidatur der faschistischen DVU bei den Europawahlen im Juni. Beschlossenes Motto für die geplante antinazistische Kampagne: "Leben und Lieben. Dem Haß keine Chance. Gegen Neofaschismus und Rassismus."
Zur gleichen Zeit wählten in Berlin 8% des Wahlvolkes die rechten Republikaner.

29.Januar. Margit Csenki stellt in der Schauburg ihren Film "Die Komplizinnen" vor, ein sehenswerter Streifen zur Situation im Frauenknast.

Komplizinnen

ein Film von Margit Czenki

35mm, 108 Min, Farbe, BRD - 1987
Filmcooperative Zürich
Postfach 172, 8031 Zürich, 01/ 271 88 00

Polizei beschlagnahmt Waffen, Tränengas und Schlagwerkzeug im Versammlunglokal „Avanti".

3o.Januar. In Dortmund protestierten über 5oo AntifaschistInnen "Gegen Nazis - für Ausländerfreundschaft". Nach Auflösung der Demo wurden die an dem Demo-Bündnis beteiligten Autonomen mit Leuchtspurmunition von FAPlern um Siggi Borchert angegriffen. 22 AntifaschistInnen zogen sich in den Infoladen Dortmund zurück, die alarmierte Polizei stürmte brutal den Laden. Zwei Personen wurden schwer verletzt. Die Polizei präsentierte e in angebliches Waffenlager: Billardstöcke, Motorradhelme, Tränengas der Frauen. Gegen alle 22 Personen wurde ein 129a Verfahren eingeleitet.
Am folgenden Samstag beteiligten sich über 1ooo DortmunderInnen an einer Demo gegen die Übergriffe. Bundesanwalt Rebmann hat das Verfahren an sich gezogen.

Was bisher geschah...

Februar 1989

2. Februar. In Wien findet der traditionelle Opernball statt, bei dem sich Jahr für Jahr der internationale Hochadel, Industrielle, Politiker und ~~Kulturschickeria zu Walzerl und Mau-~~ scherl treffen. Goebbels, der Schah, Marcos, Strauß, Minister und Kriegsstrategen haben sich hier die Klinke in die Hand gegeben. Über Riesenleinwand sollte den Draußengebliebenen ein Eindruck vermittelt werden.
Bis vor wenigen Jahren ging dieses Spektakel ungestört über die Bühne. Nicht so dieses Jahr. Denn Obdachlose Kids aus den Vorstädten, Asugegrenzte machten ihre Fete auf der Straße: Mit Molotow-Cocktails und einer Daimler-Nobelkarosse, die enteignet und später als Absperrung diente: drinnen der Taktstock - draußen den Schlagstock.

2. Februar. Entsprechend dem Grundsatz Urteil des Bundessozialgerichts und gegen die gegenteilige Anordnung Blüms entschied das Bremer Sozialgericht: das Arbeitsamt muß elternunabhängige Arbeitslosenhilfe bezahlen. (AZ:S9H 267/88)

3. Februar. Nach einigem Hin und Her beschließt der Landesvorstand der SPD entgegen Scherf Plänen nun doch kein Sammellager für ausländische Flüchtlinge einzurichten. Vorgesehen war, Lagerbaracken am Industriehafen umzubauen . Der Gesamt-Hafenbetriebsverein hatte dort in früheren Jahren portugiesischer Hafenarbeiter eingepfercht.

4.Februar. In Rotenburg/Wümme demonstrieren mehrere hundert AntifaschistInnen gegen das jährlich dort stattfindende FAP Treffen.

4.Februar. 7o Jahre Bremer Räterepublik. Daran erinnert eine Demonstration von Gröpelingen nach Walle. Vorbereitet war die Gedenkfeier -wie immer- von der DKP und diesjährige Neuheit - von der Sozialdemokratie.
Die hatte sich - im Bewußtsein gebrochener Tradition, bisher zurückgehalten, hatte die damalige SPD die Räte doch als "terroristische Minderheit" diffamiert. Und schließlich war es der Sozialdemokrat Noske, der mit seinen Reichstruppen und rechten Freicorps die Räte blutig niederschlagen ließ. Doch wen schert das heute noch?

13.Februar. Im Amtsgericht Tecklenburg fand ein Prozeß wegen Behinderung eines Atommülltransports in Richtung Lübeck durch eine PKW Bummel Blockade In derselben Sache gab es im Dezember 88 bereits 4 Monate Knast auf Bewährung und Führerscheinentzug wegen angebl. schweren Eingriffs in den Straßenverkehr, Körperverletzung. Tatsächlich war der Beschuldigte bei seiner Festnahme zusammengeschlagen worden. Der Prozeß gegen eine 3.Person steht noch an. Wir werden berichten.

SPENDENAKTION

„Waffen für El Salvador"

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 10010010

Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Kontostand 3. 2. 1989:
4.181.273,00 DM

15. Februar. Chefankläger Bock&Pollach hatte kein Glück mit seinen erzieherischen Maßnahmen: Das Verfahren wegen Beschädigung von DVU Wahlplakaten wurde eingestellt, Polizeizeugen konnten sich nicht erinnern. Derweil geriet der Prozeß zur antifaschistischen Demonstration.
18.Februar. Zur Demo gegen Kriminalisierung in Oldenburg rief ein breites Bündnis aus dem Raum OL, DEL, HB auf. Anlaß sind vor allem die Prozesse wegen Atommüllblockaden, die seit Dez.88 stattfinden.

18.Februar. Meldung in Radio FFN: Die Verbindungen der RAF zur autonomen Szene seien besser denn je, teilte der Hamburger Verfassungsschutzchef und Taz-Interview-Partner Lochte mit.Die guten Verbindungen, so Lochte seien auf die enge Zusammenarbeit beider Gruppen in der Hamburger Hafenstraße zurückzuführen. Seit langem wird die Hamburger Hafenstraße als gemeinsames Projekt des Widerstands angesehen. Die RAF sei damit gefährlicher als im vergangenen Jahr (huch)

23.Februar. Im Amtsgericht Bremen findet zur Zeit der Prozeß gegen den Bremer Antifaschisten N. statt. Es geht um Anti-DVU Aktionen 86 und um die Silvesterfete 87/88. Ein zweiter Prozeßtermin ist auf den 2.März, 8.3o Uhr, Zimmer 151 festgesetzt.

AM 30.1.89 WURDE IN DÜSSELDORF AUF EINER VERANSTALTUNG ZUM PROZEß GEGEN INGRID STROBL EINE FRAU, ELISABETH RIEPING AUS ESSEN, DES RAUMES VERWIESEN. NACHDEM SIE SICH GEWEIGERT HATTE, DEN RAUM ZU VERLASSEN, WURDE SIE LETZTENDLICH AN HÄNDEN UND FÜßEN HINAUSGETRAGEN. WAS IST EINEM SO ENTSCHLOSSENEN HANDELN VORAUSGEGANGEN?

KONKRETE POLEMIK KONKRETER VERRAT

E.R. hatte anfang Dezember in Köln am bundesweiten Kongress der Frauen und Lesben gegen Gen- und Reproduktionstechnologien teilgenommen. Anschließend verfasste sie einen Artikel, den die "konkret" in ihrer Februar Ausgabe veröffentlichte. Hierin erklärte sie das Arbeitstreffen schlicht zu einem Treffen "der Freundinnen der Roten Zora". Damit wird das Treffen von ihr in einen Zusammenhang gestellt, den sonst perfiderweise das Bundeskriminalamt zu konstruieren versucht. Bei welch geringen Anlässen der Repressionsapparat schon zuschlägt, ist der Schreiberin, wie aus ihrem Artikel hervorgeht, offensichtlich bekannt. Nicht genug, das ganze Treffen zu kriminalisieren, darüber hinaus unterstellt sie den Teilnehmerinnen sogar noch konspiratives Verhalten.
Zu fragen ist nach den Absichten der Redaktion der Zeitschrift "konkret", die dem Abdruck des Artikels zugestimmt hat. Das alles ist eine ungeheure Denunziation eines Frauenzusammenhangs zu einem der sogenannten "anschlagsrelevanten Themen". E.R.'s Verhalten ist in übelster Art unsolidarisch und denunziatorisch. Deshalb wird es in Zukunft notwendig sein, solche "Teilnehmerinnen" rauszuwerfen.
Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Köln.

FRAUENPLENUM GEGEN GEN- UND REPRODUKTIONSTECHNOLOGIE
AM DIENSTAG, DEN 28.FEB.1989

Seit einiger Zeit gibt es in BREMEN ein Frauenplenum gegen Gen- und Reproduktionstechnologien. Entstanden ist es nach dem 2.bundesweiten Kongreß "Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien" in Frankfurt. (Okt.88)., an dem sich viele Frauen aus Bremen beteiligt hatten. Kurz darauf gab es ein Nachbereitungstreffen, um Informationen auszutauschen, Kritik zu üben und schließlich Bremer Perspektiven für Pro-test und Widerstand zu entwickeln.
Ein erster Schritt ist das Plenum, das den verschiedenen Frauengruppen, die in Bremen am Thema arbeiten, ebenso wie interessierten einzelnen Frauen die Möglichkeit der Kooperation bieten und einen kontinuierlichen Diskussions- und Arbeitszusammenhang schaffen soll.
Das nächste Treffen wird am Dienstag, den 28.2.88 um 2o Uhr im Frauengesundheitszentrum, Hohenlohestr.4o stattfinden. Schwerpunktthema wird die Humangenetik, bzw. das Humangenetische Institut an der Universität Bremen sein.

BREMER FRAUENWOCHE

Vom 13.-18. März 1989 wird an der Uni Bremen die 7.Bremer Frauenwoche stattfinden. Anders als in all den Jahren vorher wird es dieses mal einen Arbeitsschwerpunkt geben:
GEN UND REPRODUKTIONSTECHNOLOGIEN, samt ihren historischen und gesellschaftlichen Hintergrund. Das neue Konzept trägt der Kritik an vorausgegangenen Frauenwochen Rechnung, die vor allem die inhaltliche Zusammenhanglosigkeit der angebotenen Veranstaltungen , die Beliebigkeit der Themen und das daraus entstandene Chaos beanstandet hatte.
In diesem Jahr wird es keine Arbeitsgruppen geben, die nicht einen inhaltlichen Bezug zum Thema auf weisen. Um den Schwerpunkt Gen- und Reproduktionstechnologie selbst übersichtlicher zu gestalten und sinnvoll aufzuteilen, sind für die verschiedenen Tage jeweils wieder Schwer punkte gesetzt. In deren Rahmen werden morgens Einführungs- bzw. Eröffnungsvorträge gehalten und als Tagesabschluß ein gemeinsames Plenum organisiert, das den inhaltlichen Aus tausch ermöglichen soll.
Dazwischen liegen viele Veranstaltungsangebote und Arbeitsgruppen zum Thema. Auch für Körperarbeit, Tanz, Bewegung, Meditation läßt dieses Konzept in begrenzten, festgelegten Stunden noch Raum.
Der Tagesschwerpunkt am Montag, den 13.März ist "Wissenschaftsverständnis und Naturbeherrschung", am Dienstag "Der weibliche Körper zwischen Enteignung und (Wieder-) Aneignung", der Mitwoch steht unter dem Motto "Selbstbestimmung", am Donnerstag wird über "Bevölkerungspolitik und die internationalen Kapitalinteressen diskutiert werden und der letzte Tag bleibt der Entwicklung von "Widerstand und Perspektiven" vorbehalten.
Alles in allem eine Konzeption, die eine interessante und inhaltsreiche Frauenwoche erwarten läßt, in der viel Raum bleibt für Vorträge einzelner und Diskussionen unter allen Teilnehmerinnen, und die Möglichkeit bietet, einfach mal reinzuschnuppern und zu konsumieren, aber auch die, sich einzumischen und zu aktivieren.
Genaues zu den einzelnen Veranstaltungen im Programm. Also dann: Mit viel Motivation, Energie, Tatkraft und Lust ran ans "anschlagsrelevante Thema" - vor, während und auch nach der Bremer Frauenwoche.

BLAUMEIER-ATELIER

Projekt Kunst und Psychiatrie

Travemünderstraße 7a, 2800 Bremen, Tel. 0421-395340

ATELIER BLAUMEIER SPIELTE IM THEATER IN WALLE "SISSY IN NÖTEN".

Das niederdeutsche Theater in Walle ist neuerdings angenehm erfrischend. Wo früher das Volk tümelnde Volksstücke über sich ergehen lassen mußte ist heute Vorstadt-Avantgarde angesagt. Und weil Walle nicht das Viertel ist, macht das sogar Spaß:

An einem der vielen Bremer Depri-Sonntagnachmittage im letzten Dezember beispielsweise gabs Brettspiele, Dada und Barockmusik. Im Januar ein spaßiges Kurzfilmfestivälchen ohne Schmuh und am 2.Februar spielte das Atelier Blaumeier: 4o Männer und Frauen, fast alle mit Erfahrungen in und an der Psychiatrie, zauberten auf der Bühne. 6oo ZuschauerInnen, anfangs noch höflich-ängstlich in Erwartung eines "Aktion Sorgendkind Mitleid Stückchen" hatten schnell im Spiel von Masken, Tänzen, Singen, Percussions vergessen, wer hier eigentlich verrückt ist.

Für das Atelier Blaumeier ist dieses Spiel Teil eines Konzeptes, in dem ein neuer Ansatz versucht wird, die Mauern und das Schweigen der Männer und Frauen in oder aus der Psychiatrie zu brechen.

Als Anfang der 7oger Jahre der italienische Psychiater Franco Basaglia die Grupe "Istituzione Negata" gründete, setzte er damit eine umfassende Bewegung gegen geschlossene Anstaltung frei. Er beschrieb die Institution "Psychiatrie" selbst als einen entscheidenden Faktor zur Konservierung, Verschärfung oder sogar Produktion sog. "psychiatrischer Krankheiten", die immer als soziale Krankheiten beginnen.

Die radikale Ablehnung der Anstalt und der "Verwahrung" wurde auch in der BRD aufgegriffen. Und es paßte gut ins Konzept der sozial-liberalen Ära, neue Modelle zur sozialen Beherrschung zu etablieren: Heute ist ein großer Teil der radikalen Anti-Psychiatrie-Bewegung in ein Netz von Vorfeld-Therapien und teiloffenen Psychiatrie-Vollzug versackt.

Die von Basaglia initiierte radikale Kritik am Anstaltswesen beinhaltete immer auch den radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Auslese und Ausmerze fördern.

1985, 5 Jahre nach Veröffentlichung der Psychiatrie Enquete in der BRD machten sich von der psychiatrischen Langzeitklinik Blankenburg ein Zusammenschluß von Patienten, MitarbeiterInnen und Künstlern in einer blauen Karawane auf, um ein Modell jenseits von Therapie und Anstalt aus zu probieren. Ein Modell, das nicht von gesund und krank, von normal und verrückt ausging - in dem also nicht irgendeine "Heilung" (was immer das in Psychiatrischen Anstalten sein soll) mit einer entsprechenden"Behandlung" veranstaltet wird.

Die Blaue Karawane war monatelang vorbereitet und zog dann mit selbstgefertigten Masken, Musik, Tanz, Bewegung los, entwickelte eine Sprache für diejenigen, die in dieser Gesellschaft zum Schweigen verurteilt sind.

Zurück in Bremen gründete die Gruppe das Atelier Blaumeier, mit dem Ziel gegenüber jeglichem psychiatrisch-diagnostischen Versorgungsanspruch die eigene Autonomie zu wahren.

Heute gibt es auf der Travemünder Straße jeden Tag ein Angebot, ausdrücklich unabhängig davon, ob eine Psychiatriekarriere bevorsteht oder anhängt, es gibt keine PatientInnen Karteien, keine Prüfung ob gesund oder krank, kein psychologisches Nachfragen nach Therapieverläufen.

Das besondere ist, das radikal mit dem Denken aufgeräumt wird, wie Menschen richtig oder falsch sind. Das erklärt auch, warum so viele KünstlerInnen im Projekt mitarbeiten, und nicht -wie sonst im Psychiatrischen Bereich üblich: ErzieherInnen, PädagogInnen, TherapeutInnen. Künstlerisch schöpferisch zu sein ist im Atelier Blaumeier ausdrücklich nicht "Therapeutisch" gemeint.

Blaumeier über Blaumeier:

Wir übersehen nicht, daß das, was Blaumeier zum Spiel freigibt, sich im gesellschaftlichen Alltag oft als nackter Überlebenskampf darstellt.

Über das Kunstwerk und über den Prozeß des Miteinander Gestaltens nimmt der Einzelne wieder Kontakt auf zur sozialen Dimension dessen, was ihn krank macht. Denn bevor wir individuelle Kranke werden, sind wir soziale Kranke ... Es ist das Anliegen dieses Projektes, diesen Zusammenhang ins öffentliche Bewußtsein zu rücken und zwar nicht durch eine pädagogische Maßnahme, sondern dadurch, daß die Künstler (also alle die ins Atelier kommen) und ihre Arbeiten selbst zu Wort kommen.

Wir übernehmen damit weniger einen sozialtherapeutischen als vielmehr einen politischen Auftrag.

AM 14.AUGUST IST ES GENAU 20 JAHRE HER, DAß DIE BRITISCHE ARMEE WIEDER IN NORD-IRLAND EINMARSCHIERT IST. 1969 HATTE DIE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG MOBIL GEMACHT GEGEN DAS SEKTIERERISCHE, NORDIRSICHE SYSTEM, DAS DIE KATHOLISCHE MINDERHEIT SYSTEMATISCH IN ALLEN LEBENSBEREICHEN DISKRIMINIERTE. DIE ANFANGS GEWALTFREIE BEWEGUNG ENTWICKELTE SICH AUFGRUND BRUTALER REPRESSION UND POGROMARTIGER ÜBERFÄLLE VON PROTESTANTISCH/LOYALISTISCHEN PARAMILKITÄRS BINNEN WENIGER MONATE ZU EINER DER MILITANTESTEN MASSENBEWEGUNGEN EUROPAS. DER EINMARSCH BRITISCHER TRUPPEN SOLLTE DEM EIN ENDE BEREITEN LEITETE ABER DIE BISHER LÄNGSTE PHASE DES BEWAFFNETEN KAMPFES GEGEN DIE ALTE KOLONIALMACHT GROßBRITANNIEN EIN.
DIE IRA HAT SICH IN DEN JAHREN DES KAMPFES VON EINER EHER PERSPEKTIVLOSEN,NATIONALISTISCHEN TRUPPE HIN ZU EINER RADIKAL-SOZIALISTISTISCHEN STADTGUERILLA ORGANISATION ENTWICKELT. DIESER WANDLUNGSPROZEß WURDE AUF DEM KONTINENT UND IN DER BRD LINKEN WEITESTGEHEND IGNORIERT. AUCH DIE BUNDESDEUTSCHE LINKE GING IN IHREN GROßEN TEILEN DER BRITISCHEN PROPAGANDAMSCHINERIE AUF DEN LEIM. NICHT OHNE ERFOLG WIRD VERSUCHT DEN NACHKOLONIALEN KLASSENKAMPF IN NORDIRLAND ALS DUMPF-FANATISCH GEFÜHRTEN RELIGIONS KRIEG ZU DENUNZIEREN. DIE SOLIDARITÄT, DIE NATIONALEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN NICARAGUA, PALÄSTINA UND ANDERSWO ZU TEIL WIRD, BLEIBT BISHER DEM IRISCHEN BEFREIUNGSKAMPF VERWÄHRT.

...DAS LEBEN IN NORD IRLAND LEBEN MIT EINGETRETENER DEM TÄGLICHEN BLICK

IST EIN TÜR UND IN GEWEHRLÄUFE

IRLAND - "DRITTE WELT" IN EUROPA

Die Geschichte Irlands ist die Geschichte eines "Dritte Welt" Landes in Europa. Seit 1196 belästigen britische Invasoren die IrInnen und stoßen dabei immer wieder auf heftigen Widerstand. Irland war und ist aufgrund seiner geostrategischen Lage die wichtigste Kolonie der englischen Krone. Deshalb eignete sich die Kolonialmacht hier auch nicht nur das Land an, um es dann von den einheimischen abhängigen Bauern und Bäuerinnen bewirtschaften zu lassen. Vielmehr wurde in Irland eine Form des Siedlerkolonialismus betrieben, wie wir ihn aus Kenia, Rhodesien/Zimbabwe, Algerien, Südafrika und abgewandelt auch in Palästinakennen.

Anfang des 17.Jahrhunderts wurde die nördliche Provinz Ulsters -etwa das heutige Nordirland und von jeher eine Hochburg des Widerstands - systematisch mit protestantischen SiedlerInnen, die loyal auf der Seite des britischen Empires standen,besiedelt. KatholikInnen wurden enteignet und aus allen wichtigen ökonomischen und politischen Positionen gedrängt. Seit dem - und dies gilt heute in Nordirland genauso - bestimmt die Religionszugehörigkeit die soziale Lage, den Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie.

So wurde später auch nur der Nordosten der Insel konsequent industrialisiert, eben nur jene Regionen in denen loyalistische ProtestantInnen in der Mehrheit waren. Der Rest des Landes wird als verarmtes Agrarland an der kurzen Leine gehalten. Eigenständige Handelsstrukturen zerschlagen. Die irische Wirtschaft wurde vollständig auf den Bedarf des britischen Marktes zugeschnitten.
1847 z.B. ließ eine Hungersnot 3 Mio. IrInnen verhungern oder emigrieren, während die Lebensmitteltransporte weiterhin nach England verschifft wurden.

SPALTUNG DER ARBEITERINNENKLASSE

Im industrialisierten Nordosten gelingt es dem protestantischen Establishment durch sektiererische Politikdie sich herausbildenden Klassengegensätze zu überkleistern.
Sektiererisch heißt im nordirischen Sprachgebrauch eine Politik, die religiöse Diskriminierung als Mittel zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen benutzt Ein ausgetüffteltes Privillegiensystem bindet die protestantischen Unterschichten materiell in die Strategie der Herrschenden ein.
Damals wie heute ist die nordirische Gesellschaft nicht nur entlang den Klassen gespalten, sondern auch und vor allem entlang der Konfessionslinie. Den Ideologen des Loyalismus ist es gelungen, eine faschistoide "protestantische Volksgemeinschaft" zu etablieren, in der Klassengegensätze kaum noch eine Rolle spielen. Wirtschaftskrisen führten in Nordirland fast nie zu gemeinsamen Arbeitskämpfen, sondern oft zu blutigen, antikatholischen Pogromen.

TEILUNG DER KOLONIE IRLAND

Nach dem gescheiterten Osteraufstand (die RebellInnen hatten 1916 die sozialistische Republik ausgerufen) und dem erfolgreichen Guerilla Krieg der neugegründeten IRA gegen die britischen Truppen, wurde Großbritannien klar, daß die Kolonie Irland nicht mehr zu halten war. Am Verhandlungstisch setzte Großbritannien die Errichtung eines nordirischen Teilstaates durch. Die 5 nördlichen Grafschaften verblieben im "Vereinigten Königreich", womit die alte Kolonialmacht ihren Einfluß auf der strategisch bedeutsamen irischen Insel bewahren konnte. Das heutige Nordirland wurde am Reisbrett so konstruiert, daß eine protestantisch/loyalistische 2/3 Mehrheit die britische Vorherrschaft absicherte. Zum anderen blieben so auch die industriell am weitesten entwickelten Teile der Insel in britischer Hand: Der Norden mit seiner Leinen- und Maschinenbauindustrie, den Werften, Spinnereien und Tabaksfabriken. Mit diesem anglo-irischen Vertrag war 1921 auch das Schicksal der katholischen Minderheit in Nordirland besiegelt. Sie wurde Opfer eines extrem repressiven und sektiererischen Staates, der von Groß britannien gestützt wurde. Sie wurde aber auch Ende der 6oer Ausgangspunkt und Motor zur Wiederaufnahme des bewaffneten,irischen Befreiungskampfes.
Doch die Folgen britischer Kolonialpolitik sind heute nicht nur in Nordirland präsent. Die südirische Republik hatte mit der Teilung die meisten Industrie- und Handelszentren verloren und von daher im Ansatz keine Chance auf eine eigenenständige ökonomische Entwicklung. Heute ist die Republik Irland ein nahezu bankrotter Staat. Die Pro-Kopf Verschuldung liegt über der Brasiliens und Mexikos. Die Armut hat horrende Ausmaße erreicht. 35% der rund 3,5 Mio. EinwohnerInnen sind vom sehr schmalen Sozialhilfebudget abhängig.Es gibt mehr Erwerbslose als in der verarbeitenden Industrie Beschäftigte. So ist die irische Republik auch ein Tummelplatz für das internationale Kapital. In sog. "Freien Unternehmenszonen"erwarten die multinationalen Konzerne geradezu traumhafte Ausbeutungsbedingungen: Keine lästigen Tarifbestimmungen, Investitionszuschüsse bis zu 5o%, kostenlose Ausbildung der Arbeitskräfte nach den Erfordernissen der Kapitalanleger etc. Auch im Süden hat eine Entkolonialisierung nicht stattgefunden. Alte sind durch neokoloniale Strukturen ersetzt worden. Immer noch werden tausende in die Emigration getrieben Allein 1986 wanderten 5o ooo junge IrInnen aus.

11 NORDIRISCHE REALITÄT

Auf sozialer Ebene besteht in Nordirland immer noch ein quasi Apartheids-System: KatholikInnen und ProtestantInnen wohnen getrennt, gehen in verschiedene Schulen und Freizeitstätten. Die Konfessionszugehörigkeit bestimmt weiterhin die soziale Lage. KatholikInnen bekommen die schlechtesten Jobs, neue Industrieunternehmen und sozialer Wohnungsbau kommen fast nur in protestantische Gebiete.

In Nordirland leben heute etwa 9oo ooo ProtestantInnen und 6oo ooo KatholikInnen. Die Gesamtarbeitslosigkeit beträgt derzeit etwa 25%.

Hiervon ist die katholische Minderheit jedoch im wesentlich stärkeren Maße betroffen: 1985 waren 4o% der katholischen Männer, 19% der Frauen gegenüber 2o% der protestantischen Männer und 12% der Frauen erwerbslos. (Die Dunkelziffer der Frauenerwerbslosigkeit liegt in Nordirland wahrscheinlich niedriger als in der BRD, da in NI bedeutend mehr Frauen erwerbstätig sind und so in der offiziellen Statistik erfasst sind.)

In dem katholischen Belfaster Stadtteil Ballymurphy, eine Hochburg des republikanischen Widerstands, stieg die Erwerbslosigkeit gar auf 87%.

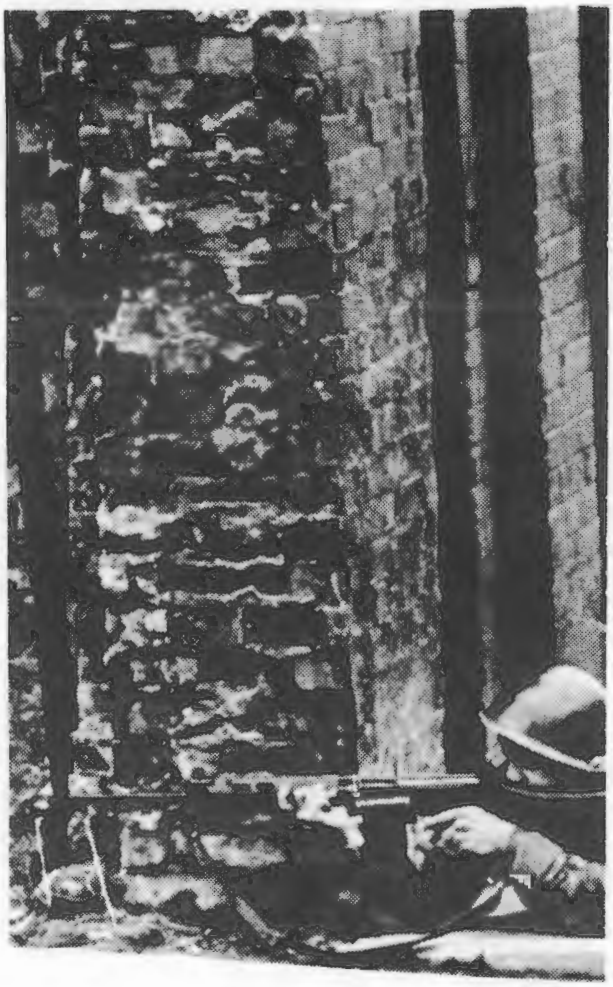
Der Slogan der Bürgerrechtsbewegung "Wir sind die weißen Neger Nordirlands" stimmt heute noch genauso, wie vor 2o Jahren. Daran hat die britische Direktherrschaft (1974 wurde das nordirische Parlament aufgelöst und die Regierungsgewalt dem britischen Nordirlandministerium übertragen.) keineswegs etwas geändert. Die britische Regierung versucht sich trotzdem immer wieder als antidiskriminierende Reformkraft darzustellen. Jedoch fließen die Gelder der Investitionsprogramme fast ausschließlich in protestantische loyalistische Viertel. Die Pleite Werft Harland &Wolff - der Beschäftigungsanteil der KatholikInnen liegt hier unter 5%- beispielsweise wird mit jährlichen Subventionen von 6o Mio Pfund aus der britischen Staatskasse am Leben gehalten.

Kleine Geschenke sollen auch in Krisenzeiten die Freundschaft von LoyalistInnen erhalten.

ü

Nordirland ist heute der repressivste Staat in Westeuropa. Über 3o ooo Soldaten und Paramilitärs sind mit nichts anderem beschäftigt, als mit der Bekämpfung des republikanischen Widerstands und der IRA.

27oo Todesopfer hat der Krieg in Nordirland seit 1968 gefordert. Über 1ooo Gefangene sitzen wegen politisch motivierter Vergehen in britischen Lagern und Knästen ein. Die eindeutige Mehrheit davon sind RepublikanerInnen und SozialistInnen. In keinem europäischen Land gibt es gemessen an der Bevölkerungszahl soviele politische Gefangene, wie in Nord-Irland. Doch das Ausmaß von Besatzung , Krieg und Repression läßt sich nicht "nur" an der Zahl der Gefangenen, Toten und Verletzten bemessen.
Repression ist in den katholischen Ghettos Alltag, d.h. ständige Kontrollen von gepanzerten Fahrzeugen durch die Straßen, bis zu den Zähnen bewaffnete Fußpatroillen, die die Vor gärten durchkämmen. Rund um die Uhr Hubscharuberüberwachung u.s.w.
Das Leben in Nordirland ist ein Leben mit eingetretener Tür und dem täglichen Blick in Gewehrläufe.



DIE IRA

Über die IRA herrschen hierzulande - auch in sonst gut unterrichteten linken Kreisen- nur sehr vage und diffuse Vorstellungen. In der BRD Linken ist sie meist als nationalistische Organisation verpönt.
Hier vorab eine grundsätzliche Bemerkung Nationalismus heißt in Irland etwas anderes als z.B. in der BRD. Das irische Volk ist das einzige Volk im westlichen Europa, das in seiner Geschichte kein anderes Volk unterdrückt oder sich an dessen Ausbeutung beteiligt hat. Nationalismus heute geht in Irland eben nicht einher mit Chauvinismus. (z.B. ist der Trainer der südirischen NATIONALMANNSCHAFT Brite.)
Nationaler Befreiungskampf hieß in Irland immer einer antikolonialer Kampf gegen die britische Großmacht. Nationaler Befreiungskampf in Nordirland heute heißt für die IRA immer auch antiimperialistischer Kampf.Nur: Imperialismus ist in Nordirland nun mal vor allem in Form der britischen Besatzungstruppen präsent.

Die IRA hat sich seit ihrer Reorganisation Ende der 6oer zu einer radikal-sozialistischen Stadtguerillaorganisation entwickelt. Mitte der 7o `er Jahre setzte eine ideologische Umorientierung ein. Diese Linksentwicklung hatte verschiedene Gründe: Zum einen kamen die neuen, meist jungen AktivitInnen hauptsächlich aus den katholischen Armenvierteln in Belfast, Derry und anderswo. Sie bekamen das Übergewicht vor den südirischen TraditionalistInnen.
Zum anderen fand zwischen der IRA und den radikal sozialistischen Teilen der Bürgerrechtsbewegung ein starker ideologischer Austausch statt. Vor allem in den Knästen und Internierungslagern hörten die jungen "IRA-Volunteers" oft zum erstenmal von Marx, Engels, Bakunin, Che Guevara oder gar vom Feminismus. Heute besinnt sich die IRA stärker auf die soialistischen Traditionen des irisch republikanischen Widerstands. In ihrem Programm tritt sie für ein sozialistisches, vereinigtes Irland ein, das weder in NATO, noch in den Warschauer Pakt, noch in die EG integriert werden soll.

Auch in der Partei Sinn Fein - das legale, parteipolitische Spielbein der IRA - hat der linke Flügel (Gerry Adams u.a.) die Leitung übernommen. Sinn Fein bringt das Kunststück fertig mit Erfolg Parteipolitik zu betreiben, ohne sich dabei vom bewaffneten Kampf der IRA zu distan-

zieren. Die Position der Partei ist in Nordirland - im Gegensatz zum Süden - stärker denn je: 13% kann Sinn Fein derzeit bei Wahlen auf sich vereinigen, das sind etwa 4o% der kath. Bevölkerung. In allen 6 Grafschaften des Nordens unterhalten sie soziale Beratungsbüros und vereinzelt auch Projekte. Doch auch im Süden beginnt Sinn Fein die dortigen sozialen Projekte aufzugreifen. Langfristiges Ziel ihrer Politik ist die sozialistische Modernisierung und Säkularisierung der gesamten irischen Gesellschaft. So arbeiten Sinn Fein - Frauen z.B. auch in den Scheidungs- und Abtreibungskampagnen mit. (Beides ist im erzkatholischen Südirland verboten.)

Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen bewaffneten Gruppen kann sich die IRA des Rückhalts in der katholischen Bevölkerung sicher sein. In den katholischen Gebieten können sich die Volonteers "wie ein Fisch im Wasser" bewegen. Eine starke Minderheit der katholischen Bevölkerung unterstützt heute die IRA vollblütig, eine große Mehrheit duldet sie, aber nahezu niemand in der "community" ist bereit den "Sicherheitskräften" bei der Bekämpfung der IRA zu helfen.

Militärische Ziele der IRA sind allein britische Truppen, nordirische "Sicherheitskräfte" und hochrangige britische SpitzenpolitikerInnen. (z.B. 1984 der Anschlag auf den Tory-Parteitag in Brighton)
In Einzelfällen auch führende Mitglieder loyalistischer Todesschwadronen oder KollaborateurInnen.
Die IRA AktivistInnen sind längst nicht mehr die blindwütigen Pistolleros und BombenlegerInnen, die Kneipen und Cafés sprengen - wie noch Anfang der 7oer Jahre. Dies sind vielmehr die Markenzeichen der loyalistischen Paramilitärs
Obwohl die IRA hauptsächlich in dichtbesiedelten, städtischen Gebieten operieren muß, sind Anschläge, bei denen ZivilistInnen umkommen, eher die Ausnahme geworden. Sektiererische Anschläge sind nicht Mittel der IRA Politik.
Im Sommer letzten Jahres weitete die IRA ihre militärische Kampagne auf den Kontinent aus: Anschläge auf Einrichtungen der britischen Armee in Duisburg und Düsseldorf (britische Soldaten werden in der BRD speziell für die Aufstandsbekämpfung in Nordirland ausgebildet), sowie Anschläge in London und Ostende. Es ist zu erwarten, daß die IRA 1989 zum Jahres tag des britischen Einmarsches hin ihre militärische Kampagne nocheinmal intensiviert.

BRITISCHE INTERESSEN

Der Verbleib Nordirlands im Vereinigten Königreich kostet Großbritannien im Jahr umgerechnet etwa 4 Mrd. DM.
13 2oo Soldaten unterhält die britische Regierung nach der jüngsten Truppenverstärkung in der aufsässigen Provinz. Hinzu kommen noch über 1oo "Terrorspezialisten" des "Special Air Service" (SAS). Angesichts dieser Zahlen erscheint es erst einmal absurd, daß Großbritannien am Nordirland geschäft festhält.
Britische Interessen an Nordirland waren und sind primär strategischer Natur. Weder GBR noch die NATO könnte eine Wiedervereinigung Irlands unter neutralem oder sogar sozialistischen Vorzeichen akzeptieren. Besonders fürchten die Strategen, daß im Falle eines Abzugs britischer Truppen aus Nordirland und einer Wiedervereinigung die militanten Kämpfe auch auf den Süden übergreifen. Das südirische Establishment wäre zu schwach um eine solche Dynamik aufzuhalten. Großbritannien befürchtet, daß vor der eigenen Haustüre ein "europäisches Kuba" entstehen könnte.

Der nordirische Stützpfleier in der britischen Sicherheitsstrategie wackelt nun seit 2o Jahren schon beträchtlich. Das sektiererische, nordirische System kann seine Funktion nicht mehr erfüllen, da seine politische Praxis andauernden militanten Widerstand hervorruft. Die britische Großmacht ist deshalb bestrebt, den Staat im Norden im imperialistischen Sinne zu modernisieren, einen zumindest oberflächlichen sozialen Frieden wieder herzustellen. Hierbei besteht für Großbritannien jedoch die Schwierigkeit, daß jedes noch so kleine Reförmchen auf heftigen Widerstand der protestantisch/loyalistischen Mehrheit stößt. Die brutale Repression gegen jegliche Form des republikanischen Widerstandes entlarven in den Augen der KatholikInnen die kläglichen Reformversuche als das was sie sind: Plumpe Befriedungsversuche.

Einbindung des Südens

Mit dem Hillsborough-Abkommen von 1986 ist es GBR gelungen auch die Republik Irland in seine Sicherheitsinteressen einzubinden. Dies gestaltete sich angesichts der ökonomischen Abhöängigkeit des Südens und seiner EG-Mitgliedschaft nicht sonderlich schwierig. Jenseits des diplo matischen Geplänkels (der Republik werden "konsultative Rechte" bei der britischen Nordirlandpolitik eingeräumt.) ist die "hardware" des Abommens jedoch im Sicherheitsbereich zu finden. Die Strafgesetze beider Inselstaaten sollen einander angeglichen werden. Die Polizeiapparate in Nord und Süd arbeiten nur verstärkt zusammen, womit der IRA das logistische Hinterland für Aktionen im Grenzbereich abgeschnitten wird. Desweiteren werden seit letztem Jahr republikanische Gefangene an den Norden ausgeliefert, da die Dubliner Regierung die "Europäische Konvention gegen Terrorismus" unterzeichnet hat.

Trotz des offensichtlich rein sicherheitspolitischen Charakters des Abkommens fühlen sich die LoyalistInnen von London verraten und verkauft. Jeder noch so bedeutungslose Schritt Richtung Wiedervereinigung, jedes noch so symbolische Zugeständnis an die KatholikInnen ist schon zu viel. Die reaktionäre protestantische ArbeiterInnenklasse organisierte einen harten, militanten Widerstand gegen das Abkommen: Generalstreik, Angriffe gegen katholische Ghettos, sektiererische Mordkampagnen gegen KatholikInnen. Mittlerweile bröckelt der Widerstand. Die rückständige Ideologie des Loyalismus zeigt sich erneut als perspektivlos und steckt in der Krise. Dies ist der bisher einzig positive Effekt des Abkommens.
Die Reaktionen der LoyalistInnen zeigen einmal mehr, daß die einzige Chance auf eine wirkliche Veränderung der nordirischen Verhältnisse ein vereinigtes Irland ist. Nur wenn die LoyalistInnen in eine Minderheitenposition kommen, werden sie von ihren Privilegien abrücken und ihre sektiererische Politik beenden.

NORDIRLAND UND DIE EG

15

Nordirland hat in der EG unter anderen die Funktion eines Testfeldes für Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung. Fast alles, was hierzulande in den Repressionskatalog aufgenommen oder noch diskutiert wird, ist in Nord-Irland schon ausprobiert worden. Ob CS Gas, Gummi- oder Plastikgeschosse, die Kronzeugenregelung, Verhörmethoden, die Abschaffung des Aussageverweigerungsrechts, städtebauliche counter-insergency Konzepte oder Spezialeinheiten wie das britische Hinrichtungskommando SAS.
All dies sind "Erfahrungswerte" die andere EG Staaten mit Sicherheit dankbar entgegennehmen.

Ein Beispiel für die deutsch-britische Zusammenarbeit im Bereich der Aufstandsbekämpfung ist die Stadtkampfanlage "Tin City" in der Nähe von Augustdorf bei Bielefeld.
Hier bildet die britische Rheinarmee "verdammt realistisch" Soldaten für den Bürgerkrieg aus. Dort stehen 9o Häuser, ein Kriegerdenkmal für IRA-Gefallene, eine kleine Kirche.
Sprechpuppen beschimpfen britische Soldaten, Soldaten gehen gegen Kollegen in zivil vor, die mit Steinen werfen.

Im Mai 84 räumten die Rheinarmisten ihre Stadtkampfanlage für ihre deutschen Kollegen vom Bundesgrenzschutz Im "realistischen" Bürgerkriegsszenario des BGS Nordrhein-Westfalen hieß es damals:

"Der anhaltende Streit um die 35 Stunden Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft. (...) Durch lang anhaltende Arbeitskämpfe, Umsturzversuche von extremen politischen Gruppen, Unterwanderung von Sicherheitskräften durch staatsfeindliche Kräfte ist es in NRW zu chaotischen Zuständen gekommen. Es herrschen teilweise "Bürgerkriegszustände"...."
Fünf Tage lang probten hier bundesdeutsche Grenzschützer unter britischer Schirmherrschaft mit Maschinengewehren, Handgranaten und 2o mm Kanonengeschossen den innenpolitischen Ernstfall.

GRUSSAKTION FÜR GERARD UND GERRY !

Seit nun über 4 Monaten werden zwei Iren in bundesdeutschen Knästen getrennt festgehalten und voraussichtlich auf keinen Fall nach Südirland und wahrscheinlich auch nicht nach Nordirland ausgeliefert: Gerard Hanratty sitzt in Kaisheim/Bayern (in der Nähe von Donauwörth), Gerry McGeough in Frankenthal.

Beide wurden in der Nacht vom 3o. auf den 31.8.88 in der Ortschaft Waldfeucht nach der Ausreise aus den Niederlanden in ihrem Auto festgenommen. Es wird behauptet, man habe im Auto Waffen gefunden. Schon einen Tag später warf die Generalbundesanwaltschaft den Beiden vor, an sämtlichen Aktionen der IRA gegen die britische Armee in der BRD, Holland und Belgien im Laufe des Jahres beteiligt gewesen zu sein.

Zur Erinnerung:
- im Sommer 88 hatte die IRA eine britische Kaserne in Duisburg angegriffen,
- bei einem Anschlag auf ein Materiallager der Roy Kaserne in der Nähe von Düsseldorf wurden 3 Techniker der Krone und eine Frau leicht verletzt,
- in Ostende wurde ein Oberstabsfeldwebel der Rheinarmee von zwei Männern erschossen.

Obwohl Gerard und Gerry kein Deutsch können, werden sie von allen anderen Gefangenen isoliert und sind schärfsten Isolationshaftbedingungen unterworfen: Einzelhofgang, Postüberwachung etc.

Gerry hat in Frankenthal zwei Stunden am Tag Hofgang (am Wochenende nur eine). Bis Weihnachten wurden ihm dabei immer die Handschellen angelegt, das hat sich inzwischen geändert. Hofgang und Besuche werden völlig überwacht. Meist wird Gerry vor den Besuchen nackt durchsucht. Obwohl beide Recht auf 1/2 Stunde Besuch pro Woche haben werden die Besuchszeiten beschränkt. Bei Gerard in Kaisheim sind die Haftbedingungen ähnlich. Er hat keinen Kontakt zu Gerry oder anderen Gefangenen, bekommt allerdings eine irische Zeitung. Er will über die anderen politischen Gefangenen hier mehr wissen.

Beide sind in relativ guter Verfassung. Post kommt bisher wohl ganz gut durch. Also schreibt, was das Zeug hält, um die Isolation der Beiden zu durchbrechen.
Schreibt an:
Gerard Hanratty / Gerry Mc Geough
c/o Dr. Rinne
Bundesgerichtshof, Herrenstr. 45 a,
75oo Karlsruhe

Für die Anwälte gibt es ein großes Problem. Da die beiden kein Deutsch sprechen, brauchen sie für jeden Vorgang vereidigte DolmetscherInnen und die kosten verdammt viel. Beide kommen aus Arbeiterfamilien. Und das heißt im besetzten Nordirland eben Arbeitslosigkeit.
Es gibt folgendes Spendenkonto:
Frank Gallagher
Volksbank Rödermarkt (508 644 21)
Kto.-Nr.: 165 190

SCHWERPUNKT

17

Zusammenlegung jetzt

Isolationshaft ist Folter - ist genau die saubere, unblutige Art subtiler Folter, die ein modernen bürgerlicher Staat, wie die BRD, braucht.
Folterkeller, in denen das Blut von den Wänden gewaschen werden muß, gehören in die verdrängte deutsche Vergangenheit.
In jeder Repressionshandlung des Staates die faschistische Fratze erkennen wollen, hat die westdeutsche Linke möglicherweise blind gemacht, moderne Entwicklungen wie Hochsicherheitstrakte, Zwangsernährung, akkustische und sensorische Deprivation, Beobachtung rund um die Uhr usw. als das zu erkennen, was es ist - als Gewalt zur Brechung der politischen Identität, als Gewalt, die so schreck lich wie modern ist.
Die Mai Offensive der RAF 1972 - Antwort auf die Wiederaufnahme der Luftangriffe der USA in Vietnam, endete mit der Verhaftung des sogenannten "harten Kerns" in Frankfurt, Hamburg und Hannover.

Am 16.6.72 wurde Ulrike Meinhof im "toten Trakt" in Köln Ossendorf isoliert. Ulrike Meinhof schrieb aus dem "toten Trakt" - es sind die bis heute eindruckvollsten Dokumente dafür, was Isolationshaft bedeutet:

das Gefühl,
es explodiert einem der Kopf
das Gefühl, die Schädeldecke
müßte eigentlich zerreißen, abplatzen
das Gefühl
es würde einem das Rückenmark ins
Hirn gepresst, das Gefühl
das Gehirn schrumpelt einem allmählich zusammen wie Backobst z.B.
das Gefühl
man stünde ununterbrochen unmerklich
unter Strom, man würde ferngesteuert,
das Gefühl, die Assoziationen würden
einem weggehackt, das Gefühl
man pißte sich die Seele aus dem
Leib, als wenn man das Wasser nicht
mehr halten kann. das Gefühl, die
Zelle fährt.
Man wacht auf, macht die Augen auf,
die Zelle fährt, nachmittags, wenn
die Sonne reinscheint, bleibt sie
plötzlich stehen. Man kann das Gefühl
des Fahrens nicht absetzen. Man kann
nicht klären, ob man vom Fieber oder
vor Kälte zittert - man kann nicht
klären, warum man zittert, man
friert...

Ein halbes Jahr später, am 17.1.73 gibt Andreas Baader im Prozeß gegen Horst Mahler eine Erklärung zu den Haftbedingungen und zur Situation der isolierten Gefangenen ab - es beginnt ein bis heute andauernder Kampf für das Leben der Gefangenen: Zusammenlegung durchsetzen, Freilassung der Haftunfähigen.

Kurze Dokumentation der Geschichte der Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF

Januar 1973:
Zu diesem Zeitpunkt werden die Gefang-enen in verschiedenen Knästen gefangen gehalten. Ulrike Meinhof ist im toten Trakt in Ossendorf der absoluten Isolation ausgeliefert. Wir wollen behandelt werden wie andere, erklärt Andreas Baader.
Am 9.2.73 unterstützen sieben Anwälte den Streik mit einem Solidaritätshungerstreik und bringen damit die Haftbedingungen in eine breite Öffentlichkeit. Nach viereinhalb Wochen wird der Streik abgebrochen, Ulrike wird aus dem Trakt verlegt, es gibt kurzfristig für die Gefangenen die Möglichkeit, mit jeweils einer vom Anstaltsleiter zugewiesenen Begleitperson Hofgang zu machen.
Im April 73 beginnt daraufhin die Organisierung der "Kommitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD".
Mai 1973:
8o Gefangene treten in den Streik für "Gleichbehandlung der politischen Gefangenen mit allen anderen Gefangenen und freie politische Information für alle Gefangenen." Bereits nach 5 Tagen beginnt die brutale Zwangsernährung bei Andreas Baader, am 16.Tag wird ihm auch das Wasser entzogen. Er muß den Hungerstreik abbrechen. Die anderen aber streiken bis zum 29.6. weiter. Die Isolation wird nur bei zwei Gefangenen teilweise aufgehoben. Im Januar 74 wird Astrid Proll aus der Haft entlassen. Sie schwebt in akuter Lebensgefahr - eine unmittelbare Folge der Isolationshaft.
September 1974:
Am 13.9.74 gibt Ulrike Meinhof im Prozeß um die Baader-Befreiung eine Erklärung ab, die sich vornehmlich an alle Gefangenen richtet: Es geht um die Organisierung eines gemeinsamen Kampfes aller Gefangenen gegen die Isolation als Teil eines Befreiungkampfes gegen den Imperialismus.
Es wird ein Provisorisches Kampfprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter vorgelegt , in dem zur Schaffung einer revolutionären Gefängnisbewegung und Gefangenenselbstorganisation aufgerufen wird. Etwa 4o Gefangene nehmen an dem Hungerstreik teil.
Am 9.11.74 stirbt Holger Meins, weil er über einen langen Zeitraum systematisch zwangsunterernährt wurde - der Vernichtungswille des Staates hat sein erstes Opfer in diesem Knastkampf gefunden.
Am 5.2.75 wird der Streik beendet, nachdem die RAF draußen Aktionen zur Befreiung der Gefangenen ankündigt.
Das Resultat des Streiks: alle Gefangenen, deren Prozesse anstehen, erhalten stundenweise Umschluß, die Isolation bleibt unverändert. Es beginnt aber die Phase verschiedenster Arten der Einzel- und Kleingruppenisolation.

Am 24.4.75 versucht das "Kommando Holger Meins" mit der Besetzung der Botschaft in Stockholm die Befreiung eines Teils der Gefangenen - die Botschaft wird von deutscher Polizei in die Luft gesprengt, Siegfried Hausner ermordet, die anderen festgenommen.
Im Mai 75 beginnt der Stammheim Prozeß. Durch Sachverständige wird die Auswirkung der Isolationshaft auf die Gesundheit der Gefangenen festgestellt, der Gutachter Dr. Rasch schlägt die Bildung von "interaktionsfähigen Gruppen" vor. Rasch verbindet damit allerdings Vorstellungen eines Behandlungsvollzugs in Gruppen zur "Resozialisierung" der Gefangenen, wie dies heute ähnlich in Berlin-Plötzensee praktiziert wird.
Aus den politischen Erklärungen für die angeklagten Aktionen entsteht für die Gefangenen die Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention über den Schutz von Kriegsgefangenen, die in dieser Zeit gerade auf die Gefangenen aus nationalen und antikolonialen Befreiungsbewegungen ausgedehnt werden sollen, nachdem sich das internationale Kräfteverhältnis in der UNO zugunsten der Staat-gewordenen Befreiungsbewegungen verändert hat.
Die politische Bestimmung der RAF als Teil der internationalen Befreiungsbewegungen verändert den Standpunkt und den Kampf der Gefangenen, vom sozialen Knastkampf um Gleichstellung zum politischen Statut.
März 1977:
Nach jahrelanger Einzel- und Kleingruppenisolation treten die Gefangenen erneut in einen Hungerstreik mit der Forderung nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention , formulieren diese aber im einzelnen als Abschaffung der Isolation aus. Sie fordern die Auflösung der Hochsicherheitstrakte.
Es schließen sich insgesamt schließlich ca.12o Gefangene dem Streik an. Wieder wird brutale Zwangsernährung durchgeführt.
Am 3o.4.77 beenden die Gefangenen ihren Streik, da Baden-Württemberg die Konzentration der politischen Gefangenen in Stammheim zusagt.
Sehr langsam werden dann 8 Gefangene nach Stammheim verlegt. Diese Kleingruppe wird aber am 8.8.77 brutal von einem Rollkommando überfallen. Die Gefangenen werden totalisoliert. Sie treten noch am selben Tag in einen Hunger- und Durststreik.
Die Gruppe wird auseinandergelegt, Amnesty International schaltet sich als Vermittler ein. Es bleibt erfolglos.

Am 2.9.77 brechen die Gefangenen den Hungerstreik ab, um das Mordkalkül nicht zu erleichtern.
Draußen hat inzwischen die Forderung nach Anwendung der Genfer Konvention zu heftigen politischen Debatten geführt, die wesentlich zur politischen Isolation der Gefangenen aus der RAF beitragen. Am 5.9.77 werden die Gefangenen der Kontaktsperre unterworfen, denn die RAF darußen hat Hans-Martin Schleyer entführt. Am 18.1o.77 werden 3 Gefangene ermordet aufgefunden.
Insgesamt geht die Isolation danach verschärft weiter, neue Trakte werden gebaut. Im März 79 setzen drei Gefangene im neuen Trakt in Celle mit einem Hungerstreik lediglich durch, daß sie untereinander Umschluß erhielten, eine große Gruppe konnten sie nicht erreichen.
April 1979:
Zur gleichen Zeit treten die Gefangenen aus der RAF und aus der Bewegung "2.Juni" in den Hungerstreik. Zentraler Punkt ist die Abschaffung der neuen Isolationsbunker. Gemeint sind die Trakte in Celle, Straubing, Stammheim, Berlin, Lübeck, Ossendorf (im Bau). Die RAF Gefangenen fordern weiter ein Haftstatut nach den Mindestgarantien der Genfer Konvention. Auch Teile der Bewegung "2.Juni" stellen nun diese Forderung. Dieser Teil wechselt später auch zur RAF über. Eine Öffentlichkeitsarbeit oder Unterstützung des Streiks findet auch in der Linkendraußen kaum noch statt. So lassen sich schließlich die Gefangenen auf ein Versprechen des Staates ein, daß die Haftsituation mit einer internationalen Kommission und Amnesty International erörtert

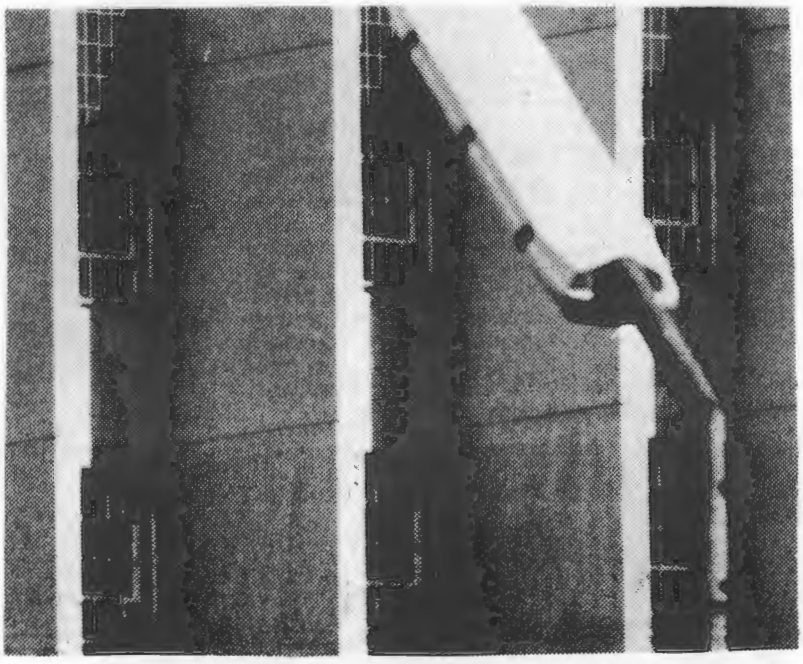
und Verbesserungen erarbeitet werden sollen. Sie brechen den Hungerstreik daraufhin ab.
Tatsächlich geschehen wird aber nichts.

Anfang 1980:

Die inzwischen in den Lübecker Trakt verlegten Frauen kämpfen mit einem Hunger- und Durststreik um ihre Verlegung, erreichen können sie lediglich, wie schon die Gefangenen in Celle, ihren täglichen Umschluß.

Februar 1981:

Erneut kämpfen die Gefangenen für ihre Zusammenlegung in große Gruppen.Es findet aber keine Herleitung aus den völkerrechtlichen Bestimmungen mehr statt. Stattdessen geht es vielmehr um die Bestimmung politischer Interventionslinien für den politischen Kampf drinnen und draußen, mit dem Ziel, die NATO als zentralen Pfeiler imperialistischer Herrschaft anzugreifen. Faktisch erklären sich die Gefangenen zu Kriegsgefangenen, da die Auseinandersetzung Guerilla - Staat Krieg ist.
Viele anderen Gefangenen nehmen zeitweilig mit jeweils eigenen Begründungen an diesem Streik teil oder solidarisieren sich zeitweilig.
Es zeigt sich damit eine relative Breite der Auseiandersetzung, die auch draußen mitgetragen wird durch unterschiedliche Unterstützungsaktionen.
Die außerparlamentarische Bewegung (Häuserkampf, Startbahn, Brokdorf) kann dennoch nicht die Stärke erreichen, die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen. Dennoch ließ sich der Staatsapparat kurzzeitig von der Bewegung beeindrucken. Es wurden wiederum Verhandlungen mit einer internationalen Kommission versprochen. Deshalb brachen die Gefangenen den Streik ab.
Gleichzeitig mit dem Abbruch gaben die Medien den Tod von Sigurd Debus bekannt, der an den Folgen gewaltsamer Zwangsernährung starb.
Die Gefangenen wußten zu diesem Zeitpunkt nichts von dem Tod, der Staat hatte die Nachricht mehrere Tage zurückgehalten.
Ergebnisse der versprochenen Verhandlungen kamen nie zustande.



Dezember 1984:

Mit einem Positionspapier vom Mai 82 hatte die RAF draußen eine neue Stand ortbestimmung für ihren Kampf vorgenommen. Es ging jetzt um die Schaffung einer "antiimperialistischen Front in der Metropole mit der Organisierung auf den verschiedenen Ebenen der politischen Auseinandersetzung. Die Hungerstreikerklärung von 1984 bezieht sich wesentlich auf diese politische Veränderungen des Kampfes, in deren Mittelpunkt der Angriff auf den militärisch-industriellen Komplex, der Aufbau einer antiimperialistischen Front in Europa steht. Die RAF unterstützt den Streik durch militärische Aktionen (z.B. Oberammergauer Anschlag), militante Gruppen führen vielfältige An-griffe durch. Der Staat reagiert mit etlichen Verhaftungen.
Die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen entwickelt sich so mehr und mehr zu einer eigentständigen notwendigen Forderung und kann als solche auch von draußen aufgenommen werden.
Im wesentlichen aber beschränkt sich die Mobilisierung zum Hungerstreik auf eine politische Mobilisierung für die "antiimperialistische Front". Von außen geht die Bitte an die Gefangenen, den Streik zu beenden, um nicht wieder Tote hinterlassen zu müssen.
Die Erfahrung ist, daß die antiimperialistische Front in ihrer Entwicklung bis heute nicht das politische, praktische und organisatorische Niveau entfaltet hat, das notwendig ist, dem offenen Vernichtungsinteresse des Staates Grenzen zu setzen. (RAF 2.2.85)
Wieder bleibt die Situation der Gefangenen unverändert.

WARUM WIR DIE ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN JETZT WOLLEN

In den letzten Jahren liefen in der Linken und auch in der autonomen Linken kaum gemeinsame Diskussionen, kaum breitere Initiativen, die nach außen gingen, geschweige denn Initiativen, die den Anspruch auf relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen hätten ansatzweise erfüllen können.
Viel zu tief waren die Gräben der Vereinzelung und gegenseitiger Rechthaberei bestimmend. Gab es zu Beginn der 80er Jahre noch Versuche, zumindest einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch zu erheben und damit ein e Organisierung mit politischen Konzepten zu betreiben, so mußten wir schon bald feststellen, daß diese Konzepte zumindest in der ursprünglichen Vorstellung - faktisch insgesamt gescheitert sind. Übrig bleibt wieder mal ein Rumwurschteln an diversen Einzelpunkten: Nato-Aufrüstung, Volkszählung, Anti-Fa oder AKW.
Für uns ist eine konkrete Veränderung dieser Situation erst wieder mit der Diskussion im Vorfeld der IWF Tagung in Berlin 88 greifbar geworden. In sämtlichen Diskussionen wurde klar, daß es nicht um einen Widerstand gegen die Tagung geht, sondern versucht werden sollte, daraus wieder die Frage nach internationalen Zusammenhängen, nach Gemeinsamkeiten des Widerstands in den drei Kontinenten und der Metropole auf die Tagesordnung zu bringen, diese weltweiten Bedingungen und Verflechtungen wieder insgesamt zum Gegenstand politischer Veränderung zu machen.
Und wir glauben feststellen zu können, daß es dieses Bedürfnis auch bei vielen Menschen und Gruppen außerhalb der autonomen Linken gab und gibt. Auch dort meinen wir aus vielen Flugblättern und Papieren herauslesen zu können, daß sich wieder ein Bewußtsein und der Mut herausbildet, dafür einzutreten, daß den zerstörerischen Entwicklungen des weltweiten Imperialismus nicht mit tagespolitischen Kommentierungen entgegengetreten werden kann (um mal überspitzt auszudrücken, was wir und viele andere in den letzten Jahren gemacht haben.)

Hierfür ist vielmehr eine umfassende Sicht der Dinge, ein langer Atem und eine breite Mobilisierung erforderlich.
Diese Entwicklung hat zudem nicht nur in der IWF Kampagne stattgefunden, sondern sich regional auch an anderen Punkten gezeigt, wie z.B. der breiten Bewegung zum Erhalt der Hafenstraße in Hamburg, weit über Partei- und Gruppeninteressen hinaus.
Diese Entwicklung hat auch dazu geführt, daß manchmal wieder eine größere Akzeptanz des jeweiligen Vorgehens der einzelnen Gruppen und Fraktionen der Linken feststellbar zu sein scheint.
Aber auch die in letzter Zeit ver-

schärfte Anwendung des 129a dürfte hier eine Rolle spielen, seit AKW-GegnerInnen und JournalistInnen per Gesetzesänderung von 1987 zu "TerroristInnen" gemacht werden, stellt sich zwangsläufig für viele die Frage einer Konfrontation mit der geballten Macht der Staatsgewalt wieder ganz direkt - und das nicht nur in bestimmten Auseinandersetzungen, sondern als permanente Drohung gegen den politischen Alltag.
Die breite Solidarität z.B. mit Fritz in Hamburg oder jetzt Ingrid Strobl in Essen und Düsseldorf machen uns Mut, daß hier nicht die Einschüchterung siegt.
Das ganze bisher gesagte hört sich sicherlich für viele viel zu optimistisch an. Es geht an dieser Stelle aber auch mehr darum, entgegen allen schlechten Erlebnissen, vielleicht ein Stück des Positiven herauszustreichen, um einen Schritt vorwärts zu kommen.
Es geht auch nicht darum, vorhandene Differenzen und unterschiedliche Auffassungen zu vergessen oder zu verkleistern.
Aber es geht darum, daß wir hoffen, daß sich ein Stück Selbstüberschätzung und das Hocken "auf dem Stein der Weisen" gelegt hat; daß viele erkennen, das es den Weg zur Umwälzung der Verhältnisse noch nicht gibt; hoffentlich auch der Vergangenheit übergeben wurde die Vorstellung einer möglichst weitgehenden militärischen Konfrontation zum jetzigen Zeitpunkt und auch der einer gewaltfreien Demutspolitik. Alles einfache Wege direkt in die Niederlage: Der Imperialismus erfreut sich einer seit Jahren andauernden Blüte und Expansion.

Wir versuchen deshalb einige Schritte auf dem Weg zu einer neuen Ettappe zu gehen. Ein Ausdruck davon ist die vorliegende Zeitung. Ein anderer ist unsere Diskussion um die Forderung der politischen Gefangenen.

In unseren Diskussionen haben wir versucht, uns der Geschichte der 18 Jahre langen Kämpfe der Gefangenen neu zu nähern, die politischen Entwicklungen drinnen und draußen, die Knastbedingungen, die Stellung der

Linken draußen und die Politik der RAF in ihren Veränderungen neu zu verstehen.
Wir dokumentieren deshalb in dieser Zeitung die Geschichte der Hungerstreiks der Gefangenen - auch wenn es hier nur Bruchtstücke sein können.
Wir können und wollen heute über vergangene Trennungen, unterschiedliche und auch entgegengesetzte Positionen diskutieren, die verschiedenen Bedingungen dafür erkennen, um neue Wege zu beschreiten.
Alte Forderungen stellen sich inzwischen in einem neuen Kontext oder sind durch historische Entwicklungen überholt:
- Die verschiedenen Forderungen auf

Grundlage der Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsgefangenen entsprechen heute weder dem Politikverständnis der RAF Gefangenen, noch der derzeitigen politischen Situation des Widerstands in der BRD -
- auch die Trennung in der Frage des Normalvollzug oder Zusammenlegung existiert in dieser Form nicht mehr. Die Entwicklung des Knastsystems hat den Normalvollzug selbst abgeschafft durch ein umfassendes System abgestufter Integration, Bestrafung, Erziehung,Behandlung, Isolation; Hochsicherheitstrakte sind Modell jeden Knastneubaus, auch der Behandlungsvollug in Gruppen (nach den Konzepten zur Gruppenisolationsforschung des Dr.Rasch) werden unter dem Kommando des Knastes durchgeführt und die Frauen aus dem Knast Berlin-Plötzensee wehren sich gegen diese neue Form der Unterwerfung mit der Forderung nach selbstbestimmter Zusammenlegung.

Viele der Haftbedingungen, die in der Vergangenheit nur für pol. Gefangene galten, werden mehr und mehr auf alle Gefangene ausgedehnt. Inzwischen hat die Bundesregierung Änderungen des Strafvollzugsgesetzes beschlossen, mit denen künftig die Trennscheibe bei ALLEN Gefangenen eingeführt werden kann, auch eine Überprüfung der Anwaltspost soll damit möglich sein. All das wird zukünftig "Normalvollzug" sein.
Gleichwohl bedeutet das keine Angleichung der Bedingungen der pol. Gefangenen - an ihnen werden immer neuere Formen der Isolierung, immer schärfere Formen der Zerstörung probiert.
"Draußen" ist es eine Selbstverständlichkeit, sich mit denen zusammenzusetzen, mit denen mensch leben, diskutieren, arbeiten will.
"Drinnen" ist das nichts anderes.
"Drinnen" bedeutet das aber noch mehr: Es ist die einzige Chance, dem unbedingten Vernichtungswillen gegenüber den Gefangenen widerstehen zu können, die Folgen der Isolation zu begrenzen.
In Anbetracht immer schärferer Differenzierungen wird die Frage nach selbstbestimmter Zusammenlegung auch für viele andere Gefangene ein Schritt gegen ihre Vernichtung sein.

Die Zusammenlegung ist Grundvoraussetzung für die Gefangenen, um nicht in der Isolation vernichtet zu werden. Sie ist aber auch die notwendige Voraussetzung, damit sich die Gefangenen an der Erarbeitung einer politischen Perspektive beteiligen können. Eine solche Perspektive wird auch für uns draußen nur aus der Verarbeitung gemachter Erfahrungen der Vergangenheit entstehen - diese ist ohne Beteiligung der gefangenen Revolutionäre nicht möglich.

INTERVIEW ZUR HAMBURGER KAMPAGNE

mit Margit Czenki
Filmemacherin und
Mitglied im
Initiativkreis Hafenstraße

Die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen hat die Linke in der BRD immer wieder gespalten. Uns scheint Eure Kampagne in Hamburg ein Ansatz zu sein, einen Zusamenhang zwischen den Kämpfen der 'sozialen 'und der politischen Gefangenen herzustellen und so die alten Fronten in der Frage der Zusammenlegung aufzuweichen.

Ja, das war so auch mein Problem, ist mein Ansatz. Ich selbst habe für mich im Knast damals nicht die Zusammenlegung gefordert, bin einen anderen Weg gegangen. Was ich mir damals nicht klar gemacht habe war, daß die politischen Gefangenen wirklich so lange, lebenslänglich sitzen. Für mich sah das damals noch so aus, als würde es wieder eine Befreiungsaktion oder irgendeine Möglichkeit geben, daß die da raus kommen.
Ein anderer Punkt waren die verschiedenen politischen Vostellungen. Für die einen -mit dem eher sozialrevolutionären ansatz war es logisch mit allen Gefangenen zusammen ihre Knastkämpfe zu entwickeln. Die anderen mit diesem Avantgardeanspruch, Armee aufbauen ... da ist klar, daß sie mehr unter sich die Kämpfe bestimmt haben. Auch draußen hat sich das in der Arbeit in den Knastgruppen niedergeschlagen.Wir in München haben gesagt: "Alle Gefangenen sind politische Gefangene" und so haben wir auch gearbeitet.
Im Initiativkreis habe ich dann erlebt, wie das geht, wenn diese verschiedenen Strömungen aufeinandertreffen, wenn verschiedene Linien eine gemeinsame Politik finden, ohne Abstimmungsrituale, immer mit Konsensentscheidung. Wie du dich gegenseitig achten kannst. Was jeder an gutem reinbringt aus den Zusammenhängen, aus denen er kommt. Wie sich das ergänzt und zu etwas neuem wird.

Wie sind diese verschiedenen Strömungen zusammen gekommen?

Durch die gemeinsamen Erfahrungen im Hafen stellte sich heraus, im Ini-Kreis waren nur Leute, die mit Militanz als solcher keine Schwierigkeiten haben. Keiner wollte zurückweichen. Jeder wollte die Häuser als politischen Ort durchsetzen. Wir wollten dem Staat was entgegensetzen. Kein "Befrieden". Und als an dem Punkt das Mißtrauen wegfiel, entstand Vertrauen.
Als geräumt werden sollte, da war klar, wenn die Polizei jetzt stürmt, werden viele festgenommen. In dieser Nähe zum Knast denkst du direkter über den Knast und über die Zusammenlegung nach. Bei mir hat das die Wirkung gehabt, daß ich einem Freund aus der RAF nach langer Zeit wieder in den Knast geschrieben habe. Ich habe mich auf ne Art mit ihm verbunden gefühlt ... ich war einfach wieder näher an seinen Kämpfen.

Klar - in dieser zugespitzten Situation am Hafen, mit der Räumung im Nacken ... das alle an Repression, Knast dachten. Aber wie ist daraus die Auseinandersetzung über politische Gefangene entstanden? Und wie die Forderung nach Zusammenlegung?

Das ist ganz natürlich entstanden. In diesen Auseinandersetzungen hättest du unheimlich gerne mit denen, die sitzen, geredet. Sie gerne dabei

gehabt, mit ihren Erfahrungen. Aber da das nicht geht, willst du dich wenigstens mit ihnen auseinandersetzen. Wir haben viel mehr an militante Politik überhaupt gedacht.
Für den Ini-Kreis insgesamt war klar, daß die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand dazugehören, von uns nicht ausgegrenzt werden. Die meisten von uns wollten und wollen wissen, was die Gefangenen jetzt denken, sich an ihren Meinungen und Standpunkten messen.
Natürlich können die Drinnen uns keine Ratschläge für Draußen geben, aber es ist unser Bedürfnis, von den Gefangenen direkt etwas zu hören, auch von früher. Denn bei den meisten von uns war 77 ein Bruch, da waren die Gefangenen politisch ausgeblendet worden.
Jetzt ist diese Verkrustung aufgebrochen. Jeder im Ini-Kreis hat erzählt, wo er herkommt, wo er 77 gestanden hat. Früher hätten wir das so nie erzählen können, es wäre gleich mit Vorwürfen und diesen Positionsgeschichten losgegangen. Doch jetzt, wo wir uns persönlich schätzen, ist jeder gespannt, was jeder einzelne früher gemacht, gedacht hat.

<u>Zu Beginn hast du gesagt, du selbst hast -als du im Knast warst- für dich nicht Zusammenlegung gefordert. Was hat sich für dich geändert?</u>

Geändert hat sich vor allem der "Normalvollzug". Früher gabs die Bunker. Heute gibts Bunker und Trakte. Man kann deutlich sehen, das alles, was mit den politischenen Gefangenen gemacht wird, in Kürze die Norm für alle sein wird, die sich im Knast nicht ganz unterwerfen.
Aus dem Knast kommen neue Signale. Die politischen Gefangenen argumentieren nicht mehr mit ihrem Status als Kriegsgefangene, sondern sagen: das und das brauchen wir. Sehr persönlich und nachvollziehbar. Sie sagen, sie wollen mit anderen Gefangenen zusammenkommen - in Gemeinschaftshöfen usw. und die anderen Gefangenen melden sich auch verstärkt zu Wort, wie z.B. die Frauen im Knast in Berlin Plötzensee. Dieses Isolations-Haft-System bekommt zunehmend auch internationale Bedeutung, wird in andere Länder exportiert.

<u>Was bedeutet das, "Trakt in jedem Gefängnis" ?</u>

Das heißt: Zellenflure, völlig abgeschieden von den anderen Fluren, daß du die Gefangenen nicht mehr siehst und hörst - Vakuum. Sichtblenden vor den Fenstern, damit du den Himmel nicht mal mehr ahnen kannst. Meistens sind Abhöranlagen in den Zellen. Immer sind die Flure Kamera überwacht. Immer sind die Gemeinschaftsräume Kamera überwacht.

Alles geht vollautomatisch. Du hast keine Wachteln mehr mit Schlüsseln, sondern die automatischen Türeöffner, von der Zentrale aus gesteuert. Höfe, in denen keine Natur ist - wie, wenn du in in einem Parkhaus rumläufst.
5-1o zensierte Bücher in der Zelle, von Knast zu Knast verschieden. Die Zeitungen zerschnitten. Du mußt die alte Zeitung rausgeben, bevor du eine neue kriegst. Da wird Geschichtslosigkeit produziert,du kannst am chsten Tag nichts mehr nachlesen, so daß du nochmal rausgehoben wirst aus dem Leben. Zuerst aus dem Leben draußen und dann aus dem Leben, das du dir im Knast machen kannst.
Beton, Beton, Beton. Wo jedes Bedürfnis, das du hast, aufgespürt ist, um es zu verbieten. Das sind die Trakte.
Hier draußen kämpfen wir für unsere Räume. Orte, an denen wir bestimmen was geschieht. Da ist doch selbstverständlich, dass wir die Gefangenen unterstützen, wenn sie sich ihren Lebensraum im Knast erkämpfen. Und das bedeutet Zusammenlegung.

Zusammenlegung ist die Forderung, die die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand für sich erheben. Wo sind die Unterschiede zu den anderen, den 'sozialen 'Gefangenen?

Die politischen werden systematisch isoliert - zack, isolation. Vom ersten Tag an. Genau nach dem 24 Punkte Haftstatut.
Bei den anderen wird das weniger systematisch, nach Bedarf gemacht.
Da die politischen Gefangenen aus definierten Zusammenhängen kommen, wissen sie voneinander, wenn sie sich auch oft persönlich gar nicht kennen. So ist es ihnen möglich, sich gemeinsam zu äußern, Forderungen zu stellen. Sie verstehen sich als Gruppe, als Kollektive, und sie brauchen sich zum überleben.
Wir hier draußen brauchen ja auch bestimmte Menschen zum leben, arbeiten und kämpfen. Gruppen, Kollektive.
Die anderen Gefangenen kommen vereinzelt in den Knast, müssen sich erst finden, haben es schwer, sich gemeinsam zu äußern. Inzwischen verlangen die Frauen in der Plötze aber auch, selbst bestimmen zu können, mit wem sie innerhalb der Häuser zusammen sein wollen.

Was war für dich die Zusammenlegun fordern?

Schon länger wo Zusammenlegung e Gruppen, die vertreten haben abgeschlossen und habe mitgekrieg Forderungen der Statements bei Demos reingepo Transparenten und konnte nie mit fragen, meine Z mußte für mich wie das Verhält Gefangenen ist, sind. Wenn angesprochen ha Mißtrauen in den Diese Abschottun der Verfolgung dieser Forderun bißchen daran, Gefangenen waren ich.

bisher so schwierig,
g vorbehaltslos zu

lltew ich für die
twas tun - die
diese Forderung
erschienen mir
unzugänglich. Ich
t, wie sie die
Gefangenen als
Veranstaltungen und
ert haben, auf
Parolen. Aber ich
hnen reden, sie was
eifel ausräumen. Ich
enau geklärt haben,
is zu den anderen
ob die mitgedacht
ich aber jemand
e, war da sofort
Augen, Ablehnung.
lag natürlich an
Kriminalisierung
- aber auch ein
daß das "ihre"
Den Eindruck hatte

Die Kampagne läuft jetzt schon einige Monate. Wo waren Anfangsschwierigkeiten?

Ein Bekannter, den ich als Erstunterzeichner angesprochen hatte, wollte nach stundenlangen Gesprächen "Isolation ist Folter" gestrichen haben. Ich hab ihn gefragt: "ist das nun Folter, oder nicht..." . "Na, klar" meinte er "aber wenn ich das unterschreibe, verliere ich meinen Job als Prof...".
Aber die meisten der Unterzeichner haben nur darauf gewartet, dass jetzt endlich etwas passiert, dass sie angesprochen werden.
Dann ist das ganze aufgegangen wie ein Ballon - bei vielen war ein Bedürfnis da, jetzt endlich was zu bewegen, aus den unterschiedlichsten Gründen. So stehen heute die verschiedensten Leute hinter der Kampagne. Die einen wollen nicht in einem Land leben, wo gegen Menschen die gefangen sind, so ein Vernichtungsprogramm durchgezogen wird. Für einige hat das was mit Zivilcourage zu tun, wenn sie sich hier engagieren. Humanitäre Gründe gibt es. Andere haben einfach zu wenig gewußt und wundern sich nun, finden die Forderungen selbstverständlich und minimal. Viele wollen die Auseinandersetzung mit den Gefangenen, was von ihnen hören.

Wie sind die Reaktionen aus dem Knast?

Was durch die Zensur gekommen ist: 8o Gefangene haben sich solidarisiert. Sie fordern das nicht für sich selbst, und einer hat geschrieben: "Ändert sich die Haftsituation der revolutionären/politischen Gefangenen und werden die Forderungen ohne Einschränkungen akzeptiert/erfüllt, wird sich auch die Situation der anderen ändern."

Wie haben die politischen Gefangenen reagiert?

Wir haben natürlich nicht angefangen, ohne vorher die Gefangenen zu informieren. Und derjenige, dem ich schreibe hat an die anderen geschrieben: "frischer Wind". Er findet es gut. Er ist total gespannt, will wissen, wie die Veranstaltungen gelaufen sind, was für Konflikte es gibt, welche Ansätze welche Leute haben, welche Diskussionen es gibt. Alles ist interessant und natürlich freuen sich die Genossen. Deshalb wären jetzt auch Aktionen vor den Knästen wichtig. damit sie uns hören und direkt dabei sind. Aber sie sagen auch "na gut, das ist jetzt eine Grundlage bilden, ein Anfang. Aber das durchsetzen, damit müßt ihr anfangen."

Diese Kampagne könnte ein wichtiger öffentlicher Schritt gegen die Dialog-Kampagne sein. Denn hier ergreifen ja Menschen aus dem Widerstand die öffentliche Initiative für die Zusammenlegung und überlasen das Feld der Öffentlichkeit nicht denen, die mit militanter Politik schon lange abgeschlossen haben.

Das war auch ein Ansatz von vielen im Ini-Kreis, es nicht der Antje Vollmer -die sich so fett macht, in den Medien, zu überlassen, das Verhältnis der deutschen Öffentlichkeit zu den Gefangenen zu regeln. Es war ja schnell abzusehen, welche Richtung die "Dialog-Kampagne" nimmt. Die RAF sollte beerdigt werden. Und dann mal abfeiern, 68 - 2o Jahre danach. Das Thema abhaken. Und dann tun wir nochmal was für die paar, die im Knast übriggeblieben sind. Aber auch da: Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Gröpfchen. Da geht es letztlich um die Vernichtung jeder militanten Politik.

Wie hat sich die Kampagne entwickelt?

Es ist fast in jeder größeren und kleineren Stadt ne Veranstaltung zur Kampagne gewesen. Ganze Gruppen haben unterschrieben, es kamen Nachfragen und Briefe. Wir haben gemerkt, das viele ins diskutieren kamen. Leute, die schon ewig nicht mehr miteinander geredet haben, ein großer Organisationseffekt.

Wie geht es weiter?

Soweit ist das jetzt, und jetzt müßte der nächste Schritt kommen.

Aber wir sehen das nicht so, das wir jetzt sagen, so ... das ist der nächste Schritt. Ich denke, das muß zusammen entstehen.

Welche verschiedenen Ansätze gibt es in den verschiedenen Städten und Regionen?

Das läuft auf verschiedenen Ebenen. In verschiedenen Zeitungen stand etwas zur Kampagne, es beschäftigen sich schon viele Journalisten damit, aber nicht genug. Jede Stadt muß kucken, wen sie da hat. Das können wir nicht zentral machen.
Die Ärzte: Es gibt mehrere Mediziner-Veranstaltungen, es gibt ein Bewußtsein, daß als allererstes jetzt die Haftunfähigen rausmüssen. Vor allem mit Günther Sonnenberg muß etwas geschehen. Wir haben einen Brief rumgeschickt, an die Ärzte, die bisher unterschrieben hatten. Das ist noch lange nicht genug, aber eine Möglichkeit, diesen riesigen Komplex Zusammenlegung ersteinmal anzuknabbern, bei freier Arztwahl zum Beispiel, da könnten wir anfangen.
Dann gibt es in manchen Städten Ansätze von Leuten, die mit Kindern arbeiten - Kindergruppen, Kinderläden - die sich was zur Besuchssituation der Kinder bei ihren Eltern im Knast und zu den Kindern im Knast, die es ja auch gibt, ausdenken. Über die Kinder laufen die gemeinsten Erpressungsversuche.

Welche Reaktionen auf die Kampagne haben dich am meisten gefreut?

Mich hat dieser schon genannte Brief gefreut: Wenn sich die Situation der politischen Gefangenen ändert, dann ändert sich auch die Situation aller anderen Gefangenen... Dieser Brief hat mich am allermeisten gefreut. Und dem Typen schreib ich heute auch noch.
Ach, ja, und was mir auch recht gut gefallen hat bei den Unterschriften: "Frisuerkollektiv Kahlschlag"...

Zusammenlegung der Politischen Gefangenen — jetzt!

Diese Anzeige ist ein erster Schritt von Gegenöffentlichkeit. Bisherige Versuche, über die Haftbedingungen von Politischen Gefangenen zu informieren, wurden regelmäßig kriminalisiert.

Seit 18 Jahren sind in der Bundesrepublik Deutschland Gefangene aus der RAF und aus anderen politischen Gruppierungen unter Bedingungen inhaftiert, die international als Isolationsfolter begriffen und geächtet werden. Wir wollen das von staatlichen Organen gesetzte Tabu durchbrechen, um die demokratische Öffentlichkeit zu informieren. Niemand soll sagen können, er habe von den Vorgängen nichts gewußt.

Ziel der Haftstrafe ist allgemein die 'Resozielisierung', die Wiederintegration in die Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt. Diejenigen, die an ihrer Ablehnung des kapitalistischen Systems festhalten, werden durch die Haft psychisch und physisch zerstört: Gegen 16 der heute einsitzenden Polit. Gefangenen wurden lebenslängliche Urteile verhängt, neun Gefangene aus polit. Gruppierungen, daneben die vielen Namenlosen.

Die Gefangenen aus der RAF und aus anderen Gruppen kämpfen seit über 15 Jahren um die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen, gegen die Isolation. Heute sieht die Realität so aus: Die Gefangenen aus der RAF und zunehmend auch die aus den Kämpfen im Widerstand sind voneinander getrennt und in Gefängnissen über die BRD verteilt in Isolation. Dort, wo mehrere an einem Ort sind, wird jeder Kontakt der Politischen untereinander durch ein ausgeklügeltes Abschottungssystem verhindert (wie in Stammheim, Bielefeld, Ossendorf, Frankenthal usw.) Nur in drei Gefängnissen sind Gefangene zusammen — doch diese Gruppen wurden in den letzten Jahren immer mehr reduziert, so daß in West-Berlin jetzt nur noch zwei Gefangene zusammen sind und in Celle und auch in Lübeck nur noch drei. Jeweils im kameraüberwachten Hochsicherheitstrakt. Alle in diesen Kleingruppen sind jetzt seit über 10 Jahren in Isolation, Irmgard Möller seit über 16 Jahren. Fast alle anderen sind in Einzelisolation, und das bedeutet permanenter Zelleneinschluß, für manche 24 Stunden täglich. Ist eine Teilnahme am Gemeinschaftshof möglich, so herrscht in der entsprechenden Abteilung des Gefängnisses regelmäßig der Ausnahmezustand. Ist die Teilnahme verboten und werden dann beim Einzelhof trotzdem ein paar Worte mit anderen Gefangenen gewechselt, so bedeutet das: Rollkommando. Für viele dieser Gefangenen gibt es über Jahre überhaupt keinen direkten menschlichen Kontakt. Besuche finden hinter der Trennscheibe statt. Oft verhindern Sichtblenden auch noch den Blick auf den Gefängnishof. Dazu kommen: systematische Demütigung durch Nacktausziehen, oft mehrmals täglich. Kameras, Kontrollen, Zellenrazzien. Das alles seit vier, sechs, neun Jahren.

Von folgenden 44 Gefangenen ist uns bisher bekannt, daß sie um ihre Zusammenlegung in große, selbstbestimmte Gruppen kämpfen:

Ingrid Barabass, Isolde Bohler, Karl-Heinz Dellwo, Michael Dietiker, Gisela Dutzi, Christa Eckes, Dieter Faber, Knut Folkerw, Stefan Frey, Angelika Goder, Karl Grosser, Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heissler, Sieglinde Hofmann, Norbert Hofmeier, Luitgard Hornstein, Rainer Hübner, Ingrid Jakobsmeier, Ali Jansen, Thomas Kilpper, Christian Klar, Christian Kluth, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Karin Mauerer, Roland Mayer, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Susanne Paschen, Barbara Perau, Helmut Pohl, Erik Prauss, Dieter Renk, Gabriele Rollnik, Bernhard Rosenkötter, Mareile Schmegner, Adelheid Schulz, Andreas Semisch, Andrea Sievering, Günter Sonneberg, Lutz Taufer, Thomas Thoene, Rolf-Klemens Wagner, Claudia Wannersdorfer.

Einige der Gefangenen sind haftunfähig:
Günter Sonneberg wurde bei seiner Festnahme durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Die medizinisch notwendige Behandlung der Verletzung und ihrer Folgen kann in der Haftanstalt nicht geleistet werden. Bei Angelika Goder ist seit 1986 die Notwendigkeit einer Hüftoperation bekannt. Bisherige Verfügungen, die Operation unter Staatsschutzbewachung durchzuführen, sind inzwischen korrigiert. Dennoch, die Rekonvaleszenz beinhaltet Krankengymnastik, Schwimmübungen und Gehversuche unter ärztlicher Anleitung. Eine Nachbehandlung also, die in keiner Vollzugsanstalt gewährleistet werden kann. Operation und Haftverschonumg sind daher dringend geboten. Ebenfalls haftunfähig ist Bernd Rössner: Er hat in sechs Hungerstreiks um die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen der RAF gekämpft: die strenge Isolation seit seiner Verhaftung 1975 hat seinen Gesundheitszustand stark angegriffen.

Bei Claudia Wannersdorfer, die in Aichach einsitzt, sind aufgrund der Isolationshaft, die den Körper unter Dauerstreß setzt, epileptische Anfälle aufgetreten. Während eines Anfalls besteht erhöhte Unfallgefahr, vor allem dann, wenn nicht sofort Hilfe geleistet wird. Ständige ärztl. Beobachtung und eine vorsichtige Medikamentation sind erforderlich. Deswegen muß Claudia Wannersdorfer umgehend entlassen werden.

Immer wieder taucht die Frage auf, warum sich Menschen besonders um die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen sorgen. Teilweise wird ein elitäres Bewußtsein kritisiert. Dazu stellen wir fest:

Die geschilderten Haftbedingungen und -verschärfungen (Isolation, Arrest, Bunker, ungenügende mediz. Behandlung, Brief- und Besuchsverbote— treffen nicht nur Politische Gefangene. Auch alle anderen, die den Knast nicht widerstandslos über sich ergehen lassen, unterliegen ihnen. Bei den Polit. Gefangenen gelten diese Sonderhaftmaßnahmen jedoch vom ersten Tag ihrer Festnahme an, sie werden *systematisch* durchgeführt. Im vergangenen Herbst haben Frauen im Reformknast Plötzensee gestreikt, nach kurzer Zeit unterstützten 60 Frauen den Hungerstreik und forderten: „Freie Entscheidung über das *wie und mit wem* Zusammenleben innerhalb des Knastes; das soll auch heißen: Aufhebung der Iso- und Gettohaft."
Eine Forderung, die wir ebenso für alle darum kämpfenden Gefangenen unterstützen wie die Forderung nach freier Arztwahl.

Mit dem Wissen, daß die Haftbedingungen der Polit. Gefangenen gegen internationale Vereinbarungen verstoßen, bleibt den verantwortlichen Regierungsvertretern nur der Weg der Verschleierung und Unwahrheit: Bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der BRD im April 1986 vor dem Menschenrechtskomitee der UNO antwortete Stoecker (Bundesjustizministerium) auf Fragen zur Isolation, die Gefangenen seien gar nicht in Einzelhaft, sondern tagsüber in kleinen Gruppen zusammen. (Zum Schluß der Anhörung sagte das sowjetische Mitglied im Ausschuß, die BRD sei offensichtlich bestrebt gewesen, den Ausschuß hinters Licht zu führen.)

Bereits 1975 stellten drei von den Gerichten in Hamburg, Stammheim und Kaiserslautern bestellte Sachverständige die verheerende Wirkung der Isolationshaft fest. Einer der Gutachter, Prof. Wilfried Rasch, schreibt dazu im Juni 1976 in der Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform: „Durch Zusammenlegung einer Gruppe von 15 bis 20 Häftlingen würde ein soziales Feld angeboten, das ein realisierbares Maß an Interaktion erlaubt. (...) Nachdem erkannt und anerkannt ist, daß die Bedingungen strenger Isolation geeignet sind, Schäden zu setzen, die das 'normale' und für unvermeidlich erachtete Maß übersteigen, sollten alle Anstrengungen gemacht werden, die Haftbedingungen der politisch motivierten Gefangenen grundlegend zu ändern."

Schreib- und Besuchsverbote werden regelmäßig mit der „rechtsfeindlichen Haltung" der Antragsteller begründet. Dieselbe Begründung muß herhalten, um die Gesuche zur Zusammenlegung von Gefangenen abzulehnen. Propagiert wird von einzelnen Anstaltsleitern der „Normalvollzug". Beispielsweise wurde Gabriele Rollnik und Angelika Goder nach Plötzensee verlegt. Vorher wurden allerdings vorbereitende Maßnahmen getroffen. Umbauten im Wert von 17 000 DM, um den Kontakt zu den anderen Gefangenen zu unterbinden. Der Anstaltsleiter hat „erwogen, den Strafgefangenen Besuchskontakte mit anderen im übrigen Anstaltsbereich inhaftierten Gefangenen zu ermöglichen ... "

Wir fordern die Zusammenlegung, um die Gesundheit der Inhaftierten zu schützen. Wir fordern die Zusammenlegung auch, um die programmierte Isolation aufzuheben, um Kollektivität als Voraussetzung solidarischen Zusammenlebens durchzusetzen. Nicht die Polit. Gefangenen sind Problem dieser Gesellschaft. Die International Progress Organisation, mit beratender Funktion beim Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen der UNO und UNESCO, stellt in ihrer Genfer Erklärung im März 1987 fest: „Die flagranteste Form des internationalen Terrorismus besteht in der Vorbereitung auf atomare Kriegsführung, insbesondere der Verbreitung atomarer Zerstörungspotentiale bis in den Weltraum und in fieberhaften Bemühungen um Erstschlagskapazitäten. Terrorismus ist auch die Aussicht auf einen Holocaust, von staatlicher Macht gegen die Völker der Welt entfesselt. Der Terrorismus der modernen Staatsmacht und ihrer High-Tech Bewaffnung geht qualitativ und in mehrfacher Größenordnung über die politische Gewalt hinaus, auf die Gruppen sich stützen, deren Ziel Befreihung und das Ende von Unterdrückung ist."

Wir sind uns einig in der Ablehnung jedlicher Art von Folter und unmenschlicher Behandlung. Isolation ist Folter. Wir fordern deshalb:
—Abschaffung der Isolation in allen Gefängnissen der BRD, kein Knast im Knast,
—Zusammenlegung der Politischen Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen, Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen,
—Unbehinderte politische Information und Kommunikation,
—Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Angelika Goder, Bernd Rössner und allen haftunfähigen Gefangenen,
—freie Arztwahl für alle Gefangenen.

(V.i.S.d.P.: r. timm/initiativkreis für den erhalt der hafenstraße/bernh.—nochtstr. 51)

Ich unterstütze den Aufruf vom 15.10.1988 zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen:

Name: .....

Vorname. .....

Beruf/Funktion: .....

Adresse: .....

.....

An Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstr., Bernhard — Nocht — Straße 51, 2000 Hamburg 36

Sommer 1986, am 07.06., die Brokdorf-Demonstration. Ein Teil der Anreisenden wurde in Kleve gestoppt, massiver Polizeieinsatz. Die Vereinbarung, wenn wir nicht nach Brokdorf kommen, Treffen am folgenden Tag auf dem Heiligengeistfeld. GAL und KB klinkten sich als Organisationen aus, einzelne Mitglieder wollten trotzdem an der Sponten-Demo teilnehmen. Nach Informationen der Bullen aber eine Aktion der Autonomen und Antiimp.Szene. Offensichtlich waren die über 800 Eingekesselten so nicht einzuordnen. Ein buntes Gemisch und in der Folge 40.-50.000 DemonstrantInnen auf der Straße. Nach dieser Erfahrung mußte sich die Hamburger traditionelle Linke fragen, was wäre wenn gewesen: Hätte es diesen Aufschrei der Empörung auch gegeben, wenn "nur" die Schwarzbelederten, mit Haßkappen bewehrten, eingekesselt worden wären ? Santiago '73 fiel ein, ohne gleichzusetzen, als Bedrohung, Zitat.

In den folgenden Wochen nahmen die Einsätze in der Hafen- und Bernhard-Nocht-Str. zu, die bis dahin in Hamburg relativ isolierten BewohnerInnen und die durch den Kessel (vielleicht) schockierte Linke fand sich im Initiativkreis zusammen. Erster Schritt: eine Anzeige, von sogenannte Prominenten unterzeichnet. Daneben, wichtiger für uns, die Erarbeitung des gemeinsamen Vorgehens. Im November fand eine Teilräumung statt, Möbel wurden von den Bullen aus dem Fenster geworfen, die Fenster der geräumten Wohnungen mit weißen Kreuzen gekennzeichnet. Zum 31.12.86 stand das Auslaufen der Mietverträge und somit die Totalräumung an. Diskussionen zwischen uns, die da waren: aus Bürgerinitiativen, aus der GAL, Juso, DKP, Antiimperialisten, Autonome und Hafenstraße. Spalier wollten wir nicht hinnehmen. Oder doch ? Oder Straßenkampf, Auflösung der Demo in der City ? Nach nervigen Debatten die Einigung: die Demo soll geschlossen am Hafenrand ankommen, eine Zwischenkundgebung am Knast stattfinden. Wobei letzteres vor allem Anliegen der Hafenstraße war; der Redebeitrag vor dem UG war inhaltlich nicht abgesprochen, Sache der Hafenstraße, sollte eine Angehörigen von Politischen Gefangenen halten. Während der Rede vor den Gerichten und dem Knast wurde die Demonstration von Bullen überfallen. Der Angriff galt dem Lautsprecherwagen des Revolutionären Blocks. Der Wagen konnte nicht gekapert werden. Es gab Verletzte, darunter Michael der viele Wochen mit einer schweren Rückenverletzung im Krankenhaus lag. Einheit: Die Demoleitung, bestehend aus acht Leuten von den verscheidenen Organisationen, holte den Revolutionären Block ab, die DemonstrantInnen nahmen die gesamte Straße einschließlich der Gehwege ein, drängte dadurch das Bullenspalier zurück, der schwarze Block rückte keilförmig vor.

Am Neuen Kamp Ecke Feldstraße dann die Auseinandersetzung mit der Polizei, die einen Teil der Demonstration abgedrängt hatte. Steine flogen. Ergebnis, die Bullen zogen sich zurück, wir konnten ungehindert -geschlossen- bis zum Hafen demonstrieren. Auf der anschließenden Pressekonferenz wurde von allen Anwesenden, einschließlich der Journalisten, das Verhalten der Polizei verurteilt. Die Verwandten Politischer Gefangener berichteten, der gesamte Redebeitrag, der auf der Zwischenkundgebung abgewürgt worden war, erschien als Dokumentation im Flugblatt des Initiativkreises. Als Erfolg der großen Demo von 10.000 kann sicher angesehen werden, daß es am Jahresende nicht zur Totalräumung kam, im Gegenteil, durch die breite Solidarität im folgenden Sommer die vorher geräumten Wohnungen wieder besetzt wurden.

Als dann in der Verhandlungsphase Simone mit anderen BewohnerInnen ins Rathaus ging, titelte die Springer-Presse:"RAF-Frau beim Bürgermeister". Tatsächlich hat Simone während des Hungerstreiks der Gefangenen 1978 an einer DPA-Besetzung teilgenommen, um die Forderung nach Zusammenlegung an die Öffentlichkeit zu bringen. Nach Springers Hetze erklärte der Initiativkreis öffentlich, diese Forderung der Gefangenen und der DPA-Besetzung zu unterstützen.

Nach der leidigen Hinhalte-Taktik des Hamburger Senats wurde von diesem schließlich ein Knebelungsvertrag angeboten, der die Räumung legal vorbereiten sollte. Am 31.10.87, dem vom Senat gesetzten Ultimatum zur Annahme des Vertrages, waren wir wieder mit 8.000 Menschen auf der Straße, um diesem Scheinangebot eine Abfuhr zu erteilen. Erstmalig wurde der Redebeitrag vor dem Knast vom Initiativkreis gehalten, die Zusammenlegung der kämpfenden Gefangenen von uns allen gefordert. Weiter hieß es dort, vor gut einem Jahr:
"Die breite Sympathie für die Hafenstraße rührt meines Erachtens auch daher, daß die sie bewohnenden Menschen unverblümt antistaatlich sind. Sich nicht korrumpieren lassen wollen. Ihre oft nervigen tage- ja wochenlangen Diskussionen machen deutlich, daß es keine Hierarchien, keine WortführerInnen gibt. Ohne sie mit dem Mythos der besseren Menschen, der konsequenteren KämpferInnen belegen zu wollen, ist eines deutlich: Anders als diejenigen, die eine Amnestie für Aussteiger fordern, weil sie nämlich, die diese Kampagne tragen, längst ausgestiegen sind und nicht mehr erinnert werden mögen, ja, zum Teil mit Haß und Häme auf alle reagieren, die radikal geblieben sind, anders also als die ehemalig Linken wird hier ein alter Anspruch neu formuliert: Wir lassen uns bei aller Unterschiedlichkeit nicht spalten, lassen uns die Auseinandersetzung nicht verbieten; unsere Gesinnung und Sympathien sind unsere Sache. Dem staatlich verordneten Distanzierungsdruck widerstehen wir gemeinsam."
Soweit das Zitat aus der Rede vorm Knast.

In der Vorbereitung dieser Veranstaltung stellten wir fest, daß wir fast alle in früheren Jahren an der Unterstützung der Zusammenlegungsforderung gearbeitet haben Einige haben Knast hinter sich und sind heute dabei. Andere, wie die Genossen aus der DKP, diskutieren erstmalig aus einer anderen, solidarischen, Sicht. Feststellen mußten wir ebenfalls, daß Kriminalisierung, Hetze und die Toten in Stammheim traumatische Auswirkungen hatten und wir erst jetzt Angst und Ohnmacht zugeben und bewältigen können. Abgrenzungen, sich gegenseitig beharken, die reine Lehre für sich, für die eigene Organisation behaupten - Relikte vergangener Tage. Das Neue, die Kraft, kommt aus der Gemeinsamkeit, obwohl wir immer noch unterschiedlich sind. Inzwischen lernen wir voneinander, kritisieren uns, werden besser In diesem Prozeß wollen wir die gefangenen GenossInnen dabei haben.

"ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN DURCHSETZEN – JETZT!"

Seit dem 1. Februar 1989 sind mindestens 38 Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand (taz, 3.2.1989) im unbefristeten Hungerstreik. Nachstehend dokumentieren wir aus der taz die Erklärung, die Helmut Pohl für die hungerstreikenden Gefangenen geschrieben hat.

wir sind seit heute im hungerstreik. jetzt lassen wir nicht mehr los, die zusammenlegung muß jetzt erreicht werden.

jeder, der es wissen will, weiß, was die isolation ist, sie ist international begriffen und als folter definiert. hier haben sie inzwischen die isolation für gefangene revolutionäre, ob aus guerilla, aus dem widerstand oder ausländische genossen und genossinnen, zur regel gemacht, und sie setzen sie gegen kämpfende soziale gefangene ein — international wird sie als die saubere perfide methode der feinen brd-europäer immer mehr übernommen.

hier muß sie gebrochen werden.

neun hungerstreiks haben wir gemacht, zwei gefangene sind darin gestorben, viele von uns haben gesundheitsschäden. jetzt muß schluß sein mit dieser achtzehn jahre langen tortur. das ist unser definitiver entschluß, so werden wir kämpfen.

es gibt dazu nicht mehr viel zu erklären. unsere situation und unsere forderung sind klar. uns sträubt sich inzwischen auch schon alles, von der isolation noch zu reden und davon, daß wir zusammen wollen. diese dürren wörter und ihre wiederholung sind schon ein hohn auf die wirklichkeit in den gefängnissen. im lauf des streiks wollen wir dann noch öfter etwas sagen, jetzt nur ein paar hauptsachen, worum es uns geht.

wir machen so nicht mehr weiter.

das ziel der isolation war von anfang an, die gefangenen zu zerstören, um die politik der raf zu ersticken. damit sind sie an uns gescheitert — aber wir ertragen es so auch nicht mehr. wir wollen es jetzt nicht mehr aushalten, so ist es. das ist jetzt unsere politische und unsere existentielle entscheidung. denn wenn wir uns auch gegen ihren zerstörungsautomaten behaupten konnten und wenn wir selbst in dieser lage noch entscheidendes neues für uns gewonnen haben — es gibt eine grenze, an der der permanente kampf der einzelnen und die ständig weit reduzierte lebensweise als gefangene politische gruppe für uns nicht mehr gehen. die ist jetzt da.

es ging immer nur eine begrenzte zeit, an den hungerstreikzyklen durch all die jahre ist es abzulesen. in ihnen haben wir unsere identität im kampf verteidigt und uns die kollektivität in der vereinzelung immer wieder lebendig gemacht.

bis das, was wir uns aus dem kampf in die löcher geholt hatten, wieder aufgebraucht war.

jetzt fügen wir dem nicht mehr noch einen streik nur dazu, das ist nicht mehr möglich, jetzt gibt es für uns nur noch das materielle ziel.

wir wollen jetzt die zusammenlegung, und wir wollen damit auch diese ganze lange phase abschließen — und dann wollen wir weiter. auf eine absehbare reaktion „die isolation wird aufgehoben", also kosmetik, einzelne, differenziertere anpassungen, die dem brd-staat nur die angriffe wegen der isolation vom hals schaffen sollen und für uns nicht das grundlegende ändern, werden wir uns nicht mehr einlassen. nicht mehr nach dieser langen zeit. das soll von anfang an klar sein. wir haben immer jede kleine veränderung genutzt, waren immer zu schritten bereit. jetzt gibt es aber nichts mehr als die zusammenlegung.

zu glauben, mit einer neuen aufmachung, was sich dann vielleicht „normalvollzug" nennt, unserem kampf zusammenzukommen den boden entziehen zu können, ist ein irrtum. das heißt dann nur eine neue runde. es gibt nichts mehr als die zusammenlegung.

es ist auch nicht mehr nur das alte — die notwendigkeit gegen die isolation und die möglichkeit einer gegenstruktur in diesen bedingungen —, in diesem brennofen bleibt nichts wie es war. die forderung hat für uns in der zeit auch eine viel weitergehende materialität bekommen. nur aus den beziehungen zueinander und deren permanenter lebendiger entwicklung sind wir durch diese zeit gekommen — und darin ist unser zusammenhang teil von uns geworden wie arme und beine.

das nimmt uns heute niemand mehr, das dreht keiner zurück. es ist eine materialität, die der kampf gegen die vernichtung geschaffen hat — und dasselbe jetzt einfach auch mal so: es ist das dialektische produkt ihrer maßnahmen. und nachdem die jetzt achtzehn jahre mit allen varianten so stehen und keine „normalität" damit exekutiert werden konnte, müssen sie die kröte, die die zusammenlegung für sie ist, auch schlucken.

aber nicht nur subjektiv, auch bezogen auf die politische entwicklung geht es schon um mehr. in der wirklichkeit klaffen unsere situation und damit unsere möglichkeiten und was die reale situation insgesamt verlangt, damit es weitergeht, längst weit auseinander.

während wir die zusammenlegung noch nicht haben, entwickelt sich schon die frage nach einer weitergehenden perspektive für die politischen gefangenen überhaupt. es geht um uns, von allen seiten will man was von uns — aber wir können nicht zusammen reden und kaum handeln.

es läuft bei uns nur zusammen. und ohne uns läuft es dabei nicht, das sollte aus den vielen versuchen in den letzten jahren, über uns wegzubügeln, doch klar geworden sein. wir wollen jetzt an der gesamten politischen diskussion teilnehmen.

das ist die andere seite der zusammenlegung.

aus einer ganzen reihe von entwicklungen, hier und international, sind neue fragestellungen entstanden. es ist insgesamt eine neue stufe der auseinandersetzung geworden, in der überall, auf beiden seiten, die ziele, die formulierung der politik, die formierung für den kampf ein neues mal angegangen werden.

auch das ist eine widerspiegelung davon, daß hier aus beiden richtungen neu die frage nach den gefangenen hochgekommen ist. der staat bringt begnadigungen, staatskonforme gruppen wollen eine amnestie — und der revolutionäre widerstand nimmt wieder auf, daß die freiheit der politischen gefangenen erkämpft werden muß.

auch wir meinen, daß diese auseinandersetzung jetzt reif ist. das wird aber nur in einem prozeß von diskussion und praxis weitergebracht werden, in dem revolutionäre politik hier zu einem neuen realen faktor wird.

unser kampf für die zusammenlegung jetzt soll teil davon sein. aus vielen ansätzen im letzten jahr, aus der offenheit und dem willen quer durch verschiedene zusammenhänge im widerstand, halten wir eine neue einheit im revolutionären kampf für möglich. es zeichnet sich jetzt schon eine umkehrung der linken rückentwicklung seit ende der siebziger jahre ab. der kampf in der metropole kann auch neu in die internationale auseinandersetzung kommen. dann werden auch ganz neue politische möglichkeiten in der brd eröffnet sein. wir hoffen das.

die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation — und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu.

denn die freiheit ist natürlich unser ziel. wir wollen ja nicht ein stück politischer organisation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirklich nicht unser höchstes glück.

wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere, wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt.

wir nehmen jetzt eine neue form von kollektivem kampf. im letzten streik haben sie ein gesetz gemacht, mit dem sie uns das mittel hungerstreik nehmen wollten. das „komagesetz".

es bedeutet, daß dem einzelnen im koma in einer langgestreckten medizinisch-technischen manipulation in der intensivstation der wille und die entscheidungsfähigkeit, den kampf weiterzuführen, genommen werden soll. es bedeutet weiter für die auseinandersetzung insgesamt, daß sie die zuspitzung und entscheidung auf einen engen zeitraum bringen wollen, praktisch auf einen punkt, den, wenn nach zwei, drei monaten viele von uns gleichzeitig auf der kippe sind. es sterben dann vielleicht mehrere, aber dann in einer kurzen, frontalen konfrontation — und die „tragen" sie, wie sie letztes mal gesagt haben, und dann, stellen sie sich vor, ist schluß.

und das würde auch bedeuten, daß das mittel des kampfes politisch sich gegen uns dreht. denn in dieser kulmination für alle zum selben zeitpunkt käme die frage nach sinn und ziel auf uns zurück. wenn viele tot sind, wie wollen die anderen dann zusammen sein.

wir werden ihnen das umdrehen und einen langgezogenen kampf führen. jeder von uns ist das kollektiv.

wir fangen alle zusammen an, nach zwei wochen gehen wir in eine kette über. bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei wochen kommen die nächsten, zwei wieder dazu, nach den nächsten zwei wochen wieder zwei, und weiter.

wir lassen jetzt nicht mehr los, bis wir die zusammenlegung haben.

wir fordern:

zusammenlegung aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppen, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen. zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen.

freilassung der gefangenen, deren wiederherstellung nach krankheit, verletzung oder folter durch isolation unter gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.

freilassung von günter sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder.

freie medizinische versorgung ohne staatschutzkontrolle für alle gefangenen.

freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen.

für die gefangenen aus der raf helmut pohl, 1. 2. 89

ERKLÄRUNG VON KARL HEINZ DELLWO

Seit dem 15.2. ist der Hungerstreik der politischen Gefangenen in seine zweite Phase getreten: Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo führen den Streik weiter, in zwei Wochen werden zwei weitere Gefangene dazu kommen.
Es ist klar, daß die beiden zuerst und am brutalsten Zwangsernährung und anderen Schikanen ausgesetzt sind.
Die Presse versuchte inzwischen Verwirrung zu stiften und munkelte vom Abbruch des Hungerstreiks.
Karl Heinz Dellwo schreibt am 15.2.89 aus Celle:
ab heute setzen wir zu zweit den hungerstreik fort. in diesem rhytmus wird es sich fortsetzen und später werden alle im streik sein. es bleibt trotzdem die ganze zeit über unsere gemeinsame aktion. der sinn der kette war in der erklärung von helmut dargelegt: sie werden nicht nocheinmal die situation herbeiführen können, in der sie uns innerhalb einer woche mit 4-5 toten konfrontieren. so haben wir eine lange kampfphase.
gesagt ist alles.
unbedingt wichtig ist mir die klarheit darüber, daß diese stellung in der kette eine freiwillige entscheidung von mir ist, daß ich sie gewollt habe und daß sie auch einfach zu treffen war aus den verhältnissen untereinander, daß hier der kampf um und für sich zugleich auch der um und für alle ist. die verhältnisse untereinander sind ein wert an sich, sie brauchen keine besondere erklärung. darüber entwickelt sich auch die ganze politik. eine andere lösung außer die zl wird es mit uns nicht geben. sie müssen uns dann schon niedermachen. die konsequenzen werden sie dann allerdings auch tragen müssen.

Erklärung von Jens Stuhlmann, 2.2.89

ich befinde mich ab sofort im hungerstreik und schließe mich damit dem streik der gefangenen genossinnen und genossen aus der raf an.

momentan befinde ich mich – im direkten anschluß an mehrjährige strafhaft – in u-haft, und ich bin nicht politischer, sondern sozialer gefangener. während meiner haft habe ich im knast u.a. 1981 und 1984/85 an den streiks für die zusammenlegung teilgenommen, und für mich bedeutete dies nicht nur solidarität mit den kämpfenden genossinnen und genossen, sondern auch die materielle forderung nach dem zusammenkommen auch für mich selbst. es hatte auch nicht nur damit zu tun, daß ich über jetzt zehn jahr hinweg zensur, bespitzelung und isolation selbst erfuhr, daß die verschiedenen versuche des staates und auch anderer, die identität zu brechen, auch mir gegenüber liefen. es war einfach die auch praktische fortsetzung meiner entwicklung, meines lern- und lebensprozesses als politisch denkender und handelnder mensch.

in den zeiten, die ich im normalvollzug verbrachte – derzeit gelten auch für die u-haft verschärfte bedingungen –, versuchte ich, auch mit anderen sozialen gefangenen direkt politisch zu arbeiten, mußte aber immer wieder erkennen, daß dies so nicht möglich war. weil nichts wirklich zusammen ging, aber gerade auch, weil die bedingungen für alle kämpfenden gefangenen immer ein abgestuftes instrumentarium von sonderhaftbedingungen sind. der vom staat wie auch anderen propagierte normalvollzug war nie etwas anderes als: die geplante zerstörung der identität – wie ich auch selbst während der zehn jahre, in denen sich isolation und normalvollzug abwechselten, erfuhr. mit beidem und immer wird das gleiche ziel verfolgt, und dagegen gibt es nur die zusammenlegung, das zusammenkommen als „zweitbeste" lösung nach der freilassung.

NACHRICHTEN ZUM HUNGERSTREIK

Brief von Sieglinde Hofmann, Gefangene aus der RAF, JVA Bielefeld-Brackwede (dort ist auch Ingrid Jakobsmeier, Gefangene aus der RAF

1.2.89
inzwischen ist es in den nachrichten durchgekommen, daß wir seit heute im hs (hungerstreik) sind für die zusammenlegung.

rebmann hat gleich gebrüllt:

gegen 12 uhr wurde ich zwangsweise aus der zelle gezerrt und in eine nebenzelle gesperrt. sie könnten nicht sagen, warum, wüßten selbst nichts, hätten auch keine ahnung, wie lange und wie alles überhaupt weitergeht. für sie gäbe es nur die anweisung vom al (anstaltsleiter), daß wir in die nebenzellen zu schließen sind.

später war zu hören, daß viele in die zellen gingen, alles durchsuchten, jedes blatt umdrehten.

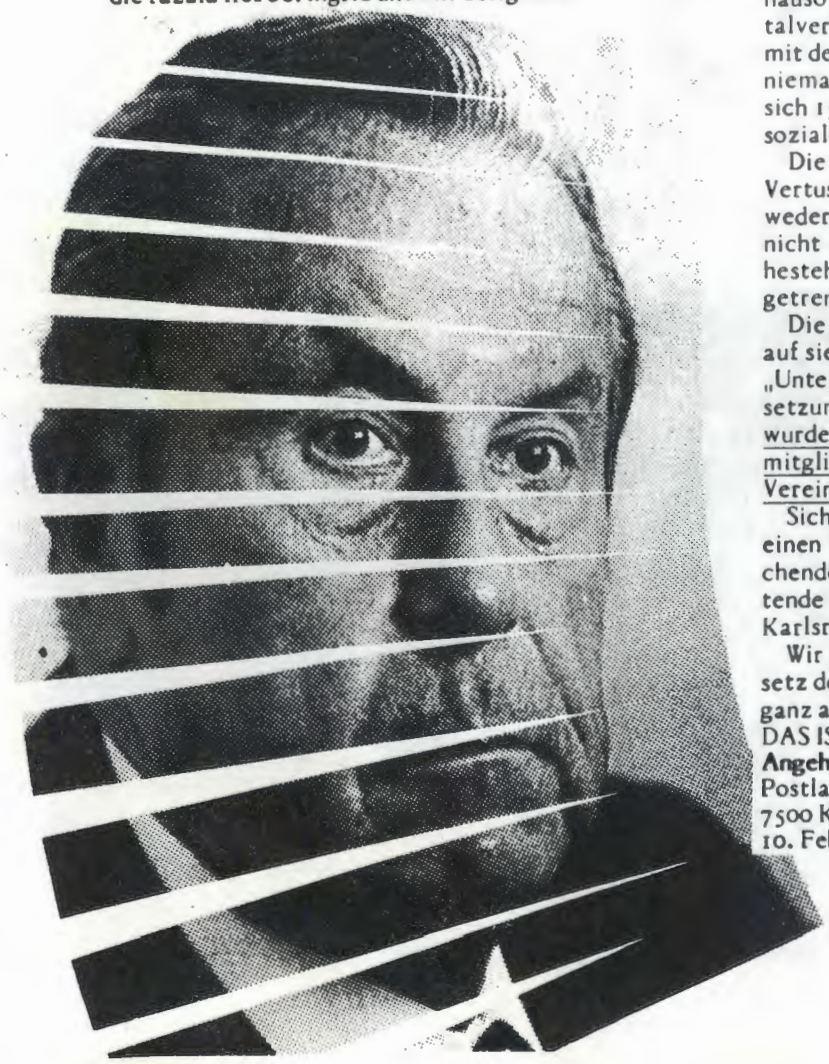
insgesamt dauerte es 5 stunden, bis wir in unsere zellen zurück konnten.

es gab eine durchschrift des durchsuchungsprotokolls, auf dem auch keine gründe standen und auch nicht, was sie suchten. (mitgenommen haben sie nichts.) es stand nur da: auf anordnung des gba (generalbundesanwalt). damit war es endgültig klar, daß das die erste reaktion des apparats auf den hs-beginn war.

sie müssen die razzien in aller eile organisiert haben, denn hier wurde das von k-14 der kripo bielefeld durchgezogen, was unüblich ist. normalerweise schickt rebmann das bka/lka (bundeskriminalamt/landeskriminalamt). einen richterlichen durchsuchungsbefehl gab es nicht.

der al hat uns für diesen tag auch noch den hofgang gestrichen – aus zeitlichen gründen.

die razzia lief bei ingrid und mir zeitgleich.



Erklärung der Angehörigen: Solidarität mit den politischen Gefangenen im Hungerstreik!

Am 1.2.1989 sind die politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand in den Hungerstreik getreten. – Inzwischen sind es bereits über 40. Sie kämpfen damit gegen ihre jahrelange Isolation und für ihre Zusammenlegung in große Gruppen.

Helmut Pohl hat für alle gesprochen, wenn er fordert: SCHLUSS MIT DIESER 18-JAHRE-LANGEN TORTUR!

Was für einige von ihnen bereits so endlos dauert, steht den anderen noch bevor, denn jeder von ihnen wird vom Verhaftungstag an den Folterbedingungen der Isolationshaft unterworfen. Das wollen die Gefangenen nicht länger aushalten, und wir, die Angehörigen, auch nicht. Wir sehen der Zerstörung unserer Kinder, Geschwister, Freunde durch den Staat nicht tatenlos zu: WIR FORDERN, DASS SIE ENDLICH ZUSAMMENGELEGT WERDEN!

Die Propaganda der Bundesanwaltschaft (BAW) hat zu völliger Gleichschaltung von Presse, Funk und Fernsehen geführt. Sie dient dazu, nicht nur die Gefangenen, sondern auch uns Angehörige, unsere Motive und unsere Arbeit falsch darzustellen. Durch Einschüchterung mit dem § 129a soll jede Diskussion abgewürgt oder kriminalisiert werden.

Dennoch kann jeder erfahren, der es wissen will, was Isolationshaft ist und was sie bezwecken soll: die Zerstörung von Geist und Seele, von Denken und Fühlen und die Produktion einer leeren, einflußbereiten Hülle.

Der BAW war klar, daß sie den Hungerstreik nicht unterdrücken und sein Bekanntwerden hier draußen nicht verhindern kann. Deshalb hat sie selbst eine Pressemeldung herausgegeben, allerdings in der bekannten tendenziösen Manier: Unter sorgfältigem Verschweigen der Gründe für die gemeinsame Entscheidung der Gefangenen taucht da die Wortschöpfung von der „kriminellen Terror-RAF" genauso auf wie der Hinweis, die meisten seien wegen „Kapitalverbrechen in Strafhaft". Dadurch soll jede Sympathie mit den Gefangenen im Keim erstickt werden. Dabei weiß niemand so gut wie die BAW (außer uns Angehörigen), daß sich 15 Untersuchungsgefangene aus dem Widerstand und 3 soziale Häftlinge dem Hungerstreik angeschlossen haben.

Die Pressemitteilung der BAW war also eindeutig auf Vertuschung und Desinformation angelegt. Das nehmen weder wir noch die Gefangenen länger hin. Wir lassen uns nicht verbieten, für Menschen zu kämpfen, denen wir nahestehen, auch wenn wir durch Beton und Willkür von ihnen getrennt sind.

Die Angehörigengruppe weiß aus Erfahrung, was jetzt auf sie zukommt. Alles, was sie **nun** tut, wird die BAW als „Unterstützung" zu kriminalisieren versuchen. Die Voraussetzung ist bereits geschaffen: gegen alle Gefangenen wurde aufgrund des Hungerstreiks ein Verfahren wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung in einer terroristischen Vereinigung eingeleitet.

Sich selbst hat die oberste Anklagebehörde vorsorglich einen Freibrief für bundesweite Fahndungen mit entsprechenden Verhaftungen ausgestellt, indem sie „zu erwartende Attentate" suggeriert. Alles nach dem bekannten Karlsruher Muster.

Wir lassen unsere Gefangenen nicht im Stich. Kein Gesetz der Welt kann das erreichen. Darüber bestimmen wir ganz allein.

DAS IST EIN TEIL UNSERES KAMPFES!

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD
Postlagerkarte 050205
7500 Karlsruhe
10. Februar 1989

Spendenkonto
O. Becker
Postgiro Berlin
BLZ 10010010
Kontonr. 448630-102

Brief von Ingrid Barabaß, Gefangene aus dem Widerstand, JVA Frankfurt-Preungesheim (dort ist auch Gisela Dutzi, Gefangene aus der RAF)

Ingrid Barabaß und Gisela Dutzi hatten seit einigen Monaten, bis zum Beginn des Hungerstreiks, gemeinsamen Aufschluß, sie waren also für mehrere Stunden am Tag zusammen.

„1.2.89

... ihr habt euch bestimmt sorgen gemacht, als sie euch nicht zum besuch reingelassen haben. deshalb erstmal: es geht uns gut, und von gisel soll ich euch herzlich grüßen – eigentlich schon beim besuch, naja.

natürlich hätte ich euch gern gesehen, vor allem gerade jetzt ...

als ich wegen eurem besuch fragte, wurde mir gesagt: ‚das lka (landeskriminalamt) ist nicht da.' das ist das einzige, was dazu kam. außerdem noch ein paar andere windige sachen wie z.B., wir sollten ‚umziehen', wo wir schon ahnten, daß jetzt irgendwas läuft. so wars auch, kaum wollten wir die wirklichen gründe wissen, da wurden wir auch schon auseinandergerissen und jede allein in eine leere Zelle gesteckt, reingeschleift. bei mir wars ne beobachtungs/-arrestzelle, ein dunkles loch.

aber erstmal weiter im ablauf. gegen 14 uhr kam dann staatsanwalt griebel von der baw (bundesanwaltschaft), der sagte was von zellendurchsuchung wegen ‚der gemeinsamen aktion', ‚was sich heute (teilweise?, da bin ich mir nicht sicher) bestätigt hätte'. dann noch was von ‚gefahr im verzuge' – was ja hier drin sowieso ein witz ist und faktisch heißt, daß sie keinen richterlichen durchsuchungsbefehl haben.

ungefähr um viertel nach drei, halb vier konnten wir dann jede wieder in die übliche zelle zurück.

dann kamen sie wieder mit dem gleichen wie in unserem solidaritäts-hungerstreik im letzten jahr: abwechselnder aufschluß und verbot, an der tür miteinander kontakt aufzunehmen, sonst einschluß. also wieder so hintenrum, wie sie es hier ja immer hinzudrehen versuchen. damit nicht dasteht: einschluß wegen hungerstreik, obwohls das genau ist. und sie es selbst sagen, wenn es heißt, unser hungerstreik sei ein ‚mißbrauch' des gleichzeitigen aufschluß.

außerdem läuft diese verfügung darauf raus, daß wir x mal von der tür weggezerrt werden – so war es letztes jahr ja, ihr erinnert euch sicher – was in unserer situation total kräftezehrend ist, und das ist das letzte, was wir wollen, uns hier in so was aufzureiben. klar, manchmal muß man einfach was machen, aber so ne farce nicht.

ich wär heut eigentlich dran gewesen mit aufschluß. nachdem ich was dazu gesagt hab und vor allem, daß ich immer an gisels tür sein werde, solange ich nicht eingeschlossen bin, wie ichs da gerade auch war, bin ich prompt eingeschlossen worden.

wir haben noch gesagt, daß wir mit der knastleitung reden wollen. mal sehen. (also wissen wollen, warum wir nicht zusammen sind.) ...

Weitere Informationen zur Situation der Gefangenen im Hungerstreik

Aichach. Brigitte Mohnhaupt, Gefangene aus der RAF, und Claudia Wannersdorfer, Gefangene aus dem Widerstand, beide in der JVA Aichach, sind seit Beginn des Hungerstreiks in Einzelisolation. Vorher hatten sie auf der Station – beide sind allerdings auf verschiedenen Stationen – Aufschluß. (Aufschluß heißt, daß die Zellentüren offen sind und die Gefangenen sich auf der Station, wo ihre Zelle ist, bewegen können. Brigitte und Claudia sind zwar im gleichen Haus der JVA, aber da sie auf verschiedenen Stationen waren/sind, waren sie auch in der Zeit, als sie Aufschluß hatten, nie zusammen.)

Celle. Nachdem die Gefangenen aus der RAF, Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer, bereits am 01.02.89 gewaltsam aus den Zellen geholt wurden, haben am 03.02.1989 ungefähr 30 Wärter Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer mit Gewalt vom Gefängnishof gebracht. Die beiden Gefangenen wurden dabei verletzt. Dem vorausgegangen war, daß Knut Folkerts aus einem nichtigen Grund an diesem Tag nicht zum Hofgang aus seiner Zelle gelassen wurde. Lutz und Karl-Heinz hatten deshalb gefordert, daß Knut sofort zum Hofgang herausgelassen werden sollte, sonst würden sie nicht in ihre Zellen zurückgehen. Darauf erschienen der stellvertretende Anstaltsleiter Schneider und der Vertreter des Sicherheitsbeauftragten, Schäfer, auf dem Hof. Die beiden Gefangenen verlangten von ihnen, daß Knut zum Hofgang rausgelassen wird. Schneider und Schäfer gingen jedoch gleich wieder, und darauf kam das Rollkommando.

Hungerstreik: Isolation verschärft

Berliner Justiz verweigert Zusammenschluß von Rollnik und Goder mit anderen inhaftierten Frauen

Von Gerd Rosenkranz

Berlin Die Berliner Justizverwaltung hat die Isolation der im Frauenknast Plötzensee inhaftierten Gefangenen Gabriele Rollnik und Angelika Goder, ehemals „Bewegung 2. Juni", erneut verschärft.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Hungerstreiks stoppte die Knastleitung den stundenweisen Zusammenschluß der beiden Gefangenen mit drei anderen, ebenfalls in der Haftanstalt Plötzensee inhaftierten Frauen. „Besuchskon-

Celle: Intensivstation im Trakt

Nach der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" wurde „in jüngster Zeit" im Hochsicherheitstrakt der JVA Celle eine Intensivstation errichtet, die „zur Zeit" mit den „erforderlichen Geräten und Apparaten" ausgestattet wird. Das Justizministerium hat erklärt, daß die Gefangenen – Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer – während dieses Hungerstreiks nicht in öffentliche Krankenhäuser verlegt werden sollen – im Hungerstreik 1984/85 war Knut Folkerts in die Medizinische Hochschule (MHH) nach Hannover verlegt worden, der Einsatz des Bundesgrenzschutzes hatte zu öffentlichen Protesten geführt. Für die „medizinische Überwachung der Hungerstreikenden in Celle" sei der Medizinalreferent des Justizministeriums verantwortlich. (Quelle: HAZ, 2.2.89)

Materialien

ZU KNAST UND REPRESSION

VON DER ZWANGSERNÄHRUNG ZUR KOMA LÖSUNG.
Informationen zu den Methoden des Staatsschutzes gegen die Gefangenen im kollektiven Hungerstreik 83/84: Die saubere Linie, eprobt an Knut Folkerts. Berichte, Analysen, Dokumente.
5o Seiten, 4.5o DM
Hrsg. Anwäl. s.o.

"...UND WENN SIE DENNOCH VON ISOLATION SPRECHEN, SO TRIFFT DAS OBJEKTIV ZU"
Der Vollzug der Vernichtungshaft am Beispiel des Gefangenen aus der RAF Günther Sonnenberg. August 85
Hrsg. Anwält. s.o.

STAMMHEIM
Buch von Pieter Baaker Shut.
Dokumente zu den Prozessen gegen die RAF 1972-77, Malik Verlag. 39 DM.

DAS INFO
Briefe von Gefangenen aus der RAF aus der Diskussion 1973-77. Malik Verlag, 28 DM

HAFTBEDINGUNGEN der Gefangenen aus RAF und Widerstand.
Zusammenstellung von Berichten, Briefen, Prozeß und Presseerklärungen, Stand April 87. Herausgegeben von den Anwältinnen und Anwälten von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand.
56 Seiten - 6 DM
Renate Trobitzsch, Grotestr.1a, 3ooo Hannover 91

DIE NEUEN HIGH TECH KZs
In Weiterstadt bei Darmstadt wird zur Zeit mit 7oo Haftplätzen einer der größten Knäste Europas gebaut. Nach dem Bau der Frauenhaftanstalt Plötzensee in Berlin ist Weiterst. die zweite einer Reihe völlig neukonzipierter Haftanstalten im Bundesgebiet.
8 DM
Bunte Hilfe Darmstadt, Wilh.-Leuschner Str.39, 61oo Darmstadt.

REIZENTZUG UND GEHIRNWÄSCHE IN DER BRD
Sondergefängnisse und Trakte, Hochsicherheitsabteilungen in der BRD; Auswirkungen von Isolation und Deprivation; Gehirnwäsche als Folter, Umfang 12o Seiten; kostet 13.8o.
Verlag Libertäre Assoziation, HH.

DIE SUCHE NACH DEM RICHTIGEN VERNICHTUNGSBAU
Zur Geschichte der Knastarchitektur von 5oov.Chr. bis Stammheim.
Geschichte der Entwicklung und Erforschung baulicher und sozialer Techniken zur Bestrafung, Disziplinierung und Überwachung der Unterdrückten und Unangepaßten.
4o Seiten, 4.5o DM, Trotzdem Verlag 7o43 Grafenau 1, Postfach 1159.

BRUCHSTÜCKE
Zeitschrift für eine Gesellschaft ohne Knäste.
Autonomes Knastbüro, Kurt Schuhmacher Platz 9, 443o Bochum 1.

TODESSCHÜSSE, ISOLATIONSHAFT, EINGRIFFE INS VERTEIDIGUNGSRECHT
3oo Seiten, 19.8o:
Praxis der Todesschüsse seit 1971, Maßnahmen gegen Gefangene der RAF, Brutale Zwangsmaßnahmen gegen Gefangene unter Mitwirkung von Ärzten; Tötung von Gefangenen aus der RAF, Eingriffe in das Recht auf Verteidigung Kriminalisierung des Kampfes gegen die Isolationshaft und eine umfangreiche Materialiensammlung, Briefe von Gefangenen, Gerichtsbeschlüsse Hungerstreikerklärungen.
Verlag Libertäre Assoziation, s.o.

ÜBER DAS NEUE ANTI-TAZ BUCH

taz SAchen

Peter Paul Zahl:
"Nie hätte ich für die taz ... geschrieben, hätte ich geahnt, sie hätte zur Isolationshaft derart beschämend geschwiegen; nie hätte ich für die taz einen Artikel wie "Amnestie für alle" verfaßt, hätte ich geahnt, daß Redakteure der taz in einem anderen Sinne, eine andere Art von Amnestie erwogen: Die für eininige wenige Gefangene nach der Devise, die Guten ins Töpfchen (Freiheit) die Schlechten (die nicht abschwören) ins Kröpfchen des Staatsschutzes, in den Knast."
Was Peter Paul Zahl 1978 noch aus dem Knast heraus über die TAZ mitteilt, ist das eigentlich erhellende Ergebnis des TAZ-Buches von Tolmein und Winkel: Die taz war nie eine linksradikale Zeitung. Die Ärgernisse, die sie heute bietet, ziehen sich wie ein lebriger blasser Faden durch die Geschichte des Projektes TAZ.
Geändert hat sich nur die Ettikettierung: War es 78 mindestens noch bei einer starken Minderheit der ANSPRUCH unterdrückte Nachrichten zu verbreiten, radikale Positionen zu Gehör zu bringen, so schwadronieren in der 1o-Jahre-Jubiläumstaz 1988 ein Redakteur und eine Redakteurin:
Hartmann: Heute fühle ich mich nicht mehr außerhalb, sondern ein Teil der Gesellschaft ... Man kann nicht ewig gegen die Gesellschaft leben. Konsequenterweise müßte man dann auswandern. Ich aber habe gemerkt, das es in dieser Gesellschaft viele Freiräume hat...
Mechtilg Küppers: Es gibt entweder Öffentlichkeit oder es gibt keine. 1977 gab es nicht nur etwa eine rechte Öffentlichkeit, sondern gar keine ... Ich kenne HEUTE nur ganz wenige Nachrichten, die unterdrückt werden...
Es sind immer die gleichen Konflikte um politischen "Anspruch" vs. Auflage die die Berichterstattungen begleiten , egal ob es um "Waffen für El Salvador", um Kampuchea, Startbahn, politische Gefangene, Rassismus oder Antisemitismus oder gar um die Etablierung der antikommunistischen "Lettre International" geht. Aber die beiden Autoren bejammern nicht die angebliche Kehrtwende der TAZ zum bürgerlichen Journalismus, sondern versuchen die Ursachen in den Ursprüngen des Projektes zu finden:
Entgegen verbreiteter Nostalgie war auch die Szene, die die taz 1979 mit auf den Weg brachte und für sie produziert wurde, nicht einfach fortschrittlicher als ihre heutige Entsprechung. Die TAZ wurde von einer Linken aus der Taufe gehoben, die bereits in einem heftigen Umbruch steckte."
Der heftige Umbruch ist das Ende der undogmatischen, außerparlamentarischen Bewegung, das entstehen der Grünen und die von diesen Strömungen u.a. betrieben Isolierung der Guerilla. Als im Oktober 1979 erstmals in der BRD die Grünen den Sprung in ein Landesparlament schafften, war der Umbruch besiegelt: Zurück blieb in Bremen die völlig abgeschlagen AL, die radikalere und vor allem auch kommunistische und militante Positionen beinhaltete. Die Taz kommentierte damals durch Heinz Brand: Ihre bisherigen völlig un-politischen Spaltungsversuche haben bewiesen, daß die K-Sekten tatsächlich auf den Misthaufen der Geschichte gehören ... ihre Gurus müssen wir jetzt wirklich isolieren."
Und Klaus Wolschner hatte nie einen Hehl daraus gemacht, für welche Fraktion des alternativen Spektrums sein Typenrad schlug: Nach seiner intensiven Lobbyabeit, mit nur 2 Stimmen Mehrheit auf dem nationalen Plenum und einer Spendensammlung in Bremen über 15o ooo DM wurde die taz-Bremen installiert: Ein hochmodernes, von der taz-computer-combo entwickeltes Redaktionssystem sollte die Personalkosten in Bremen niedrig halten. Dennoch ist die taz-Bremen nach wie vor ein Zuschuß Geschäft.
Das allein spricht nicht gegen die taz-Bremen, aber ihr Guru, der sich zum hemmungslosen Sprachrohr jeder noch so albernen realpolitischen-grünbeigeblassrosa-Position macht. Keine Gelegenheit läßt das "Team" um Wolschner aus, um radikale Politik in Bremen zu verhöhnen oder zu denunzieren. Ein Beispiel soll hier angeführt werden:
In einer fränkischen Universitätsstadt (Erlangen) rufen seit Monaten Grüne, 3.Welt-Laden, MSB, die örtliche Stadtzeitung, antiimperialistische Gruppenund die Initiative Freie Flüchtlingsstadt zum Boykott israelischer Waren auf. Regelmäßig fin-den Info-Stände, Boykottaktionen, Demos und Veranstaltungen statt.
Hier in Bremen hat die taz jede Diskussion über Möglichkeiten der Solidarität mit der Intifada schon im Vorfeld durch platte Denunziation unmöglich gemacht. Die alte Leier Anti-Zionismus sei gleich Antisemitismus muß hier in Bremen dafür herhalten, radikale Opposition, von der sich die TAZ schon lange verabschiedet hat, an zugreifen. Barbara Debus schrieb am 15.2.88 in der taz Bremen:
43 Jahre nach Ende des Faschismus skandierten DemonstrantInnen...Boykottiert israelische Produkte. Unbedarft gehen diese BremerInnen darüber hinweg, daß die Parolen in dieser Stadt vor 5o Jahren schon einmal gefährlich ähnlich klangen. Kauft nicht bei Juden. Die Gande der späten Geburt können diese DemonstrantInnen genausowenig in Anspruch nehmen wie Helmut Kohl.
Ähnlich frei von allen beschwerenden tieferen Gedanken hetzt die TAZ, wenn es um militante Aktionen geht. Beliebt sind auch Angriffe gegen feministische Frauen. Ein Bremer Redakteur durfte sich drei aus Anlaß der Frauendemo zur Walpurgisnach 3 Spalten breit über die Parole:
"Wichser in den Mixer" ergießen und darlegen, wie gerne er eigent-lich wichst. Das die Inhalte der Frauenkampfdemo verschwiegen wurden, versteht sich von selbst.
Wolschner konnt sich hier in Bremen eine Redaktion installieren, die nichts mehr haßt als diejenigen, die immer noch nicht ihre "Freiräume" gefunden haben und trotzdem nicht auswandern wollen (nach drüben?).
Die grundlegende Schwierigkeit dieser Zeitung, so das Fazit von Tolmein und Winkel (das gilt für die Bunde-Taz ebenso wie für die Bremer TAZ) ist ihr Doppelcharakter: Sie bedient ein linkes Klientel, gibt sich das Aroma von Kämpfen, an denen sie nah dran sein will, aber
ihre Interessen, und daran orientiert sich ihre Praxis, sind überwiegend kommerziell bestimmt, sie wird aber als links dominierte Zeitung wahrgenommen. Der taz fällt damit die Rolle einer gut kontrollierten, übersichtlichen Opposition zu. Damit hat die Existenz der TAZ nachteilige Folgen für den gesamten Bereich der linken Medien: Sie erleichtert es dem Staatsapparat, diese zu unterdrücken und gleichzeitig den Anschein von Meinungs- und Pressefreiheit zu wahren.

Insgesamt haben Tolmein/Winkel eine Fülle von Material durchgearbeitet, einige journalistische Schlachtfelder abgesteckt. Das buch ist leider viel zu teuer, so was liest mann/frau eh nur einmal: Also nicht alle jetzt kaufen, sondern erst mal rumtelefonieren und leihen.

Tolmein/zum Winkel
TAZSACHEN
Konkret-Literatur-Verlag

Boykottiert 38 Israel!

**WER KEINE JAFFAS IßT -
DER FRIßT KLEINE KINDER
BEMERKUNGEN ZUR "REPORT SENDUNG" VOM 24.1.1989**

Gerade schienen die Peinlichkeiten der offiziösen Gedenkfeierlichkeiten anläßlich des deutschen Judenpogroms von 1938 überstanden und eine kurze Verschnaufpause vor der Eröffnung der Selbstbeweihräucherungskampagne zum 4o. der Republik eingeleitet, da hat der CSU Haus-Sender Bayrischer Rundfunk einen Schmutzfleck auf der ansonsten blütenreinen Weste der Bundesrepublik ausgemacht: "... die Anti Israel Propaganda (!) der deutschen Linken" und deren "Abirrung (!) in antisemitische Entgleisung". (1)
Nach allen Regeln der rechten Filmjournaille wurde in dem Bericht von Friedrich Kurz versucht, nicht nur die Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk, sondern die Linke insgesamt zu diffamieren. Im folgenden einige Bemerkungen zur "Methode" dieser Sendung, die einem allzu bekannten Muster folgt.

Die Sprache
Welches Ziel Autor Kurz bei seinem Bericht vor Augen hatte, entlarvt schon seine Sprache. Das breite Bündnis unterschiedlicher Gruppen zur Unterstützung der Intifada wird bei ihm zu einer "fatalen Grauzone"; der Versuch die bundesrepublikanische Öffentlichkeit über die israelische Besatzungspolitik und ihre Opfer zu informieren, wird zur "Greuelpropaganda im Stürmerstil"; und schließlich wird das politische Mittel eines Boykotts israelischer Waren ineinsgesetzt mit den Zielen der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik, denn Antizionsimus und Antisemitismus "lassen sich in der politischen Diskussion nicht trennen."

Die Verdrehung der Inhalte
Mit der alten Methode der verkürzten Zitation und der bewußten Auslassung versucht Kurz die These von der inhaltlichen Gleichheit von Antizionismus und Antisemitismus zu erhärten. Da wird zwar die Kritik an der offiziösen Art der Vergangenheits bewältigung zitiert, nicht aber der daraus abgeleitete Anspruch der Solidaritätsbewegung, jede Art von Rassismus und jeden Völkermord wo auch immer anzuprangern und zu verhindern.Denn wenn es eine Lehre aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen gibt, dann diese. Da redet Kurz vom Kampf der Boykottbewegung "gegen die Israel Symphatien als Folge eines historischen Schuldgefühls" und verschweigt bewußt, daß das zentrale Anliegen der Solidaritätsbewegung der Kampf gegen das menschenverachtende Besatzerregime des israelischen Staates in den besetzten Gebieten und für das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ist. Ziel für Kurz ist es, auf diese Weise die Assoziation "antiisraelisch" gleich "antisemitisch" hervorzurufen.
Und selbst die TAZ, nach Meinung des Autors das "bevorzugte Blatt der radikalen (?) und bürgerlichen (?) Linken" bleibt nicht verschont. Kurz zitiert zwar den inzwischen berühmten "gaskamervoll" Artikel, verschweigt aber wohlweislich die im Anschluß daran erfolgte interne und externe Diskussion (was immer man im einzelnen auch davon halten mag.) Der Zweck ist augenfällig, von der "bürgerlichen" bis zur "radikalen" Linken, von den "grünen" bis zu den "marxistischen Gruppen" und "autonomen Blättern" besteht zumindest ein latenter Antisemitismus.

H.M.Broder
Daß H.M.Broder dies alles nur bestätigen kann, liegt auf der Hand. Dennseit seiner Abkehr vom linken Irrweg erhebt er ununterbrochen und mit penetranter Verweigerung einer differenzierten Auseinandersetzung den generellen Antisemitismus-Vorwurf gegen alles, was er für links hält.

Die wissenschaftliche Untermauerung
Um die letzten Zweifel an seiner "Argumentation" zu zerstreuen, setzte Kurz zuletzt sein bestes Pferd im Stall ein; den "Nestor der politischen Wissenschaft und Zeitgeschichte in der " BRD, dessen "Wort" (damits jeder und jede kapiert) "gewicht hat" Karl Dietrich Bracher. Daß dieser Nestor ehr ein Altvorderer der Totalitarismustheorie ist, jener Theorie die in Vekennung aller materiellen Voraussetzungen und rein geistesgeschichtlich Nationalsozialismus und Kommunismus in eins setzt, braucht niemand zu wissen. Warum gerade er befragt wurde, wird klarer, wenn man weiß, daß eben dieser Bracher im Historikerstreit mit den Worten auftrat: "Die neuerliche (!) Großdiskussion(!) über die Vergleichbarkeit von nationalsozialistischer und kommunistischer Massenmordpolitik (!) enthält wissenschaftlich nichts wesentlich Neues...Wir haben (der) Verbiegung und Vernebelung (!) der Fragestellung mit leider (!) nur sehr begrenztem Erfolg entgegenzuwirken versucht." (FAZ, 6.9.86)
Mit dergestalt erprobter Herangehensweise wird auch das Problem unseres Autors von Bracher gelöst:
"Der Antikapitalismus der Linken, so wie auch der Antikapitalismus der Rechten (!) den gibt es ja auch bei den Nazis - der wird aufs engste eben mit dem Antisemitismus in Verbindung gesetzte."

Glasklare Argumentation, unbestreitbare Stringenz. Bracher als Nestor braucht sich nicht die Zurückhaltung aufzuerlegen, die Kurz als verantwortlichem Journalisten auferlegt ist Was er durch willkürliche und falsche Zitate vorbereitete, wird durch Bracher wissenschaftlich verbrämt.

Die Absicht
Das offensichtliche Ziel auch dieser Sendung war die Diffamierung der Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und der politischen Mittel der Unterstützung.Ohne sich mit den Inhalten und Zielsetzungen der Bewegung auseinanderzusetzen, werden ihr generell antisemitische Beweggründe unterstellt. Damit soll verhindert werden, daß breite Bevölkerungskreise sich mit den Problemen Israels, Palästina, Besatzung, Intifada auseinandersetzen. Eine Auseinandersetzung mit der Politik Israels ist nicht gefragt, die Diffamierung der Linken immer.

Boykott-Bündnis Erlangen
(alle Zitate aus der Report-Sendung vom 24.1.89)

Aus der Report Sendung vom 24.1.89:
H.M.BRODER:
Vor 1o Jahren wäre ich mir noch nicht sicher gewesen, ob Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt werden kann, aber heute bin ich mir dessen ganz sicher: Es ist das gleiche Gefühl, das gleiche Vorurteil, das gleiche Ressentiment, das sich hier nur einen anderen Namen gegeben hat.
BRACHER (Prof.):
Wenn man das so sieht hier, in der Hafenstraße etwa, daß monatelang solche Parolen hängen bleiben, dann ist das, wie ich meine, doch eine Schande für unsere Gesellschaft und für unseren Rechtsstaat. Und wenn wir von wehrhafter Demokratie sprechen, dann ist das auch ein Kapitel wehrhafter Demokratie, daß wir uns wehren ... gegen jeden Neuanfang antisemitischer Propaganda, ob diese nun von links oder von rechts kommt.
Moderator:
Prof. Bracher ist nicht irgendein Wissenschaftler, er ist der Nestor der pol.Wissenschaft und Zeitgeschichte in der BRD, sein Wort hat Gewicht.
...
Als Phillip Jenninger seine gut gemeinte, aber deplazierte Rede zu den antijüdischen Pogromen des 9.Nov. hielt, waren die ersten die auszogen, die Grünen. Die eine Seite des Sektrums. Die andere: Grüne Gruppen waren dabei, als in Erlangen zum Boykott gegen Waren aus dem Judenstaat aufgerufen wurde. Dahinter steckt eine fatale Grauzone...Da gibt es in autonomen Blättern Greuelpropaganda im Stürmer Stil...

Internationale Solidaritätsaktionen mit der Intifada — Eine Auswahl

Demonstrationen zum 1. Jahrestag der Intifada

Hamburg: Demonstration mit 3.000 Leuten. Wegen des Demonstrationsverbots in der Innenstadt fanden dort trotz eines riesigen Polizeiaufgebots nach Beendigung der genehmigten Demonstration mehrere spontane Kundgebungen und kleinere Demonstrationen statt. Am Nachmittag formierten sich zwei Demonstrationszüge mit je 300 bis 400 Menschen. Dabei kam es zu insgesamt 22 vorübergehenden Festnahmen.

Weitere Demonstrationen fanden in Münster, Wuppertal (300 Leute) und München (300 Leute) statt.

Frankfurt: Nach einer Veranstaltung zum Jahrestag des palästinensischen Volksaufstandes auf dem Frankfurter Uni-Gelände wurden 2 VerfassungsschützerInnen verprügelt, da sie die TeilnehmerInnen aus einem Auto heraus beobachteten.

Hannover: Nach einer Protestaktion gegen den israelischen Stand auf einer Tourismusmesse wurden die ca. 100 DemonstrantInnen von einem starken Polizeiaufgebot aus dem Messegelände gewiesen. Gegen einige Leute gibt es jetzt ein Ermittlungsverfahren u.a. wegen „Volksverhetzung".

Rom: Demonstration mit 50.000 Leuten.

Zürich: Demonstration mit 1.000 Leuten.

Basel: Während einer Demonstration vom mehreren hundert Leuten kam es zu schweren Auseinandersetzungen, da die Polizei den Demozug mit Gas und Gummigeschossen angriff.

In Zürich wurden mehrere Reisebüros angegriffen. Aus der Erklärung: *„Wir haben in der Nacht von Mittwoch, den 7.12. auf Donnerstag, den 8.12.1988, verschiedene Filialen von Reisebüros, u.a. von Kuon, Hotelplan, Imholz, Irene Reisen, Top Tours mit zerbrochenen Scheiben, Farbe und Buttersäure angegriffen. Diese Unternehmen organisieren oder vermitteln Reisen nach „Israel".*

Tourismus hat für „Israel" eine besondere Bedeutung. Als Devisenquelle deckt er 50% des jährlichen Handelsdefizits. Über Tourismus betreibt „Israel" einen Teil seiner Propaganda — die Vorspielung einer heilen Welt — für die Durchsetzung der zionistischen mörderischen Realität. So wird in Reiseprospekten die Westbank, der Ghazastreifen und der arabische Teil von Jerusalem als Teil von „Israel" dargestellt. Oder es wird für Kibbuz-Gästehäuser, die auch in der Westbank liegen, mit der Möglichkeit, „gastfreundliche Menschen in diesem interessanten Land" kennenzulernen, geworben. Angepriesen wird die Schönheit „Israels", während fortlaufend Bombenangriffe gegen die palästinensische Bevölkerung in den Flüchtlingslagern im Libanon geflogen werden.

Die Intifada wirkt sich auch auf die „israelische" Tourismusindustrie aus. So wurde im Juni geschätzt, daß 1988 rund 500 Mio Dollar oder 30% weniger im Tourismussektor eingenommen wird als noch ein Jahr zuvor. In den ersten drei Monaten schrumpften die Einnahmen aus der Flughafengebühr um 2,5 Mio Dollar, aus den Duty-Free Läden um 1,5 Mio Dollar, die Hotelbranche klagt über Verluste von 150 Mio Dollar, Linienflüge der El Al und Charterflüge von Sun d Or und Arkia werden massiv gekürzt und die Mietwagenfirmen brauchen kaum neue Autos, da das Geschäft miserabel läuft."

Chile: In Santiago de Chile veranstaltete die Palästinensisch-Chilenische Kulturvereinigung (SANAUD) am 16. November 88 wegen der Ausrufung des palästinensischen Staates einen Autokorso und anschließend eine Solidaritätsdemonstration. 500 Autos führen mit palästinensischen Fahnen geschmückt 30 km lang durch die chilenische Hauptstadt. An der Demonstration nahmen 2.500 Leute teil.

Die Intifada ist die Schule der armen Leute

Im folgenden Interview geht Beshir Khairi noch einmal auf die Situation nach dem Nationalrat ein. Beshir Khairi ist Mitglied der PFLP und Rechtsanwalt. Er kommt aus Ramla. Er war über 15 Jahre im Gefängnis und wurde in Rahmen des großen Gefangenenaustausches 1985 aus zionistischer Haft entlassen. Im Januar 1988 wurde er mit drei anderen Palästinensern trotz weltweiter Proteste von den israelischen Militärbehörden in den Libanon deportiert.

Frage: Während der Sitzung des PNC in Algier wurde der Staat Palästina proklamiert. Warum ist dieser Schritt zu diesem Zeitpunkt erfolgt, und wie wirkt er sich auf die Intifada aus?

Antwort: Dieser Nationalrat war der Nationalrat der Intifada, und die Proklamation des palästinensischen Staates auf dem palästinensischen Boden ist ein Sieg für die Intifada. Eine der stärksten Parolen, die die Intifada erhoben hat, ist die Forderung nach Freiheit und Unabhängigkeit. Und Freiheit und Unabhängigkeit bedeuten die Proklamation des palästinensischen Staates. Die Ausrufung des Staates hatte eine große Wirkung auf den Kampf des Volkes in den besetzen Gebieten, und die beiden verabschiedeten Dokumente sind Ausdruck des Willens und des Wunsches des Volkes. Insofern ist die Ausrufung des Staates das Geschenk des PNC an die Intifada und gleichzeitig das Produkt der Intifada.

Frage: Verschiedentlich wird behauptet, daß die Erwähnung der Resolution 181 in der Unabhängigkeitserklärung und die Erwähnung der Resolutionen 242 und 338 in der Politischen Erklärung einer Anerkennung des Staates Israel gleichkämen. Trifft diese Behauptung zu, und in welchem Zusammenhang sieht die PFLP diese Resolutionen?

Antwort: Was die Resolution 181 betrifft, ist dies die Teilungsresolution aus dem Jahr 1947. Sie wird in der Unabhängigkeitserklärung in einer beschreibenden Form erwähnt. Der Wortlaut dieser Resolution ist, daß ein Teil des palästinensischen Bodens genommen und an die Zionisten gegeben wurde. Durch diese Resolution wurde dem palästinensischen Volk ein historisches Unrecht zugefügt. Trotzdem wurde sie in der Unabhängigkeitserklärung zur Legitimierung für die Errichtung des palästinensischen Staates benutzt. Das heißt aber nicht, daß dies als eine Anerkennung des Staates Israel verstanden werden soll. Was die Resolutionen 242 und 338 betrifft, gab es Differenzen und Auseinandersetzungen innerhalb der PLO. Diese Resolutionen wurden im politischen Kommunique zusammen mit dem Selbstbestimmungsrecht erwähnt. Und auch dort kamen 242 und 338 nur als Grundlage für die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz vor und nicht als Anerkennung Israels. Die Differenzen in dieser Frage hatten zwei Tendenzen hinsichtlich des Politikverständnisses. Die eine Position versteht Politik als die Kunst, das real Mögliche zu erreichen. Das Ziel ist, mit der politischen Erklärung durch die Türen Westeuropas, der USA und Israels zu kommen. Die andere Position versteht Politik als Mittel, das historisch Mögliche zu erreichen. Die Vertreter dieser Position sehen, daß die anderen die Erwähnung der Resolutionen 242 und 338 im politischen Kampf als Zugeständnis für die Imperialisten und Zionisten benutzen. Die zweite Position ist die Position der PFLP und ihr nahestehender Organisationen und Vertreter, die gegen diese Resolutionen gestimmt oder sich enthalten haben.

Volksfrontchef Habash mit drei der vier ausgewiesenen Palästinensern.

Frage: Arafat hat in einem Interview behauptet, seine Rede vor der UNO in Genf sei mit dem Exekutivkomitee der PLO abgestimmt worden. Trifft dies zu?

Antwort: Ja, es stimmt, daß die Rede, die Arafat halten sollte, abgestimmt wurde. Aber Arafat hat nicht die abgestimmte Rede gehalten, sondern eine andere, die nicht mit den anderen Mitgliedern des Exekutivkomitees abgesprochen war. Dagegen haben diese inzwischen protestiert. Hinzu kommt, daß die Erklärung von Arafat auf seiner Pressekonferenz in Genf eine Abweichung von den Beschlüssen des PNC ist und gegen den Willen des palästinensischen Volkes und der Intifada verstößt, und damit für uns nicht bindend ist.

Frage: In einer Umfrage in der Westbank äußerten sich 78% der befragten PalästinenserInnen, daß sie gegen die Anerkennung des Staates Israel sind. Warum spiegelt sich diese Haltung nicht in den Beschlüssen des PNC wider? Wie sieht das Kräfteverhältnis in der PLO derzeit aus?

Antwort: Genauer gesagt war die Frage: „Akzeptierst du einen palästinensischen Staat neben dem Staat Israel?". Sie wurde gestellt in einer Umfrage der Zeitung „Al Haya", die in London von einem Informationszentrum herausgegeben wird. 78% der Befragten sagten, daß sie gegen die Anerkennung des Staates Israels seien. Diese Ablehnung spiegelt das Kräfteverhältnis auf palästinensischem Boden wider. Warum nicht auch in den Beschlüssen des PNC? Weil die Struktur des PNC nicht dem Kräfteverhältnis auf palästinensischem Boden entspricht. Bis dies so sein wird, braucht es einen langen kämpferischen Prozeß unter dem Motto: strukturelle und organisatorische Reform innerhalb der PLO. Bis jetzt hat sich der Wille der Intifada nicht auf das Kräfteverhältnis in der PLO ausgewirkt. In der Tat braucht die Intifada eine Führung, die den Opfern angemessen ist. Dies ist die Verantwortung, die die PFLP auf sich genommen hat. Sie will sich in diesem Jahr für die organisatorische und strukturelle Reform der PLO und damit für die Fortsetzung der Intifada einsetzen.

Frage: Welchen Einfluß hat die VNF (Vereinigte Nationale Führung im Volksaufstand) auf die Beschlüsse des PNC? Wie hat die VNF auf die Beschlüsse des PNC reagiert? Wie werden diese Entscheidungen die Weiterentwicklung der Intifada beeinflussen?

Antwort: Der PNC hat sich in zwei Arbeitsgruppen geteilt: In das Intifada-Komitee und das politische Komitee. Der Einfluß der Intifada, ihrer Führung und deren Beschlüsse auf alle Beschlüsse des PNC waren sehr deutlich. In allen Empfehlungen und Beschlüssen wurde die Weiterentwicklung und Steigerung der Intifada gefordert, der bewaffnete Kampf und seine Intensivierung betont. Die Unabhängigkeitserklärung mit der Proklamation des

palästinensischen Staates wurde auch als ein Sieg der Intifada in den PNC-Beschlüssen erwähnt. Die Führung der Intifada hat dies in ihrem Aufruf Nr. 30 durch das Kampfprogramm mit der Aufforderung, die Konfrontation mit dem zionistischen Staat zu steigern, ausgedrückt.

Frage: Wie schätzt die revolutionäre Linke ihre Möglichkeiten ein, die rechte Führung der PLO in Zukunft dazu zu zwingen, sich an die Beschlüsse des PNC zu halten?

Antwort: Dies ist nach Ansicht der revolutionären Linken ein langandauernder Kampf, ein Kampf um die organisatorischen und politischen Reformen innerhalb der PLO. Garantie dafür ist die palästinensische Einheit auf nationalem Boden. Garantie dafür ist die Einheit aller Organisationen, die nicht bereit sind, ein palästinensisches Sandkorn abzugeben. Garantie dafür sind die VNF und ihre Massen, die jeden Versuch ablehnen, ihre Forderungen zu begrenzen oder einzuschränken, die darauf hinarbeiten, die Intifada verstärkt weiterzuentwickeln.

Frage: Trotz erkennbarer, grundlegender Differenzen innerhalb der PLO hat der Generalsekretär der PFLP, George Habash, den Grundsatz „Einheit bis zum Sieg" betont. Was bedeutet das konkret für die politische Praxis der PFLP?

Antwort: Die Parole „Einheit bis zum Sieg", die Generalsekretär George Habash erhoben hat, bezieht sich auf die Differenzen über das politische Kommunique des PNC. Aber es gibt die Intifada, und wir werden den Feinden des palästinensischen Volkes, dem Staat Israel und dem US-Imperialismus, kein Geschenk machen, indem wir aus dem PNC und dem Exekutivkomitee der PLO herausgehen. Einheit bedeutet, in den palästinensischen Institutionen zu bleiben und dort die Auseinandersetzung zu führen. Wenn wir das Prinzip der Einheit akzeptieren, heißt dies nicht, daß wir Widersprüche über die Führung des Kampfes zudecken.

Frage: Welches sind die nächsten Schritte in der Weiterentwicklung der Intifada, welche Rolle hat der bewaffnete Kampf?

Antwort: Die Intifada existiert schon über ein Jahr. Und sie wird weitergehen, sich weiterentwickeln und steigern. Jetzt werden alle Vorbereitungen getroffen, den Kampf der Massen für den umfassenden nationalen Ungehorsam zu entwickeln. Und es werden Vorbereitungen getroffen, Guerillaaktionen durchzuführen, um den Weg für den bewaffneten Volksaufstand zu ebnen. Der zionistische Staat ist durch das Gewehr entstanden, und dem zionistischen Programm kann nur mit dem Gewehr siegreich begegnet werden. Das ist die Perspektive für die Entwicklung der Intifada. Die Beschlüsse des PNC befinden sich im Einklang mit diesen Forderungen, sie fordern die Steigerung des bewaffneten Kampfes und die Öffnung der arabischen Grenzen für den bewaffneten Kampf des palästinensichen Volkes.

Frage: Wie können wir in der BRD die Intifada am wirkungsvollsten unterstützen?

Antwort: In der Tat steht die Intifada nicht allein. Alle Freunde und Verbündete des palästinensischen Volkes stehen ihr bei. Ihr unterstützt uns mit Transparenten, Plakaten, Veranstaltungen und Demonstrationen. Ihr unterstützt uns mit Informationssendungen und der Entsendung von Delegationen nach Palästina. Ihr unterstützt die Intifada durch Medikamentensammlungen und den Einsatz von medizinischem Personal. Und ihr unterstützt die Intifada durch eure revolutionäre Parole „Boykottiert israelische Waren". Ihr unterstützt die Intifada, indem ihr Druck auf die Regierung der BRD ausübt, die finanzielle Unterstützung für Israel einzustellen. Ihr steht der Intifada bei, indem ihr Druck auf die Regierung ausübt, den palästinensischen Staat anzuerkennen. Die Intifada gehört nicht den Palästinensern allein. Sie ist eine revolutionäre Aktion und eine revolutionäre Schule. Sie gehört allen Revolutionären in der Welt, und sie gehört euch auch. Sie hat auch eurer Unterstützung gegenüber eine Verantwortung. ●

Nach dem Nationalrat

In der Politik der USA, Israels und der EG zeichnet sich keine qualitative Änderung nach dem PNC ab

Der Nationalrat und der Auftritt Arafats im Dezember 88 vor der UNO in Genf haben zu Reaktionen auf internationaler diplomatischer Ebene geführt.

Wie sind diese einzuschätzen? Kann man von einer „historischen Wende im Nah-Ost-Konflikt" sprechen?

Wir sind der Meinung, daß die Reaktionen der USA, der EG und Israels nicht Ausdruck einer qualitativ neuen Poltik sind, die zu Hoffnungen auf konkrete Schritte durch diplomatische Manöver im Interesse der PalästinenserInnen Anlaß geben. Sie sind bisher nur ein Zeichen für die Zurkenntnisnahme der ungebrochenen Entwicklung der Intifada. Konkrete Zugeständnisse werden nicht in naher Zukunft durchgesetzt werden, da die Politik von USA, Israel und der EG weiterhin in der Tradition ihrer bisherigen politischen Grundsätze steht:

Die USA

Die US-Politik im arabischen Raum wird weitgehend durch die Camp-David-Vereinbarungen von 1977 und den Reaganplan von 1982 festgelegt:

Die Camp-David-Politik beinhaltet als Hauptleitlinie Separatverhandlungen zwischen einzelnen arabischen Staaten und Israel. Damit beabsichtigt wird die Aufsplitterung des arabischen Lagers und die Aufweichung der israelischen Isolierung in der Region.

Ägypten war das erste Land, das auf diese Politik einschwenkte. An dem Camp-David-Abkommen vom September 78 zeigt sich eindeutig, daß diese Vereinbarungen auf Kosten der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes gehen, und daß selbst diese Vereinbarungen nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie stehen:
Im Camp-David-Abkommen wird u.a. festgelegt:
— Übergangsregelungen für die Westbank und den Ghazastreifen von maximal 5 Jahren bis zur vollständigen Autonomie
— über den endgültigen Status dieser Gebiete werden spätestens nach 3 Jahren Verhandlungen beginnen
— diese Verhandlungen finden statt zwischen Ägypten, Jordanien, Israel und palästinensischen Vertretern
— die palästinensischen Vertreter sind nur Teile der ägyptischen und jordanischen Delegationen
— es sollen Wahlen zu palästinensischen Selbstverwaltungsorganen auf kommunaler Ebene stattfinden
— den Sicherheitserfordernissen der betreffenden Parteien soll Rechnung getragen werden.

Neben dieser Schiene der Verhandlungspolitik ging vor allem die Reagan-Administration mit ihrer Interventionspolitik in die Offensive, auch und vor allem im arabischen Raum. Die Stichworte hier sind: WHNS-Abkommen 1982 (Wartime Host Nation Support, d.h. die Unterstützung der US-Armee im Falle eines Krieges), mit den USA abgestimmte israelische Invasion in den Libanon 1982, US-Interventionen in den Libanon 1983/84, 1985 und auch wieder im Dezember 88 die Angriffe gegen Libyen, militärische Eingriffe in den Iran-Irak-Krieg 1987.

Der Reagan-Plan von 1982 greift zentrale Linien der Camp-David-Politik auf. Dieser Plan ist im eigentlichen Sinne kein Plan mit entwickelten strategischen und taktischen Überlegungen, sondern umreißt die wesentlichen Grundpositionen der USA gegenüber Israel und den Forderungen des palästinensischen Volkes:
— die palästinensische Bevölkerung soll eine kommunale Autonomie in Verbindung mit (d.h. in Abhängigkeit von) Jordanien erhalten
— ein palästinensischer Staat darf nicht entstehen
— die Siedlungspolitik soll beim derzeitigen Stand eingefroren werden (d.h. Fortbestehen der Besatzung).

Auch das Amman-Abkommen von 1985 zwischen Hussein von Jordanien und Arafat enthielt wesentliche Elemente der amerikanischen Nah-Ost-Politik:
— die Palästinenser werden bei Verhandlungen in der jordanischen Delegation vertreten sein
— die Territorien Westbank und Ghazastreifen werden durch eine Konföderation mit Jordanien verwaltet.

Und nicht zuletzt findet sich auch die Shultz-Initiative vom März 88, gut 3 Monate nach Beginn der Intifada, in dieser Tradition. Shultz war aufgrund des Druckes durch die Intifada in die arabische Region gefahren. Seine Gesprächsgrundlagen waren eine abgewandelte Form der Camp-David-Vereinbarungen:
— begrenzte Autonomie für Westbank und Ghazastreifen
— kein vollständiger Rückzug Israels aus den 67 besetzten Gebieten
— keine Einbeziehung der PLO in den Verhandlungsprozeß
— Internationale Friedenskonferenz mit Teilnahme aller Konfliktparteien als Rahmen für bilaterale Verhandlungen, alle Teilnehmer müssen die UNO-Resolutionen 242 und 338 anerkennen und der Gewalt und dem Terrorismus abschwören.

Was sich aktuell abzeichnet, ist u.E. keine grundlegende Änderung in der amerikanischen Nah-Ost-Politik. Die Camp-David-Politik steckte jahrelang in der Sackgasse, weil die arabischen Regimes vor allem aus innenpolitischen Erwägungen nicht auf die Camp-David-Strategie einschwenken konnten. Im Libanon mußten durch den Widerstand der libanesischen Nationalbewegung Camp-David-ähnliche Vereinbarungen zurückgenommen werden (das sogenannte Khalde-Abkommen vom Mai 83 mußte im März 84 annulliert werden), in Ägypten entwickeln sich immer wieder Proteste gegen die Ausverkaufspolitik gegenüber den imperialistischen Ländern, die eine rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen für die breite Bevölkerung zur Folge hat.

Die PLO bekämpfte von Anfang an diese Versuche, die palästinensischen nationalen und politischen Rechte zu liquidieren. Der Volksaufstand hat die Forderungen des palästinensischen Volkes wieder auf die Tagesordnung gesetzt und den Widerstand gegen die zionistische Besatzungspolitik auf eine neue Ebene gehoben. Damit deuten sich Veränderungen im Kräfteverhältnis in der arabischen Region an.

Die USA versuchen in diese Entwicklung durch eine Neuauflage der Camp-David-Politik zu intervenieren. Z.B. zeigen sich immer wieder Bemühungen, sogenannte palästinensische Vertreter außerhalb der PLO als Alternative zur PLO zu bestimmen, oder Jordanien an den Verhandlungstisch mit Israel zu bekommen.

Die grundlegenden Ziele in der US-Nah-Ost-Politik bleiben weiterhin bestehen: Aufsplitterung des arabischen Lagers, ungebrochene Unterstützung Israels, strikte Ablehnung eines souveränen, palästinensischen Staates, Spaltung und damit Schwächung bzw. Liquidierung der PLO. Das einzige, was qualitativ neu ist, ist die Bereitschaft der USA, sich mit der PLO zu offiziellen Gesprächen zu verabreden. Reagan betonte den Gesprächscharakter und legte Wert darauf, daß es kein Dialog und keine Verhandlung seien. Ein Zeichen für die Unverbindlichkeit, die er diesen Zusammentreffen beimißt. Die Schritte, die die USA nach Arafats Auftreten in Genf im Dezember 88 ankündigten, sind als taktisches Einschwenken auf die momentane Situation zu verstehen, die bestimmt wird durch die Stärke und ungebrochene Ausdauer der Intifada, ihrer internationalen Beachtung, und der wachsenden internationalen Anerkennung der PLO und der Isolierungstendenz gegenüber Israel im internationalen Rahmen. Zeichen dafür sind, daß inzwischen ca. 100 Staaten den palästinensischen Staat anerkannt haben, und in der UNO nur Israel und USA gegen die Verlegung der UNO-Sitzung nach Genf stimmten, um Arafats Auftritt zu ermöglichen.

Die USA zeigten im Anschluß an die Signalisierung ihrer Gesprächsbereitschaft auch gleich, wo ihr Hintertürchen sein wird, wenn die Gespräche nicht in ihrem Sinne verlaufen, d.h. die PLO nicht nach ihrer Pfeife tanzen wird: die PLO darf sich keine „Terroraktionen" zuschulden kommen lassen. Bei dem Terrorismusbegriff der USA ist klar, worauf das hinauslaufen soll: die PLO soll Schritt für Schritt zur Aufgabe ihrer politischen Ziele gezwungen werden.

Inzwischen hat das erste Treffen am 16.12.88 in Tunis zwischen Vertretern der PLO (eine Abordnung unter der Leitung von Yasser adb-Rabbu, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO und gleichzeitig 2. Generalsekretär der DFLP) und Vertretern der US-Regierung (Abordnung unter der Leitung des US-Botschafters in Tunesien, R.H. Pelletreau) stattgefunden. Es dauerte einen Tag. Einziger Gesprächspunkt war: Die USA wollen Beweise, daß die PLO dem „Terrorismus" wirklich abgeschworen hat, im Sinne eines allumfassenden Gewaltverzichts. Inhalte des zweiten Treffens waren Forderungen der USA an die PLO, eine Konföderation als Lösung zu akzeptieren und „moderate" Palästinenser in die zukünftige Exilregierung zu benennen.

Die EG

Die EG hatte im Juni 1980 in der Erklärung von Venedig während eines Gipfeltreffens ihre Grundpositionen gegenüber den palästinensischen Rechten und Forderungen festgelegt. Die wesentlichen Punkte sind:
— Bestärkung der Bedeutung der UN-Resolutionen 242 und 338
— Anerkennung des Existenzrechtes und des Rechtes auf Sicherheit für alle Staaten einschließlich Israel
— Gerechtigkeit für alle Völker, d.h. auch Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes (dies ist nicht weiter ausgeführt, Anm. d. Red.)
— Hinweis, daß das „Palästinenserproblem" (gemeint ist die Anerkennung der Palästinenser als Volk, Anm. d. Red.) nicht nur ein Flüchtlingsproblem ist, sondern im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung (nicht weiter erklärt, Anm. d. Red.) mit dem Ziel der Selbstbestimmung gerecht gelöst werden muß (nicht weiter ausgeführt, Anm. d. Red.)
— Einbeziehung der PLO in die Verhandlungen

— Bezeichnung der israelischen Siedlungen als völkerrechtlich ungesetzlich
— Appell an alle Parteien, auf Gewalt und Gewaltandrohung zu verzichten.

Bei diesen Worten blieb es im großen und ganzen bis heute. Effektive Schritte der EG im Interesse der PalästinenserInnen folgten nicht. Selbst bei der israelischen Libanoninvasion 1982 und den Massaker von Sabra und Shatila 1982 beschränkte sich die EG auf das Aufschieben eines Finanzabkommens mit Israel. Alle anderen Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfeleistungen wurden weitergeführt.

Dann folgte der PNC mit der palästinensischen Unabhängigkeitserklärung und der Ausrufung eines palästinensischen Staates. Die EG unternahm keine offiziellen Schritte in Richtung Anerkennung des Staates oder der PLO. Eine offizielle Reaktion sollte während des EG-Gipfels auf Rhodos im Dezember 88 abgestimmt werden. Auf diesem Gipfel wurde dann nur ein Positionspapier veröffentlicht, das sich sehr stark an die Erklärung von Venedig anlehnt; zu Fragen der Anerkennung des Staates, zu weiteren Schritten und Initiativen erfolgte kein Wort. Hauptpunkte des Papiers sind:
— den Beschlüssen von Algier wird besondere Bedeutung beigemessen
— die Anerkennung von 242 und 338 als Grundlage für eine internationale Friedenskonferenz wird begrüßt
— die EG ist befriedigt, daß der Terrorismus explizit verurteilt wird
— sie appelliert an alle, sich der Gewalt zu enthalten
— zum israelischen Vorgehen in der Westbank und im Ghazastreifen steht nur, daß die EG besorgt ist über die Verschlechterung der Situation.

Hinter dieser defensiven Politik stehen auf der einen Seite die Interessen der EG in der arabischen Region und auf der anderen Seite ihr Verhältnis zu den USA. Die EG hat ein starkes Interesse an der ökonomischen Durchdringung der arabischen Region. Diese Länder sind für sie wichtige Absatzmärkte und Investitionsgebiete als auch Lieferanten von Rohstoffen, besonders von Erdöl. Aber die USA lassen nicht zu, daß die EG zur Durchsetzung dieser Ziele und zur Verfestigung ihres Einflusses eigenständige politische Wege einschlägt. Es gab wiederholt Situationen, in denen die USA Druck auf die EG ausübten, sich zurückzuhalten (z.B. bei der Erdölpolitik) oder die US-Strategie zu unterstützen (z.B. Waffenlieferungen an Israel, Zusammenwirken bei den Luftangriffen auf Libyen 85).

Zur Umsetzung der wirtschaftlichen Bindung und Ausbeutung der arabischen Staaten ist die Befriedung der Region eine Vorausetzung. Dafür sind die europäischen Regierungen auch bereit, den PalästinenserInnen politische Zugeständnisse zu machen (z.B. Einbeziehung der PLO in Verhandlungen, Anerkennung der nationalen Rechte, s. Erklärung von Venedig 1980). Einige EG-Staaten verfolgen deshalb die Strategie, diejenigen Palästinenser zu gewinnen, die zu einer Kollaboration bereit sind. Die konkreten Konsequenzen dieser Politik (z.B. die Anerkennung des palästinensischen Staates, Veränderungen im Verhältnis zu Israel) sind innerhalb der EG umstritten. Außerdem verlautete, daß die EG ihre nächsten Schritte auch in dieser Frage eng mit den USA abstimmen werde.

Bisher hat kein einziges Land der EG die PLO oder den palästinensischen Staat anerkannt. Im Gegenteil, offizielle Stimmen sprechen offen gegen diese Anerkennung. Die EG hat sich nur vorgenommen, sich um die Vorbereitung einer internationalen Friedenskonferenz zu kümmern. Shamir hatte aber während nachfolgender Treffen und Gespräche ganz klar gesagt, daß er ein Engagement der EG nicht befürwortet, sondern nur die USA, die UDSSR und die UNO bei den Vorgesprächen helfen sollten. Den Wunsch der EG an die israelische Regierung, mit der PLO zu verhandeln, lehnte er eindeutig ab.

Israel

In den Wochen vor dem PNC und in den darauffolgenden Monaten eskalierte die Gewalt durch das israelische Militär in der Westbank, dem Ghazastreifen und in Jerusalem. Bis Anfang Dezember 88 waren 460 PalästinenserInnen bei Militäreinsätzen und durch Folterungen ermordet worden, mehrere 10.000 sind schwer verletzt. Der Dezember, der Monat nach dem PNC, war der Monat mit den meisten Opfern: 31 PalästinenserInnen wurden erschossen, mehrere Hundert schwer verletzt. Der neueste Befehl zur Ausweitung des Einsatzes von sogenannten Plastikgeschossen hat zu einem rapiden Anstieg der Anzahl von Ermordeten geführt. Die Bezeichnung dieser Geschosse als Plastikmunition ist der reinste Hohn. Es handelt sich um große, schwere Metallkugeln, die eine Plastikhaut haben, und zu ganz schweren weiträumigen Verletzungen führen. Bei jedem Schuß werden 20 Kugeln freigesetzt. Diese scharfe Munition darf nun von jedem beliebigen Soldaten in jeder Situation eingesetzt werden. Außerdem nehmen die Strafexpeditionen der Armee gegen den Widerstand noch härtere Formen an. So werden jetzt die Häuser von Familien auch in dem Fall gesprengt oder sonstwie zerstört, wenn einem oder einer aus der Familie vorgeworfen wird, Steine geworfen zu haben.

Neben diesen militärischen Schlägen führt die isarelische Besatzungsmacht einen regelrechten Wirtschaftskrieg gegen das palästinensische Volk. Diese Methoden sind so alt wie die Besatzung, werden aber gerade jetzt, wo die PalästinenserInnen dabei sind, ihre eigene Ökonomie zu stärken, um unabhängiger zu werden, besonders massiv eingesetzt. Besonders betroffen ist die Landwirtschaft als grundlegender ökonomischer Sektor für die PalästinenserInnen. Den Bauern wurde in einigen Regionen die Olivenernte verboten, mehrere Olivenpressen wurden geschlossen, Lastwagen beschlagnahmt, wochenlange Ausgangssperren während der Erntezeiten verhängt, Weizen- und Linsenfelder verbrannt, Nuß- Obst- und Olivenbäume zerstört. Dazu kommen wochenlange Ausgangssperren, die über Dörfer, Lager und Städte verhängt werden, und die einem Belagerungszustand gleichen, mit dem Ziel, die Bevölkerung durch eine Aushungerstrategie zur Aufgabe von Streikaktionen zu bewegen.

Nach dem PNC sprachen israelische Politiker klare Worte:

Der Likudblock unter Shamir lehnt eine internationale Friedenskonferenz wie oben erwähnt ab. Sein letzter Vorschlag beinhaltet in Anlehnung an Camp-David Lokalwahlen in Westbank und Ghazastreifen, „eine Art Automonie" für 3 Jahre, danach Konföderation der Gebiete mit Jordanien, wirtschaftliche Kooperation von Israel, Jordanien und dieses palästinensischen Verwaltungsgebietes.

Peres vertritt zwar nicht offen die Hardlinerlinie. Er ruft die Palästinenser als Zeichen ihres „guten Willens" dazu auf, die Waffen (er meint die Steine und Mollies) niederzulegen und eine Periode der Ruhe von der Dauer einiger Monate einzulegen. Auf dieser Grundlage könnten dann Wahlen stattfinden. Alles andere würde dann besprochen werden. Hinter beiden Fraktionen steht dasselbe Ansinnen: Keine Gespräche mit PLO, keine territorialen Zugeständnisse, keine Beendigung der Besatzung, stattdessen Bau neuer und Ausbau der bestehenden Siedlungen.

Die Politik von den USA und Israel, ihre Positionen und Forderungen zeugen eindeutig davon, daß sie keine Veränderung des Staus Quo wollen. Die EG hat klargemacht, daß sie nur im Einvernehmen mit den USA agiert.

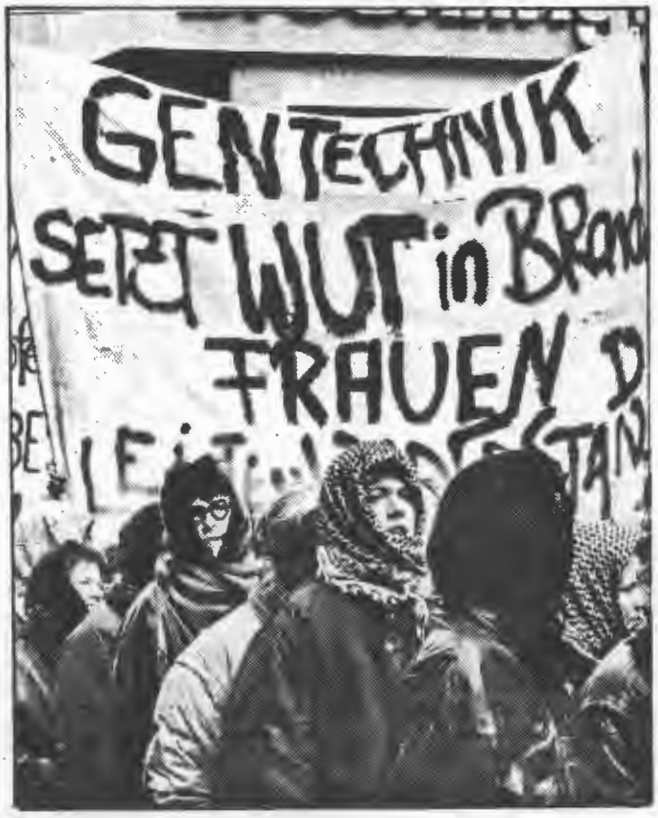
Der Versuch des israelischen Staates, die Intifada in die Knie zu zwingen, zeugt sowohl von dem faschistischen Charakter als auch von der Perspektivlosigkeit der israelischen Politik. Politisch steckt der zionistische Staat in der Sackgasse. Jeden Tag kann man es deutlich sehen: Das palästinensische Volk ist dabei, seine Unabhängigkeit Schritt für Schritt aufzubauen, der zionistische Staat verliert langsam, aber sicher an politischer und ökonomischer Substanz. ●

Prozeß gegen Ingrid Strobl eröffnet

Düsseldorf. Am 14.2.89 wurde vor der Staatschutzkammer des OLG Düsseldorf der Prozeß gegen Ingrid Strobl eröffnet. Kurz zur Erinnerung:
Ingrid wurde im Zuge einer bundesweiten Fahndungsaktion seitens BKA und BAW am 18.12.87 verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, den Wecker (Marke Emes Sonochron) gekauft zu haben, der bei einem Anschlag der RZ auf das Hauptverwaltungsgebäude der Lufthansa in Köln im Okt.86 als Zeitverzögerer gedient hatte. Daher lautet die gegen sie erhobene Anklage auf Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen/ Rote Zora und auf Beteiligung bei diesem Anschlag.
In ihrer Einlassung zum Haftprüfungstermin erklärte Ingrid, zwar einen Wecker Emes Sonochron für einen Freund gekauft zu haben, wies jedoch die Vorwürfe der Mitgliedschaft in RZ und Beteiligung an dem Anschlag von sich.
Den Namen des besagten Freundes gab sie nicht preis, um ihn und seinen Freundes- und Bekanntenkreis nicht den Klauen von BKA und BAW auszuliefern. Aus diesem Grund sitzt Ingrid bis jetzt im Knast - sozusagen in Beugehaft.

Solidaritätsdemo
Am Samstag, den 11.2.89 fand eine bundesweite Solidaritätsdemo in Essen statt, wohin Ingrid für den Prozeß verlegt worden ist. Diese Demo sollte Ingrid Mut und Kraft für ihren Prozeß in den Knast schicken, und eine Öffentlichkeit für den Prozeß schaffen. Aufgerufen wurde von einem politisch sehr breiten Bündnis. Als am 1.2.89 die Gefangenen aus RAF und Widerstand in den Hungerstreik traten wurde von dem Bündnis die Forderung nach "Zusammenlegung - jetzt" als zentrale Forderung aufgegriffen.
1o ooo Menschen demonstrierten in Essen sowohl für "Freiheit für Ingrid", "Weg mit dem §129a" als auch für "Zusammenlegung - jetzt". Da über den Hungerstreik der Gefangenen faktisch eine Nachrichtensperre verhängt ist, schwiegen die Medien diese Forderung als Bestandteil der Demo tot, sofern sie nicht insgesamt die Demo der Nachrichtensperre unterwarfen.

14.2. - erster Prozeßtag
Ingrid griff in einer Erklärung die Gesinnungsjustiz an, zementiert durch den §129a und schlug die Verbindung zu ihrem "Fall". Am Ende der Erklärung bekundete sie ihre Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen aus RAF und Widerstand. Von den Zuhörerinnen kam lautstarker Beifall. Daraufhin ließ der Vorsitzende Richter Arend den Saal räumen. Die Räumung verlief sehr brutal, dabei wurde offenkundig, das ca.4o Bullen in zivil im Zuhörerinnen-Raum plaziert waren.



Politische Prozesse

15.2. - zweiter Prozeßtag
Zu Beginn gab die BAW eine Stellungnahme zu Ingrids Angriff auf die Gesinnungsjustiz ab: Unsachlich und polemisch sei die Erklärung gewesen.Ingrid Anwältin und Anwalt steckten das juristische Terrain ihrer Verteidigung ab:
1. die BAW unterstellt, Ingrid habe den Wecker in Kenntnis seines Verwendungszweckes gekauft. Dies ist nichts als reine Unterstellung, da die BAW kinerlei Beweise hat.
2. Es ist überhaupt nicht nachgewiesen, das der von Ingrid gekaufte Wecker das "corpus delicti" ist, da die Verkäuferin des Weckers den Verkauf nach BAW Anweisung registriert hatte. Sie hatte nämlich ein Etikett mit Registriernummer vom Wecker abziehen und zu einer schriftlichen Beschreibung der Käuferin kleben müssen.Dieses Etikett ist bislang nirgends aufgetraucht: Es existiert lediglich ein zerknüllter Zettel, auf dem die Registriernummer handschriftlich fixiert wurde. Von dem Menschen der diesen Zettel beschriftet hat, findet sich kein Vernehmungsprotokoll in den Akten.
3. Die BAW behauptet, die RZ würden nur unter strengster Abschottung arbeiten, so daß eine, die z.B. Anschlagszubehör kauft, auch folgerichtig Mitglied sein muß. Dazu wollen Anwältin und Anwalt aus voran gegangenen RZ Urteilen verlesen, in denen die Richter zu genau gegenteiliger Auffassung gelangten.
Um Ingrids Persönlichkeit näher zu beleuchten, sprich ihre politische Gesinnung zum Thema zu machen, wurden alte "Emma" Artikel verlesen. Zu einem Artikel gab es wieder lautstarken Applaus von den Zuhörerinnen. Daraufhin drohte Richter Arend: Sollte es nochmals zu solchen Störungen kommen, werde er veranlassen, daß einzelne Täterinnen herausgegrifen werden und gegen sie Ordnungshaft verhängt wird. Eine Anordnung, die sogar auch Seiten der PressevertreterInnen auf Ablehnung und Unverständnis gestossen ist.
Prozeßtermine:
1./2.;7./8.;14./15.;28.März
4./5.April
OLG Düsseldorf, Caecilienallee
Besuchskoordination:
Unterstützerinnen-Gruppe
o221-518031
Spendenkonto P.Neff, PSA Köln
BLZ 37o 1oo 5o
Kt.Nr. 23481-506
Zum Prozeß gibt es eine wöchentlich erscheinende Zeitung:
CLOCKWORK 129a
Einzelpreis o,2o DM, in Buchläden oder über Katja Leyrer, c/o Konkret, Osterstr. 124, 2ooo Hamburg 2o
Außerdem eine zweiwöchentliche erscheinende Zeitung der Kölner Unterstützerinnen Gruppe:
NICHT ZU FASSEN
Einzelpreis: 2 DM, im BBA Laden erhältlich.

Fritz Storim zu Haft verurteilt
Hamburg. Fritz Storim wurde vorgeworfen, eine "Vereinigung unterstützt zu haben, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, unter anderem Mord, Menschenraub, Geiselnahme und Sprengstoffverbrechen zu begehen."(aus der Anklageschrift.)
Dies alles soll Fritz durch die angeblich "maßgebliche Beteiligung an der Herstellung und Verbreitung der in Hamburg herausgegebenen periodischen Druckschrift SABOT-HAMBURGER-INFOSAMMLUNG."
Konkret gemeint ist der Abdruck eines Redebeitrags vom damaligen "antiimperialistischen Plenums" auf der Mobilisierungsveranstaltung zum TagX zur Durchsetzung der Hafenstraße.
Dieser Prozeß setzt eine Reihe von Prozessen dieser Art fort - Ende der 7oger Jahre gegen die AGIT-Drucker in der Berlin, FANTASIA Druck in Stuttgart..die Kriminalisierung etlicher linker Zeitungen, am bekanntesten ist wohl die der RADIKAL.
Aber der Prozeß ist noch mehr: Er soll auch ganz persönlich und konkret Fritz treffen, der seit langem in der Anti-AKW, Häuserkampf, Anti-IWF und Hafenstraßenarbeit aktiv ist. Die Geschichte der Kämpfe und des Widerstands, die sich auch in Erzählungen an Jüngere verkörpert, soll zerstört werden.
Der Prozeß in Hamburg fand in einer Phase statt, in der in der Hafenstrasse, im Schanzenviertel, in der Prozeßarbeit mit Ingrid und Ulla und im Entstehen einer breiten Kampagne für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen viele verschiedenen Gruppen und Strömungen endlich wieder eine gemeinsame, kämpferische Linie gefunden haben. So war der Prozeß auch wieder ein Kristallisationspunkt der linken Bewegung in Hamburg: Jeder Prozeßtag war von einer Demo begleitet, die Petrikirche in der Nähe des Landgerichts wurde besetzt, es gab eine Besetzung der Hamburger Bürgerscaft. Nie zuvor, so mußte der Richter eingestehen, sei ein Gericht unter so massiven öffentlichen Druck geraten.
Stinkbomben, Parolen, Transparente behinderten mehr als einmal die schmierige Arbeit der Justiz, die Öffentlichkeit wurde fast permanent aus dem Prozeß ausgeschlossen.
Das bei all den Aktionen das Gericht dennoch ein so zynisches, hohes Urteil ausprach, kann nur als Indiz für die Haltung von Senat und Justiz gesehen werden, jetzt mit dem linken Widerstand in der Stadt aufräumen zu wollen.

Claudia und Wolle in Berliner U-Haft
West-Berlin. Seit dem 16.Dezember 88 sitzen Claudia und Wolle in den Berliner Knästen Plötzensee und Moabit ein.Ihnen wir die "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (§129) vorgeworfen. Angefangen hatte das Ganze im Dezember 88 mit einem Tip des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) an den polizeilichen Staatsschutz: In einem Keller in der Lübbenstr.12 in Kreuzberg befinde sich ein "konspiratives Lager von Linksextremisten". Am 15.12.88. überreichten Beamte des LfV dem Staatsschutz 3 Kisten, die in besagtem Keller unter den Kohlen versteckt gewesen sein sollen. Darin befanden sich Werkzeuge, elektronisches Material, Kabel, natürlich auch Reisewecker, etwas Unkraut-Ex, zwei Funkgeräte sowie ein Buch zur Stadtguerilla. Am nächsten Morgen stürmten Polizei, Staatsschutz und SEK die Wohnungen von Claudia und Wolle und nahmen beide fest.
Nachdem gegen beide zunächst wegen 129a ermittelt wurde, lautete später der Haftbefehl "nur" noch auf 129. Die Gründe für die Herabstufung des Verfahrens -in einer Zeit, in der nahezu jeder Eierdieb nach 129a verurteilt wird- sind bisher noch nicht eindeutig nachvollziehbar.
Die bisher vorgebrachten Beweise gegen Wolle und Claudia erscheinen ziemlich dünn. Zum einen wird behauptet, es existiere ein Video, das Wolle und Claudia mit einem Rucksack bewaffnet beim Betreten des Hauses Lübbenstr.12 zeigt. Zum anderen gibt es die Aussage eines Verfassungsschutz Spitzel: Eberhard Benzing alias Schumacher. Er behauptet, daß Claudia auf Anfrage den Schlüssel zu seinem Keller in der Lübbenstraße zur Mitbenutzung bekommen habe. Er habe weder Wolle noch Claudia in diesem Keller jemals gesehen, aber dafür später die drei Kisten unter den Kohlen entdeckt.-
Der Staatsschutz behauptet die in den Kisten gefundenen Materialien seien identisch mit den von den Amazonen benutzten Zündern.
Die Amazonen hatten im September 87 einen Brandsatz bei der Berliner Filia Adler gezündet. Damals gab es im gesamten Bundesgebiet -aus Anlaß eines Streik von bei Adler beschäftigten Frauen in Korea- eine Fülle von Anschlägen, die das Image von Adler so ramponierten, daß die Geschäftleitung die Forderungen der streikenden Frauen erfüllen mußte.
Weitere Aktionen der Amazonen in Berlin folgten, gegen Sextourismus: Anschläge auf Neckermann Reisebüros, Sexshops, auf eine Karstadt-Filiale. Der Verfassungsschutz Spitzel Eberhard Schumacher/Benzing bewegte sich seit 5 Jahren in der Kreuzberger Szene. Er ist über Aktivitäten am Rande der Friedensbewegung und im Westberliner Unabhängigen Plenum in die autonome Szene gekommen und war bis zu seinem abtauchen am 15.Dez.88 im Szene-Treffpunkt "Schwemme" aktiv. Er machte nicht einmal den Eindruck, er sei ein Einzelgänger, hatte aber, wie sich später herausstellte, zu

niemanden in der Szene eine intensive Beziehung. Er ließ seine politische Motivation vage und hielt sich mit politischen Äußerungen und Meinungen zu Ereignissen zurück.
Wenn es um funktionale Sachen ging, erwies er sich als sehr zuverlässig. Dadurch entstand ein Vertrauen, das sowohl politisch als auch persönlich nicht genug hinterfragt wurde.
Einem Hinweis aus der Weddinger Szene, man habe ihn vor Jahren wiederholt in Polizeiuniform gesehen, wurde aus unerfindlichen Gründen leider nicht nachgegangen.
Mittlerweile ist bestätigt, daß Eberhard Benzing als Polizeihauptmeister in den Akten geführt wird. Seine Dienststelle war jedoch das LfV, das könnte seine Aussage möglicherweise zum kippen bringen. Denn offiziell ist seit dem Auflösen der Gestapo nach dem Faschismus eine konsequente Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten vorgesehen.
Durch die Herabstufung des Verfahrens auf §129 sind Wolle und Claudia nun nicht mehr den typischen 129a Schikanen, wie Trennscheibe, Leserichter für Post und Anstaltskleidung unterworfen. Die U-Haftbedingungen sind trotzdem brutal genug: 23 Stunden Einschluß, 3o Minuten Besuch alle zwei Wochen, Post- Pressezensur.
Trotz alledem geht es den beiden gut, beide haben viel Power. Am 8.2. 89 fand mittlerweile die 3.Knastkundgebung für die beiden und für alle Gefangenen statt. Neben Musik, Redebeiträgen und verlesen der Hungerstreikerklärung war auch eine Ton-Dia Show vorbereitet: Mit zwei LKWs (für Projektor und Leinwand) wurde über die Mauern hinweg gezeigt, was so an Aktionen, Demos u.ä. los war in der Stadt. Die Bullen griffen erst spät ein. (Auflage für Knastkundgebungen: Die Kommunikation zwischen Drinnen und Draußen ist untersagt)

13 Kurden und Kurdinnen in Isolationshaft

BRD. Seit Februar 1988 sitzen 13 GenossInnen von Feyka Kurdistan in der BRD in Isolationshaft. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen sie und weitere GenossInnen wegen Mitgliedschaft in, bzw. Unterstützung einer teroristischen Vereinigung nach 129a. Die BAW stützt ihre Ermittlungen auf eine Konstruktion, derzufolge es innerhalb der Kurdischen Arbeiterpartei PKK eine besondere Abteilung für Parteisicherheit und Nachrichtendienst gäbe. Aus dieser Abteilung heraus sollen angebliche Bestrafungsaktionen geplant und ausgeführt worden sein.
Gegen alle 15 kurdischen Gefangenen hat der Ermittlungsrichter ein 15-Punkte Haftstatut verhängt. D.h. totale Isolation von allen anderen Gefangenen, Ausstattung der Fenster mit Fliegendraht bzw. Lochblech, Einzelhofgang, keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, Leibesvisitation. Von Anfang Dezember bis Ende Januar waren die kurdischen Männer und Frauen im Hungerstreik, um die Haftbedingungen zu verbessern. Die BAW machte Ende Januar einige Zugeständnisse, so dürfen die Gefangenen mittlerweile einen türkischen Sender empfangen und einige türkische Zeitungen erhalten. Die Totalisolation besteht allerdings fort.
Über die Hintergründe der Ak-tion gegen die kurdische Linke, über die Zusammenarbeit zwischen Rebmann und der türkischen Dikatur werden wir in unserer nächsten Ausgabe berichten. Außerdem werden wir eine Chronologie der Verfolgung der Feyka-Kurdistan und Nachrichten von den Gefangenen veröffentlich.

4 Duisburger GenossInnen in Isolationshaft.

Die Verhaftungen

Am 13./14.August 86 wurden Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene nach mehreren Hausdurchsuchungen verhaftet. Begründet wurden die Hausdurchsuchungen zunächst mit dem Verdacht auf Beteiligung zweier Leute an dem Brandanschlag auf eine RWE Beratungsstelle in Duisburg. Die Festnahmen erfolgten zwei Stunden, bzw. einen Tag nach den Durchsuchungen wegen Verdachts auf Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf die BGS Kaserne in Zwistal-Heimerzheim, sowie Planung eines Anschlags auf die US-Botschaft in Bonn, Beteiligung an einem Anschlag auf das Frauenhofer Institut, außerdem Bildung einer "Terroristischen Vereinigung" und Mitgliedschaft in der Raf als sog. "illegale Militante."
Am 11.3.87 wurde Thomas Richter mit dem Tatvorwurf des Ausspähens des Frauenhofer Instituts und der Mitgliedschaft in der RAF verhaftet.
Juristisch beruht die Anklage auf bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Matreial, u.a. der fotokopierten Erklärung zum Anschlag auf die BGS Kaserne. Weiterhin verwendete die Anklage zweifelhafte Aussagen von Zeugen und "Erkenntnisse" über die Gesinnung der Gefangenen, die sich auf Besuche und Briefkontakte bei/mit der RAF Gefangenen Sieglinde Hofmann

Wer sich umdreht oder lacht wird zum Terrorist gemacht

Kurt Rebmann

gründeten.
Nach den Verhaftungen gab es breite Solidaritätsaktionen, getragen von persönlichen Kontakten und politischen Zusammenhängen: Mehrere Demonstrationen zu den Knästen, Transparentaktionen, Veranstaltungen mit ca. 3oo Leuten. Unterstützt von verschiedenen Gruppen im Ruhrgebiet: u.a. vom BWK, Volksfront, KPD und der Vollversammlung des Oberhausener Kollegs ein Flugblatt von Norberts Betriebskollegen gegen seine Entlassung aus dem Betrieb, gegen Isolationshaft und für die Freilassung der Duisburger Gefangenen, Verabschiedung einer Resolution der Landeskonferenz NRW der BIs gegen Atomkraftwerke.

Politische Bedeutung der Verhaftungen

Die Verhaftungen in Duisburg zielten auf eine relativ "junge scene", die sich noch am Anfang ihrer Entwicklung befand. Im Juni 86, also kurz vor den Verhaftungen, war der Infoladen "Zünd stoff" von verschiedenen Gruppen eröffnet worden. Ziel des Ladens war ein offensiveres Verbreiten von Materialien über revolutionären Wider stand, gemeinsame Diskussionen und Organisierung von kollektiven Strukturen, das Entwickeln einer politischen Position, die in unversöhnlichen Gegensatz zum herrschenden Apparat steht.
Beim Hungerstreik der politischen Gefangenen aus der RAF 84/85 hatten viele zum erstenmal angefangen, offen über die Kämpfe der RAF zu sprechen, die Perspektive revolutionären Widerstands auf die eigene Arbeit in der Stadt zu beziehen. Diskussionen zusammenzubringen.
So wurde aus dem Kontakt mit Siglinde heraus eine Diskussion mit ihr über den US Angriff auf Libyen geführt, was am Ende zu einer "öffentlichen" Diskussion innerhalb des Ladens führte.
Mit den Verhaftungen sollte diese Entwicklung, die Auseiandersetzung über die Politik und Praxis der Guerilla mit den Gefangenen zerstört werden.

Das Konstrukt Gesamt-Raf

Um eine juristische Legitimation für die Kriminalisierung von radikalem Widerstand zu haben, wurde das Konstrukt der "Gesamt-RAF" entwickelt. Dieses Konstrukt der Bundesanwaltschaft (BAW) baut sich auf 4 Ebenen auf. Es geht von einer "Befehlsstruktur" aus, an deren Spitze die Guerilla (1.Ebene) und die RAF im Knast (2.Ebene) stehen. Diese geben demnach "Instruktionen" an die "illegalen Militanten" (3.Ebene). Die 4.Ebene soll dann das "Umfeld" sein, das mit logistischen Aufgaben (z.B. Wohnungssuche und Infobeschaffung Öffentlichkeitsarbeit etc.) "beauftragt " ist.

Die BAW schafft sich so ein Raster, mit dem sie beliebig viele Menschen aus dem "legalen Widerstand" nach bestimmten Merkmalen als Mitglieder einer"terroristischen Vereinigung" verurteilen können. Diese pemanente Drohung wird in Duisburg jetzt gegen eine Genossin konkret, die BAW ermittelt nach 129a gegen sie als angeblich weiteres Mitglied der "Terroristischen Vereinigung", der auch die anderen 4 Gefangenen angehören sollen. Dabei gilt als Beweis ihr Briefkotakt mit den Gefangenen.

Im Prozeß gegen die 4 wurden vom Vorsitzenden Richter Arend die unglaubwürdigsten Zeugenaussagen benutzt, um die Konstrukte der BAW zu "beweisen".
Um für das Verfahren überhaupt Zeugen aufzutreiben, ließ die BAW im Raum Aachen und Heimerzheim ein Mehrfarbplakat mit dem VW Bus von Norbert und Bärbel aufhängen, auf dem deutlich das Kennzeichen zu sehen ist. Wer sich profilieren oder Geld verdienen wollte, konnte somit vor Gericht sehr genaue Aussagen machen.
Dennoch kam keine wirklich relevante Aussage zustande. Ein Zeuge beschwerte sich bei seiner Vernehmung, er habe den Eindruck, man wolle ihn dazu drängen, bestimmte Aussagen zu machen. Auch bei der vedeckten Gegenüberstellung sei ihm immer wieder nahegelegt worden, eine bestimmte Person "wiederzuerkennen".
Eine Hauptbelastungszeugin gegen Tho -mas R dagegen gab immer wieder neue, andere Personenbeschreibungen ab. Als sie während der Hauptverhandlung gefragt wurde, ob sie Thomas R wiedererkenne, zeigte sie auf Norbert.
Der daraufhin gestellte Antrag auf Auf-hebung des Haftbefehls wurde von Arend mit der Bemerkung abgeschmettert, die Zeugin habe den richtigen ja schon bei der verdeckten Gegenüber-stellung erkannt. In Wirklichkeit hatte sie zweimal auf Beamte gezeigt. Als die Veteidigung für alle Tage, bis auf einen, an denen die Zeugin Thomas R. gesehen haben will, die Bestätigung des Arbeitgebers vorlegen konnte, das Thomas auf der Arbeit gewesen war - ließ Arend die "Hauptbelastungszeugin" vereidigen.

Eindrücke vom Prozeß

Aus einem Brief von Norbert:
"..ja und dann der erste tag. ich kann es kaum beschreiben, was das für ein gefühl war. als wir unsere stimmen unten im keller zum erstenmal wieder hörten, noch ganz dünn, weit weg, wir hockten da ja einzeln in unseren betonlöchern. und dann wurden wir nacheinander in handschellen hoch geführt, ich zuletzt, und jedesmal wenn eine hochging, habe ich gehört wie die tür aufging, klatschen, rufen eine tolle stimmung und dann weiß ich nur noch, wie ich da reinging, die hände noch am rücken, da stürmte die bärbel auf mich zu, eine riesige umarmung. sie haben sie dann weggezerrt wie sie es geschafft hat überahupt zwischen diesen vielen grünen durchzukommen, weiß ich selber nicht. die beiden thomas konnte ich später erst richtig umamen, weil ja am anfang noch b. zwischen uns saßen. die aber dann nach antrag, beratung etc. wegekommen sind, und jetzt hinter uns bzw. rechts und links außen sitzen. ....so ähnlich ist die stimmung insgesamt, das olg arend kündigt des öfteren an, leute rauszuschmeißen, weil sie grinsen oder was weiß ich, auch uns vier will er ab und zu ausschließen. z.b. jetzt am vorletzten tag, wo viele da waren, es war fast voll, lag es von anfang an in der luft. als wir dann zur mittagspause runtergegangen sind, gab es daruben einen SEK einsatz, einige wurden kurz festgenommen, und einer hat 5 tage ordnungshaft gekriegt. er hätte einen b. beleidigt oder ähnlichews.
er war an diesem tag mit einem bus und vielen leuten aus der bi gekommen. er war dann auch unten in dem kellerloch.
am ersten tag, eigentlich die ersten drei tage, da war alles zu viel, das ich mir gar nicht alle gesichter merken konnte, es war voll, und das war total gut, wie sie beim rausgehen gerufen haben, wo sie herkommen.
also wir sind da ganz begeistert von der stimmung. freuen uns und es drückt wirklich viel von verbundenheit ..ich denke es ist vielen klar, daß sie genauso gut an unserer stelle sitzen könnten. jetzt sind es nicht mehr so viele, und dadurch kriegen wir mit, wo sie herkommen. es sind meist gruppen aus verschiedenen städten und dann immer leute aus duisburg und umgebung. auch viele jüngere und auch z.b. einige leute aus der kita von flo, oder thomas thönes mutter, die oft kommt..."

Im Laufe des Prozeß war es uns immer wieder ein Bedürfnis, uns gegen die Bedingungen im Prozeßbunker durchzusetzen. So hatten wir es durch eine starke Mobilisierung am Prozeßbeginn erreicht, daß wir uns von den Gefangenen verabschieden und einige Sätze wechseln konnten, obwohl das der Vorsitzende Richter Arend mit der Androhung von Ordnungshaft verhindern wollte. Als die Gefangenen Erklärungen halten wollten, war es vielen wichtig, die Erklärungen -die ja an uns gerichtet sind- zu beantworten, aufzugreifen, zu einer gemeinsamen Power zu machen. Nach Norberts und Bärbels Erklärung haben wir geklatscht und die Parole gerufen: "Kennt ihr das Feuer der Revolution - in unserem Herzen brennt es schon".
Es war ein gutes Gefühl, daß, wenn wir zusammen stehen, wir auch in solchen von Bullen total kontrollierten Räumen Möglichkeiten haben. Und am letzten Termin vor der Urteilsverkündung haben wir das alte Scherben

Lied gesungen: Wieviele sind hinter Gittern, die die Freiheit wollen... und die Parole "Drinnen und draußen, eine Bewegung, Einheit im Kampf um Zusammenlegung" gebrüllt
Wir haben ~~es geschafft zwei Strophen~~ vom Lied zu singen, erst dann haben sie uns rausgedrängt. Wir sind in festen Ketten rausgegangen, so daß niemand rausgegriffen werden konnte und haben eine Demo durch Düsseldorf gemacht. Da haben wir die Fassungslosigkeit darüber, daß die Gefangenen jetzt ersteinmal die nächsten Jahre isoliert im Knast sitzen werden, die ganze Wut und Trauer aus dem Bauch gebrüllt.
Auf zu neuen Ufern.

Urteilsverkündung
Am 2o.12.88 war dann die Urteilsverkündung. Norbert haben sie zu 1o Jahren, Bärbel und Thomas Th. zu je 9 Jahren und Thomas Richter zu 4 Jahren Knast verurteilt. Zusätzlich für alle 4 nach der Haft 5 Jahre Führungsaufsicht.
Führungsaufsicht bedeutet, daß jeder Ortswechsel, jedes kurze wegfahren bei den Bullen beantragt werden muß. Das es verboten ist, zu Männern und Frauen, gegen die wegen 129a ermittelt oder nach 129a verurteilt worden sind, kontakt aufzunehmen, und das sie sich einmal die Woche bei dem zuständigen Bezirksrevier melden müssen.
Das bedeutet dann z.B. auch, das die 4 untereinander nicht in Kontakt treten dürfen, da sie alle nach 129a verurteilt wurden. Führungsaufsicht ist also nichts anderes, als der Versuch die Isolation auch über die Knastzeit hinaus auszudehnen.
In der Begründung des Urteils war noch auffällig, daß die angebliche Beteiligung an den Anschlägen ziemlich wenig Raum einnahm.
An den unterschiedlichen Haftstrafen von Norbert, Bärbel, Thomas Th. und Thomas R. versucht die BAW nochmals die 4 voneinander zu spalten. Während sie bei den ersten dreien aufgrund der Erklärungen und des Briefkontaktes das fortbestehen der Mitgliedschaft in der RAF begründen, haben sie bei Thomas R. ein festhalten an seine politische Identität nicht durch Briefe und Erklärungen belegen können. Sie haben im Gegenteil versucht, darüber das Thomas keine Erklärung gehalten hat ihm eine Distanzierung zu unterstellen. Doch das ist ihnen nicht gelungen.

Thomas Th., Bärbel und Norbert befinden sich wie mind.43 politische Gefangene in der BRD seit dem 1.2. im Hungerstreik (bzw. beteiligen sich an dem Konzept, das die Gefangenen in ihrer Stellungnahme zum Hungerstreik erklärt haben.)
Schreibt den vieren aus Duisburg:
Bärbel Perau,
Thomas Thoene,
Norbert Hofmeister,
Thomas Richter
über
OLG Düsseldorf
Cecilienallee 3
4ooo Düsseldorf 3o

"Schnellprozeß" gegen Ali, Michi und Bernhard
Frankfurt. Am 1.3. wurden Ali, Michi und Bernhard aus Frankfurt verhaftet. Sie werden beschuldigt, einen Brandanschlag auf die Renault-Niederlassung in Friedrichsdorf (Nordhessen) begangen zu haben. Zu diesem Anschlag gab es seinerzeit eine Erklärung, die den Anschlag mit der Solidarität zum Hungerstreik der Gefangenen aus action directe in Frankreich begründete. Die Gefangenen von ad befanden sich damals seit dem 1.12.87 im Hungerstreik für Zusammenlegung. Sie wurden teilweise auf Bahren in den Gerichtssaal zu den Verhandlungen gekarrt.
Der Prozeß gegen Ali, Michi und Bernhard läuft seit dem 24.1.89 vor dem OLG Frankfurt, ohne das eine breitere Öffentlichkeit außerhalb Frankfurts ihn zur Kenntnis nehmen würde. Neben diesem Brandanschlag wird ihnen die Mitgliedschaft in einer angeblichen Vereinigung "für den Kommunismus" vorgeworfen, die allerdings so namentlich nie in Erscheinung getreten ist
Die drei forderten am 1.Prozeßtag ihre Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus RAF und Widerstand und schlossen sich dem laufenden Hungerstreik am 2.2.89 an.
Der Prozeß wird durchschnittlich von 4o-1oo Leuten besucht. Als am Dienstag den 14.2. ein französischer Anwalt der AD Gefangenen Beweisanträge zu deren Haftsituation und der Notwendigkeit der Unterstützung stellte, ließ es sich der Richter schließlich nicht nehmen, im Anschluß den Verhandlungssaal zu räumen. Die Beweisanträge auf die Lebensgefahr der AD Gefangenen unterstellte er als wahr.
Der Prozeß wird in Kürze bereits zu Ende gehen. Das Urteil ist für Anfang März zu erwarten.

Die Hamburger Hafenstraße als Investitionsbremse? Aus den Protokollen einer Unternehmertagung

»ZUKUNFTSSTANDORT Küste – Viel mehr als Meer« – unter diesem Motto tagten am 31. August 1988 1300 Manager und Verbandsfunktionäre in Hamburg, um über die Überwindung des in den siebziger Jahren entstandenen Süd-Nord-Gefälles der bundesdeutschen Wirtschafts- und Einkommensentwicklung zu beraten. Ausgegangen war die Initiative von Eckart van Hooven, dem »Nordlicht« im Vorstand der Deutschen Bank AG, die Spitzenverbände der Unternehmer hatten ihre Unterstützung zugesagt und ihre Präsidenten als Hauptredner geschickt. Als formeller Veranstalter trat die Hamburger Handelskammer auf.

Die Tagung war mehr als eine überdimensional angelegte PR-Show. Knapp die Hälfte des bundesdeutschen Spitzenmanagements und die Vorstandssprecher sämtlicher in Hamburg beziehungsweise Norddeutschland aktiven Großkonzerne waren dem Ruf gefolgt, ihren Beitrag für eine neue unternehmerische »Aufbruchstimmung« zu leisten. Statt zweckoptimistischer Höflichkeiten beherrschten handfeste Forderungskataloge die Mehrzahl der Referate und Diskussionsbeiträge. Dies wurde unmittelbar nach der Begrüßungsrede des Hamburger Ersten Bürgermeisters Henning Vorscherau deutlich, als Tyll Necker, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, das Wort ergriff. Die »unzureichende Wirtschaftsdynamik im Norden« fordere zu einer neuen Unternehmerinitiative heraus, zumal der 1992 Wirklichkeit werdende EG-Binnenmarkt dazu zwinge, regionale Disparitäten umgehend abzubauen.

Im folgenden dokumentieren wir die wichtigsten Rede- und Diskussionspassagen der Managerkonferenz über die Hamburger Hafenstraße. Sie sind unter zwei Gesichtspunkten von einer gewissen Bedeutung. Einmal machen sie verständlich, warum der in Hamburg herrschende rechtsextreme Flügel der Sozialdemokratie mit einer schon ans Pathologische grenzenden Obsessivität an seiner tabula rasa-Linie gegenüber der Hausbesetzerenklave festhält und in wessen Auftrag er dabei zu handeln meint. Die Zitate präsentieren uns die heutigen Unternehmer aber auch als ein überaus scheues Wild, dem selbst in Situationen fast unbeschränkter Hege der Schreck in die Glieder fährt, bloß weil ein am Rand des Wildwechsels kampierender kleiner Maulwurfsstamm die frohe Botschaft vom Ende der letzten Nachhutgefechte proletarischer Selbstbestimmungsbestrebungen noch nicht empfangen hat. ➔

Auszüge aus dem Unternehmerforum »Der Norden als Zukunftsstandort«

Aus dem Vortrag des BDI-Präsidenten Tyll Necker: »Wenn Hamburg das weltweite Symbol dieser Stadt - den Hafen - mit der Hafenstraße zum Synonym für Chaos verkommen läßt, so ist der Schaden für die Wirtschaft, die Investitionen und die Arbeitsplätze nicht meßbar, aber beträchtlich. Mit Symbolen darf man nicht leichtfertig umgehen.

Schon vor längerer Zeit habe ich mal den Vorschlag gemacht, wenigstens den Namen der Hafenstraße zu ändern, wenn schon die Änderung der Zustände über die Kräfte der verantwortlichen Politiker gehen sollte.«

Werner Niefer, stellvertretender Vorstandsvorsitzer der Daimler-Benz AG: »Bevor ich nach Hamburg gereist bin, habe ich einige Freunde in Baden-Württemberg gefragt: ›Sagt mal, warum geht Ihr eigentlich nicht nach Hamburg? Ihr habt Geld, Ihr habt das Problem, daß Ihr fast keine qualifizierten Kräfte bekommt.‹ Und dann war für mich ganz überraschend die Antwort: ›Wir gehen doch nicht nach Hamburg, die werden doch nicht einmal mit ihrer Hafenstraße fertig.‹ So einfach ist das zum Teil. Natürlich sind da Emotionen im Spiel, aber so sieht es bei uns unten in Süddeutschland manch einfacher kleiner Mittelständler. Ich bin auch ganz sicher, daß viele von ihnen nachgezogen wären, als das Haus Daimler-Benz das große Engagement eingegangen ist, wenn sie nicht einfach Ressentiments gehabt hätten. Bekanntlich ist es ja so, daß die da unten, bevor sie etwas machen, sich dieses mehrmals überlegen.«

Hellmut Kruse, Vorstandsvorsitzer der Beiersdorf AG: »Als Hamburger beeindruckt mich bei dem Thema Hafenstraße, wie es eben noch einmal angesprochen wurde, daß es nicht etwas ist, was in der Öffentlichkeit überwiegend kritisch betrachtet wird und was irgendwie auf Hamburg im allgemeinen negative Auswirkungen hat, sondern daß es - wie es von Stimmen aus Baden-Württemberg gesagt worden ist - ganz konkret die Investitionsbereitschaft lähmt und daß es auch bei Entscheidungsträgern wie mittelständischen Unternehmen, die normalerweise bereit wären, hierherzukommen, einfach einen Stellenwert hat, der weit über den Anlaß hinausgeht. Ich hoffe, dieses Symposium wird dazu beitragen, den politischen Instanzen klarzumachen, daß die Hafenstraße keine Sache ist, bei der man sich in idealistischen Vorstellungen ergehen kann, ob irgendwo doch ein alternatives Wohnmodell zu verwirklichen ist, sondern bei der man erkennen muß: So etwas kann man einfach nicht an einem so zentralen Punkt ausexerzieren, das kann man vielleicht am Ende der Welt machen. Hier steht die wirtschaftliche Zukunft des Platzes Hamburg und der ganzen norddeutschen Region zur Frage. Daher sollte die Hoffnung noch größer werden, daß dieses Thema in Zukunft anders angefaßt wird, als es jedenfalls unter der vergangenen Hamburger Regierung behandelt worden ist.«

Hermann Krämer, Vorstandsvorsitzer der Preußen Elektra AG: »Zum Klima ist, glaube ich, hinreichend etwas gesagt worden. Aber ich möchte auch noch einmal unterstreichen, es macht sich schlecht für eine Region, wenn man jedenfalls in der Bundesrepublik nicht nur über Monate, inzwischen über Jahre entweder vom Georgswerder Berg oder von Stolzenberg oder von Brokdorf oder von der Hafenstraße berichtet. Denn dies sind ja nun wirklich nicht die Dinge, die den Norden ausmachen. Aber darüber ist ja nun genug gesagt worden. Vielleicht könnte man noch ergänzen, daß die Presse ein wenig Zurückhaltung üben könnte.«

Adressen

AIDS Hilfe Bremen
Friedrich Karl 2oa, 444947
Anonyme Alkoholiker Tel.454585
Frauenhaus - Tel.349573
Graue Panther Bremen - Tel.470311
Lesben Telefon 76244 (Fr.2o-22h)
Notruf für vergewaltigte Frauen Tel.7o1717
Rat und Tat Zentrum f. Homosexuelle Tel.7o417o
Frauengesundheitszentrum Tel.340090
Frauen lernen gemeinsam - Tel.7o5313
Belladonna, Kultur- Kommunikations-Bildungszentrum für Frauen, Tel. 7o3534
Frauenarchiv Tel. 7o3534
Frauen Kulturhaus Tel. 7o1632
BBA Laden Tel.7oo144

Atelier Blaumeier Tel. 395340
Sielwallhaus Jugendinitiative Tel.78744
Dritte Welt Haus Tel.326023
Naturfreundejugend Tel.326o22
Kommunaler Drogenpolitik Verein für akzeptierende Drogenarbeit Tel.7o3334
Schattenriß: Arbeitsgruppe gegen sexuellen Mißbrauch an Mädchen, Tel.39393o

Kostenlose Rechtsberatung:
Frü Drogis Mo 12-14, Weberstr.39, kommdropo
AGAP, Grenzstr.122, mo mi do 9-14 Tel.395297
Arbeiterkammer mo,di,do,fr 8.3o-12.3o und 15-17.3o, Bahnhofstr.32, 3o5o8o
aucoop cafe, rechtsberatung für jugendliche und infos zur Sozialhilfe, weberstr.18, 15 h mittwochs
Breatung für Ausländerinnen, kultur ini Halmerweg 43, gröpelingen, mo 11h

Treffs für Schwule u.Lesben
Rat und Tat Zentrum, Schwul na klar - aber wie leben. Offene Gesprächsrunde Mo 2o.ooh, Theodor Körnerstr.1
cafe homululu, di,mi,fr,sa ab 2oh und so ab 16h
Treffen der Schwulen und Lesbengruppe "come out" sa 14.oo uhr.
alles rat und tat zentrum.

Schwule und Lesben Teestube, 2o h
Naturfreundejugend, Buchtstr.14

Lesbentreffen, Mi 2o h, roter sand
bhv rickmerstraße.

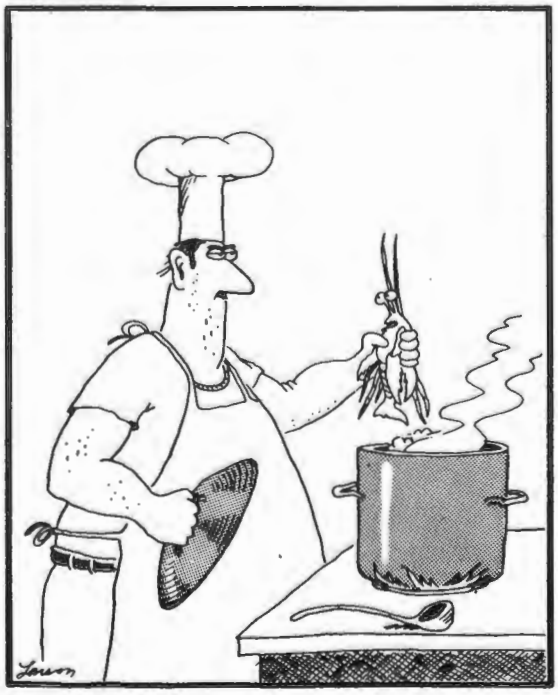
Weiterlesen?

30.MÄRZ 1989
19.00 UHR WESERTERASSEN
AM "TAG DES BODENS" (PALÄST.GEDENKTAG) VERANSTALTET DIE PALÄSTINA-GRUPPE BREMEN EINE INFORMATIONS UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG.
-KURZFILM ZUR VERTREIBUNGSPOLITIK DER ZIONISTEN

Abos

WIR BRAUCHEN 1000 ABOS.
DIE BREMER POSTILLE ERSCHEINT ALLE ZWEI MONATE UND KOSTET EINZELN 2 DM
8 AUSGABEN PER POST: 20 DM
SOLIBEITRÄGE SIND AUCH NÖTIG.
BESTELLUNGEN,
SPENDEN
ABER AUCH
BRIEFE, STELLUNGNAHMEN,
NACHRICHTEN AUS UMZU UND BREMEN,
AUS NORD UND DEL
BITTE AN:
BREMER KASSIBER C/O
VEREIN ZUR VERBREITUNG UNTERDRÖCKTER NACHRICHTEN (VON)
ST.PAULI STR.10
2800 BREMEN

HERAUSGEGEBEN VOM:
AUTONOMEN ANTIIMPERIALISTISCHEN PLENUM BREMEN



„Drei Wünsche? Sagte ich drei Wünsche? ... Vergiß es! Ich gewähre dir vier Wünsche!“

ROTE FLORA Dokumentation
Darin geht es um die Verhinderung des Flora-Musical-Projekts in Hamburg. Es geht um Widerstand gegen Umstrukturierung, Sanierung, Aufstandsbekämpfung und Kommerz-Kultur in einem gewachsenen Viertel.
Flora Plenum, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr.15, 2 HH 4

UNZERTRENNLICH
Die Doppelnummer 1o/11 des Autonomen Blattes ist die vorläufig letzte, warum steht im Editorial; weiterer Inhalt: Rsümee der IWF Kampagne, Häuserkampf und Widerstand, Zusammenlegung der pol.Gefangenen - jetzt; Briefe aus den Trakten; Vergewaltigung; Männer; Homosexualität und Patriarchat; AIDS und Tuberculos; Start bahnschüsse; Gen-Repro-Tech; -

64 Seiten, 4 DM, über:
M.Zimmermann, Crellestr.22
1 B 62
HINTERLAND
Magazin für radikale Träume.
das die Situation Strukturen linksradikaler Menschen auf dem Land problematisiert und sich sowohl gegen Landflucht der revolutionären und sozialen Bewegung als auch gegen ein Verständnis von Poltik richtet, das sich auf Großstädte oder Großdemos in ländlichen Gebieten reduziert.
3 DM, Schwarzmarkt, Paulinenplatz, 2ooo Hamburg 4, Postfach hinterland
SCHWARZER FADEN
anarch. Vierteljahreszeitschrift, will durch Diskussionen und Informationen die Theorie u.Praxis der anarch. Bewegung fördern. Tritt für die Belebung eines libertären Gegenmileus ein, versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten. 6 DM, Nr.2/88 Sondernummer Feminismus.
Redaktion SF, Postfach 1159, 7o43 Grafenau 1

KRIMINALISIERUNGSRUNDBRIEF
Ein Sammelsurium von Berichten über staatliche Repression im In- und benachbarten Ausland. Nachrichten zu Häuserkampf, Repression gegen RechtsanwältInnen, militante Aktionen, Situation in Knästen, Startbahnbewegung Verräterdiskussion, Repression gegen Infoläden u.v.a.m.
5 DM, Krimin.Rundbr., Mainzer Landstr 147, 6ooo Ffm
PALÄSTINA INFO
Aktuelle Nachrichten zum Volksaufstand in Palästina; aus dem Inhalt: Repression gegen Intifada, Berichte zur PLO und zum PNC, Gefangenenlager, Spendenaufrufe, Israel Boykott.
2,-DM pro Nr., FreundInnen des pal. Volkes e.V., Postfach 3o4145, 2 HH 4
AL KARAMAH
Zeitschrift für die Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und dem der drei Kontinente.
aus dem Inhalt: Berichte zur Intifada PLO Nachrichten, Kritik an der BRD Berichterstattung, Geschichte und Gegenwart Palästinas und des Zionismus sowie Berichte zu anderen Befreiungskämpfen.
4,5o pro Nr.
AL Karamah, Postfach 2o2o, 355o Marburg.
IRLAND INFORMATION
6 DM, Postfach 311248, 1ooo B 12
IRLAND SOLIDARITÄT
aktuelle Informationen zu den Kämpfen in Nordirland, irische Gefangene in BRD Knästen, Kontakt: Irland Solidarität Gießen, c/o Infoladen, Südanlage 2o, 63oo Gießen.

E COLI BRI
Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie
c/o Aizan, Clemens Schulz Str.26
2 HH 4, pro Heft: 4 DM
ATOM
Zeitung aus der Anti-AKW Bewegung. Themen: Wackersdorf, Gorleben, Brokdorf, Reaktorexport, Hanau Skandale, Startbahn Prozesse, 4 DM
ATOM Postfach 11o9, 212o Lüneburg
BI INFO Nr21 der Startbahnbewegung
2 DM über Helga Arnold, BI gegen die Flughafenerweiterun, Leuschner Str. 5oa, 6o82 Mörfelden

Ramallah, Westbank

„In Israel haben Sie Sonne, exotische Früchte und eine

Kalandia

Militärkontrolle in Ostjerusalem

faszinierende Vegetation

Ramallah, Westbank

das ganze Jahr über.

Und überall, wo Sie hinkommen, werden Sie von freundlichen Leuten empfangen."

Dr. Jörg Twenhöven, Oberbürgermeister der Stadt Münster. März 1988.